



Wertvoller Monatsabreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb und
Porto 2 Thlr. 11½ Sgr. Abonnementgebühr für den Raum einer
fünfstelligen Zelle in Petitschrift 1½ Sgr.

Nr. 27. Morgen-Ausgabe.

Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkert.

Erledigung: Herrenstraße Nr. 20. Auferden übernehmen alle Post-
amtlichen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Sonntag, den 17. Januar 1864.

Telegraphische Depeschen.

Kiel, 15. Jan. Die holsteinischen Predigerdeputirten wurden heute vom Herzog empfangen. Die Dänen sind eifrig mit der Schleiaufsehung beschäftigt. Der Befehl zur Räumung des Schlosses Gottorp ist wieder zurückgenommen.

Altona, 15. Jan. Die „Glensburger Zeitung“ schreibt: Nach einem kopenhagener Briefe vom 13. d. circulirt das Gericht von der Conferenzannahme und einem Waffenstillstand auf drei Monate auf Grundlage des Status quo.

London, 15. Jan. Getreidemarkt. Geschäft in Weizen beschränkt. Frühjahrsgetreide matt. Wetter kalt. (Wiederholte.) (Wolff's T. B.)

Berlin, 16. Januar. [Sitzung des Abgeordnetenhauses.] Bei der Schlussabstimmung über das Budget für 1864 wird der verkürzte Stat mit Allen gegen die Stimmen von Jacoby und weniger anderer Mitglieder der Fortschrittspartei, ferner der Conservativen und des Ministers v. Selchow angenommen. Die liberalen Fractionen bringen die Resolution (von Schulze) ein: „In Erwägung, daß Preußen genauso mit Oesterreich am Bunde erklärte, es werde sich dem Bundesbeschlusse vom 14. widerstehen, die schleswig-holsteinisch Sache in die eigene Hand nehmen und die Besetzung Schleswigs als europäische Großmacht ausführen; daß ferner Preußen damit von Deutschland abfällt und seine Großmachtstellung missbraucht; daß diese preußisch-österreichische Politik kein anderes Ergebnis haben kann, als die Herzogthümer abermals an Dänemark zu überliefern; daß endlich die angedrohte Vergewaltigung den wohlverdienten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordert, erklärt das Haus der Abgeordneten, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dieser Politik entgegentreten werde.“

Diese (Schulzesche) Resolution wird der Anleihecommission zur mündlichen Berichterstattung überwiesen. (Wolff's T. B.)

Karlsruhe, 16. Jan. Das Ministerium hat beschlossen, die Mobilmachung vorzubereiten; so wie die badischen Gefanden in Wien und Berlin anzunehmen, wegen des beabsichtigten Einmarsches in Schleswig Vorstellungen zu machen.

(Wolff's T. B.)

Warschau, 16. Jan. Der „Dziennik“ publiziert Loyalitäts-Adressen aus zwölf mittleren und kleineren Städten, um zu beweisen, daß es größtentheils der Wunsch sei, daß der Aufstand unterdrückt und die gesetzliche Ruhe wieder hergestellt werde.

(Wolff's T. B.)

Gerner eingetroffene telegraphische Depeschen siehe unter Abendpost.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 15. Januar. Nachm. 3 Uhr. Matt, gefälschtlos. Schluß-
Course: Brot. Rente 66, 55. Italien. 50. Rente 68, 80. Ital. neueste
Anleihe —. Brot. Spanier 49½. Tyros. Spanier —. Oesterl. Staats-
Eisenbahn-Altien 392, 50. Credit-Mobilier-Altien 1021, 25. Lomb. Eisen-
bahn-Altien 518, 75. Bankausweis: Baarborrathabnahme 44 Mill., Portefeuillevermehrung 114.

London, 15. Jan. Nachm. 3 Uhr. Consols 91½. Wien 12 NL 40 Kr.
Nach dem neuesten Bankausweise beträgt der Notenumlauf 20,763,195,
der Metallvorrath 13,708,597 Pfd. St.

Berliner Börse vom 16. Jan. Nachm. 2 Uhr. (Angekommen 4 Uhr
— Minuten.) Staats-Schuldseine 88%. Prämien-Anleibe 120. Neueste

Anleihe 104%. Schlesischer Bankverein 99%. 1 berichtslieblich Lit. A. 144½.

Oberschles. Lit. B. 134. Freiburger 125. Wilhelmsbahn 49%. Reichs-
Brieger 80½. Tarnowitzer 55%. Wien 2 Monate 81%. Oesterl. Credit-
Altien 74%. Oesterl. National-Anleihe 66% B. Oesterl. Lotterie-Alt. 76%.

Oesterl. Banknoten 82½. Darmstädter 82%. Köln-Winden 167%. Friedrich-
Wilhelms-Nordbahn 55. Mainz-Ludwigsbahn 113%. Italienische An-
leihe 67%. Genfer Credit-Altien 46½. Neue Russen 80%. Commandit-
Antheile 94%. Russ. Banknoten 86%. Hamburg 2 Monat 150%. London
3 Monat 6, 18%. Paris 2 Monat 7%. Bonds fest.

Wien, 16. Jan. Credit-Altien 180, 20. 120er Loose 92, 33. National-
Anleihe 79, 90. London 119, 50.

Berlin, 16. Jan. Roggen: Jan. 25. Jan.-Febr. 25. April-Mai 25.
Spiritus: Jan. 14½. Jan.-Febr. 14½. April-Mai 14%. Rückbl. Jan. 11½. Februar 11½.

I. So weit sind wir gekommen!

Seit dem hubertsburger Frieden, seit mehr als hundert Jahren hat kein Fußtritt eines österreichischen Soldaten den Boden unseres schönen Schlesiens entweicht — und heute hören wir, daß 30,000 Oesterreicher, jedenfalls Kroaten, Magyaren, Galizier, Szekler, Slovaken und Tschechen, unsere Heimatprovinz durchheilen werden, scheinbar als Bundesgenossen — in Wirklichkeit als Feinde Preußens; unter denselben Commando mit den preußischen Truppen — und doch commandirt, Ehre, Interesse und Zukunft Preußens zu vernichten.

Vor dem Stadthause Breslau's steht das Erzbild des großen Königs, der nach glorreichen Siegen die Oesterreicher aus Schlesien vertrieb, der in den Krieg zog, die kleineren deutschen Staaten gegen Oesterreichs Übermacht zu schützen, der den deutschen Fürstenbund als Gegengewicht gegen Oesterreich gründete: dieses Erzbild sieht durch Breslau Oesterreichische Regimenter ziehen, die im fernsten Norden Deutschlands den Einfluß Habsburgs neu begründen sollen, sieht Preußen mit Oesterreich im Bunde gegen die kleineren deutschen Mächte, „Für Vaterland und Ruhm!“ stand auf dem Degen Friedrichs II. eingraben; jetzt sieht der größte Monarch Preußens, wie Preußens Feinde, um ein Glied des Vaterlandes dem Feinde zu sichern, um militärische Spaziergänge auszuführen, oder im günstigsten Falle den Ruhm zu erringen, die Freiheit unter die Füße getreten zu haben, durch Preußen ziehen!

Die Politik ist bekanntlich eine schwere Kunst; selbst unsere berühmtesten Lehrer der Staatswissenschaft können sie nicht begreifen; alle, alle 18 Millionen Preußen begreifen die Politik nicht, welche den Feind Preußens in dem Gebiete der preußischen Machthaberei festen Fuß fassen läßt, welche ganze Armeecorps mobil macht, vielleicht das BlutTauender unserer Söhne und Brüder, jedenfalls aber Millionen von unserm Vermögen opfert; welche Deutschland zerreißt und Deutschlands Feinden in die Hände arbeitet; welche zwei schöne deutsche Provinzen den Fremden zum Raube läßt, um — ja wenn wir wüssten, warum der londoner Vertrag den deutschen Großmächten so heilig und thuer ist! Freilich lehrt uns heute das offiziöse wiener Organ (s. u. Wien), daß der Bund nicht über Schleswig mitzusprechen habe, daß nur Preußen und Oesterreich, und zwar nicht als Bundesglieder, nur kraft

und ungenannt nun existirt oder auch nicht existirt — wer weiß das? Die besten Geister, wie Edgar Bauer — wer lacht da? — haben sich Angeklagts dieser Verschlammung der Reaction stolz von deren kleinen Presse zurückgezogen; als ödes, von den Ratten verlassenes Brack treibt sie auf dem fortschrittlichen Ocean dahin, bis sie spurlos verschwindet.

Das traurigste Geschick hat offenbar die „Berliner Revue“ erlitten, trauriger noch als das der seligen „Berliner Allgemeinen Zeitung“, die an äußerer wie innerer Schwindsucht, aber doch regelrecht vorstarb. Man wird sogleich erfahren, worin das größere Unglück des Ritterblattes bestand. Man höre:

Freiherr von Hertefeld ist einer der wenigen Aristokraten, die Preußen aufzuweisen vermögen, welcher ein besonderes Interesse an der Literatur nimmt und jederzeit bereit ist, mit seinem großen Vermögen den Mäzenas für Vertretung conservativer Interessen in der Presse abzugeben. Wie andere Barone Pferdeliebhaberei treiben, so er vornehmlich Journalliebhaberei. Ohne eine Zeitung oder Zeitschrift hat die Existenz keinen Reiz für ihn; wie viel ihm diese Caprice auch kosten mag, er will wie Caligula sein Schauspiel haben. Es war am 18. März 1855, als die erste Nummer der „Berliner Revue“ unter Redaktion des Grafen Clemens Pinto erschien, der inzwischen als Majorats herr ein besseres Loos gefunden hat. Freiherr von Hertefeld, damals auch Abgeordneter zur zweiten Kammer, hatte diese Wochenschrift begründet und bestimmt in dem Vorwort deren Tendenz dahin, „eine zusammenfassende, gedrängte und populäre Darstellung der Arbeiten, in denen die (conservativen) Gehinnungsgenossen ihren Kampf gegen die Prinzipien der Revolution verfolgen“, zu bieten. Unter Graf Pinto scheint der Protector zufrieden gewesen zu sein; dann folgte als Redacteur Dr. Keipp, welcher kein besonderes Talent an den Tag gelegt haben muß, sonst hätte man ihn nicht als Redacteur des wiener „Vaterlands“ nach Wien berufen und dort wegen Majestätsbeleidigung sogar in's Loch gesetzt. Wie dem auch sei, in den letzten Jahren verwilderte die „Berliner Revue“ derart, daß ihr Mäzenas außer der Caution keine Doyer mehr bringen wollte. So griff man zu dem Mittel, alle Biertreisjahre eine Collecte auf den Junkerhöfen und bei den Freunden des Blattes zu machen, die der besseren Ordnung wegen, ein hoher Beamter im Ministerium förmlich als eine Steuer umlegte, um auf diese Weise von Quartal zu Quartal die ritterliche Zeitschrift wie einen Krippenreiter durchzuschleppen. Aber die Conservativen sind, wie die „Provinzial-Zeitung“ in Breslau bestätigen wird, am gesinnungsfähigsten gegenüber ihrem Geldbeutel. So beschloß die Redaction der „Berliner Revue“ noch einen Hauptcoup. Sie engagierte sich einen Schreiber, der die berliner Correspondenzen machen mußte, welche mit Hundetafel die liberalen Zeitungen, Verfassung, Gesetze und allen sonstigen Freiheitschwänden aufstellen und wegen ihrer Vollheit ziemlich bekannt wurden. Damit hoffte man Interesse, also auch Abonnenten zu erhalten. Leider schlug dieser famose berliner Correspondent aber auch ein Loch in die Faust. Die Abonnenten der „Revue“ zeigten sich zum Theil sehr entrüstet über die Sprache des reitenden Genius und quittierten. Freiherr v. Hertefeld seinerseits hielt sich nun aller Glückssichten gegen sein entartetes Kind für überhoben und entzog ihm die

des londoner Vertrages dieses Recht bezüglich. Aber wenn die Grobmächte ihr Recht nicht in ihrem, sondern im dänischen Interesse anwenden ist dieses Recht dann wirklich einen Schuß Pulver wert? Für Oesterreich — ja! Die österreichischen Truppen in Schlesien und Norddeutschland sind der Beweis. Aber für Preußen??

Wir verstehen nichts von Politik, und darum ist es uns unverständlich, wenn Preußen jetzt mit demselben Oesterreich Hand in Hand geht, denn der hr. v. Bismarck vor elf Monaten die Thüre aus Deutschland gewiesen, daß er vor wenigen Monaten als den Feind bezeichnet hat, der Preußen aus seiner Machtstellung verdrängen wolle. Wir sind keine Diplomaten, wir verstehen nichts von Politik, darum ist es uns unverständlich, wie hr. v. Bismarck sich mit Oesterreich gegen dasselbe Deutschland verbinden kann, in dem Preußen moralische Erröterungen machen soll; mit demselben Oesterreich, das hr. v. Bismarck im letzten Februar beschuldigte, Preußen um alle Sympathien bei den kleineren deutschen Staaten gebracht zu haben. Freilich predigen uns die feudalen Organe täglich, wie allein die Herstellung einer neuen heiligen Allianz einen unüberwindlichen Damm aufführen könnte gegen das, was sie „Revolution“ nennen. Aber unieren beschränkt Einsicht will es scheinen, als wäre die neue heilige Allianz unser Verderben, nicht nur weil sie die Unterordnung Preußens unter Russland und Oesterreich verlangt, auch weil Frankreich dadurch in die Feindschaft gegen uns gedrängt wird und in dem Streite, der Deutschland zerstört, die beste Handhabe zum Angriff findet.

Als die erste „heilige“ Allianz gestiftet wurde, war der erste Napoleon besiegt und entthront worden; von den übermenschlichen Anstrengungen erschöpft, die sie freudig getragen hatten um der versprochenen Freiheit willen, schauten die Völker sich nach Frieden — und den Frieden sicherte die heilige Allianz. Zum Heile der Menschheit, zum großen Vorteil der Civilisation hat sie ihre Gründer nicht überlebt. Was denfriedensbedürftigen Nationen geboten werden durfte, das empörte sie, als sie ihre Kräfte wiederkehren fühlten. Schon vier Jahre nach ihrer Begründung, erhielt die heilige Allianz den ersten Stoß durch die Weigerung Englands, in Südamerika gegen die Revolution zu intervenieren; und Metternich's Prophezeiung, vom Laplata aus werde sich der Strom der Revolution wieder über die ganze Erde verbreiten, hat sich als nur zu wahr erwiesen. — Kein Jahrzehnt konnte das unnatürliche Bündnis unerschöpft bestehen, und jetzt, wo abermals Napoleon über die kriegerlustigste Nation herrscht, jetzt hofft man, einen Wall aufzuführen zu können gegen die immer höher gehende Gewalt der Nationen? Jetzt, wo Deutschland in zwei Feldlager gespalten, das eine stark durch seine materielle Macht, das andere nicht minder stark durch das Recht und die Begeisterung der ganzen Nation; jetzt braucht Napoleon nur auf die Seite des Rechtes zu treten — die ersten Schritte sind schon gethan — um des Sieges sicher zu sein, wie damals, als er in Italien für die Sache des Volkes das Schwert zog. Der König von Italien hat für das bevorstehende Jahr Verwickelungen angekündigt, welche seinem Volke die erwünschte Gelegenheit zur Eroberung Venetiens bieten sollen; Napoleon bedarf nur des Zauberwortes, das seit Sullys Zeiten alle mächtigen Leidenschaften der französischen Nation entflammt hat: „Der Rhein ist Frankreichs Naturgrenze!“ und die siegessicheren Legionen sind bereit, auf unser

Caution. Er wollte mit dem Tone der „Revue“ ebenso wenig gemein haben, wie der Mäzen der breslauer Provinzialen mit dem „krummbenigen Juden“. Natürlich, groß Wehklagen in Israel! Da kommt des Weges ein Herr Falisch, durch den Zufall der Geburt kein Ritter, aber ein Jude, und Verleger von Handwerk. Bobharter Weise empfiehlt er sich zur Übernahme des ritterlichen, verzweifelten Journals, um der reactionären Partei jüdische Großmuth und Gelder zu zeigen. Die Redaction der „Revue“ faßte mit beiden Händen zu, und sie, welche auf die Juden in einer Woche so viel schimpfte wie die „Kreuzzeitung“ in sieben Tagen, wird nun von einem Kinde Israels zu Grabe getragen. So weit mußte es mit ihr kommen — o, schenkt eine Thräne ihr! — Freiherr v. Hertefeld aber hat bereits eine neue, wie es heißt, nur literarische Zeitschrift begründet, um bessere Erfahrungen zu machen. S.-W.

[Was die Feudalen von einem Hauslehrer verlangen!] In Nr. 5 des „Nord. Correspondent“ sucht ein mecklenburgischer Adliger, ein Herr v. Al. für „nur“ zwei Kinder einen Hauslehrer. Er offeriert demselben 70—80 Thlr. „Lohn“ und verlangt dafür folgende vier Kleinigkeiten: 1) der Hauslehrer unterrichtet seine Kinder; 2) er übernimmt die Gärtnerei; 3) er beaufsichtigt das Holz, und ist 4) bei allem in Besitz einer seminaristischen Bildung. Anderswo würde man diese wunderbar complicate Fortbildung für eine Spät- pflanze jener antiquirten Zeit halten, wo der Schulmeister im Winter Kleider nähte und Kinder unterrichtete und im Sommer die Gänse hütete; nicht so in Mecklenburg, wo hr. v. Al. mit seinem Begehr den dorflichen Verhältnissen um ein Lustrum voraus will. Denn das neugegründete Seminar in Neukloster hat in de Thal den verhüllungsvollen Anfang gemacht, bei seinen Schülern eine Sicherheit der Bildung zu erzeugen, gegen welche die nützliche Beschäftigung des alten Seminars sich ausnimmt, wie ein einfaches Kleid gegen eine Klidendecke. Da durchkreuzen sich auf dem Tagespflug Geigenspiel und Kartenspielwerken, Bogenbinden und Orgelspiel. Andachten und Postbotenlesen, Kellermannen und Pädagogik. So verspricht denn das Seminar, mit der Zeit wirklich das zu leisten, was schon jetzt hr. v. Al. fordert, und wenn Leichter auch etwas warten muß, ehe ihm aus der Neukloster'schen Pandorakiste der begehrte Homunculus entgeht — der Seminar-Director klettert aus jener Almonie oben jetzt die erhebende Belebung gewinnen, daß doch in einem gewissen Kreise seine Bestrebungen an langen Anerkennung zu finden; er wird dem Hrn. v. Al. gewiß im Geiste die Hand drücken und, wenn er es nicht für toll hält, das Wort eines alten Helden in den Mund zu nehmen, mit Horaz ausruhen: Utrumque nostrum in eodem modo consentit astrum! (Dein Stern und der meine, sie stimmen so wundersam zusammen.)

[Wien, 9. Januar. [Das Unwetter in Triest.] Erst gestern Morgen sind über die seit 6 Tagen ausgebürgerte triester Journals eingetroffen; sie mehren über das dortige Unwetter: Seit Menschenenden ist über Triest kein solches Unwetter hereingebrochen. Schon am Neujahrsstage fiel Schnee, eine heilige Voraussetzung für die Straße und bedeutete die Straßen mit Glätte. Am 2. und 3. undnamlich am 4. d. M. war die Communication in der Stadt so gut wie unterbrochen. Die Läden waren entweder ganz geschlossen oder hatten nur kaum zum Eintritt dienende Öffnungen gelassen. In manchem Stadthilfe waren Striche von einem Straßenpflaster zum andern gezogen, um denen, welche das Geschäft hinaustreiteten, das Gehirn einzermachen zu erleichtern. Hunderte von Personen sind umgeworfen und von herabstürzenden Ziegeln getroffen worden. Am Abend sandten die Patrouillen Männer von respectabilem Aussehen auf der Erde liegen, die batzen, man meinte sie nach der Wachtstube führen, da sie sich nicht nach Hause begeben könnten. Personen, die den Sylvesterabend bei Freunden und Bekannten zubrachten, sind bei diesen geblieben, da sie sich besonders mit Kindern, nicht nach ihrer Wohnung zu gehen getrauten. Auf dem Doganaplatz ist ein

* Wahrscheinlich hat der geehrte Correspondent schreiben wollen: „mit Dänemark.“

D. Red.

Vaterland zu stürzen: wohin wir blicken, Preußen hat kein Freunde, aber desto gefährlichere Feinde — der gefährlichste ist Österreich, dessen Truppen bald den preußischen Boden betreten werden.

Unsere Offiziere, die wahrscheinlich in die Geheimnisse der Politik eingeweiht sind, von der wir nichts verstehen, preisen das österreichisch-preußische Bündnis als einen Sieg der preußischen Politik. Leicht möglich, daß Graf Rechberg dem Henr. v. Bismarck ganz nach Willen handelt; gibt es doch kein besseres Mittel, um Preußen von der Nordsee zu drängen und dasselbe mit Deutschland zu vereinden. Graf Rechberg liefert uns mit Freuden den Strich, an dem wir uns selbst erhängen; er bezahlt auch die Beerdigungskosten. Daß er sich aber ebenfalls erhängen werde, nur uns zu Gefallen, das trauen wir ihm nicht zu. Sobald Preußen in Gefahr ist, wird es von Österreich verlassen werden.

Wir verstehen nichts von Politik — darum sind wir der Meinung, daß die Regierungen nie mehr Ursache hatten, denn jetzt, sich ihren Völkern anzuschließen. Seit zehn Jahren hat sich keine andere Allianz als zuverlässig erwiesen; jede neue auftauchende Frage, vom Schinkrieg bis zur polnischen und schleswig-holsteinischen Frage, hat das gesammte Allianzsystem Europas umgewandelt. Nicht — wie Napoleon meinte — weil die Verträge von 1815 in allen Ländern Europas zerstellt seien, sondern weil wir keine auf gemeinsamen Interessen und Prinzipien basierten Bündnisse, weil wir nur überkünftiges Machwerk der Diplomaten haben: das hat das Staatengebäude Europas unterwöhlt, das läuft, mitten im Frieden den Einsturz fürchten und macht diesen Frieden drückender, als den Krieg. Nur wenn das Volk, obgleich es nichts von Politik versteht, auf die Leitung auch der auswärtigen Politik Einfluß hat, dann erst ist eine sichere Gewähr für den Frieden unseres Erdtheils gegeben.

Ach, daß wir etwas von Politik verstanden! Wir könnten dann mit derselben Sorgflosigkeit in die Zukunft sehen, mit der ihr die Offiziere und Feudalisten in's Gesicht lachen. Wir haben nur den Trost, daß der größte preußische Staatsmann auch nichts von Politik verstand. „Schreiben Sie nur!“ — sagte Stein einst — „ich habe jetzt etwas Interessantes in der Welt zu thun, als diplomatische Schule zu halten, habe solche Wissenschaft, als Sie meinen, auch immer gelernt, noch getrieben. Die jungen Leute haben jetzt etwas Besseres zu lernen; auf den Fechtboden, auf das Schlachtfeld mit ihnen! Das ist die Schule des Tages, sie sollen lernen fürs Vaterland freien und sterben.“)

Und der andere Trost für uns ist, daß das preußische Volk mit der herrschenden Reaction nichts gemein hat, daß es nicht ihr Leben lebt, nicht ihren Tod stirbt. Wir mögen nichts von Politik verstehen, aber das verstehen wir, daß das preußische Volk länger existieren wird, als die Herrschaft der Feudalpartei. Wie wir jetzt mit Schmerz erleben müssen, daß österreichische Truppen den Boden unseres Vaterlandes betreten, so werden wir, wir, nicht nur unsere Nachkommen, erleben, wie ein liberales preußisches Ministerium zum Führer der jetzt mit Preußen vereindeten liberalen Regierungen wird. Es wird schwere Opfer kosten, alle die Versäumnisse der preußischen Politik gut zu machen; Völker müssen, wie Uhren, jede versäumte Viertelstunde nachschlagen: darum, was wir an Nachteilen von unserem Vaterlande abwenden können, das abzuwenden ist uns heilige Pflicht. Je mehr von der Partei, welche am Staatsbruder Preußen sitzt, Dänemarks und Österreichs Interesse wahrgenommen wird, desto eifriger müssen wir Alles vollbringen, was uns das Gesetz erlaubt im Interesse Schleswig-Holsteins und Preußens!

Der Gesetzentwurf über den Art. 99 der Verfassung.

Der Bericht der Commission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs wegen Ergänzung des Art. 99 der Verfassung ist erschienen. Der Berichterstatter Abg. Gneist hat außerdem in einer beigefügten Denkschrift die preußische Gesetzgebung über den Staatshaushaltsetat zusammengestellt. — Der Bericht recapitulirt zunächst die verschiedenen Stadien dieser Frage. „Schon“

*) „Meine Wanderungen und Wandlungen mit dem Freiherrn v. Stein“ von Arndt.

ein Menschenalter vor der Sanction der bestehenden Verfassung war die Notwendigkeit einer Führung der gesamten Finanzverwaltung nach einem umfassenden, für jedes Jahr im Voraus festzustellenden Plan, als ein wesentliches Bedürfnis des preußischen Staates an höchster Stelle erkannt worden. In diesem Sinne wurde die Notwendigkeit der „einfachen Regulirung des Staatshaushaltsetats“ durch die Cabinetordre vom 17. Januar 1820 ausgesprochen, mit dem Zusatz, daß der festgestellte „Hauptfinanzetat“ zur öffentlichen Kenntniß kommen sollte. Danach wurde zum erstenmal der allgemeine Etat der Einnahmen und Ausgaben für den gewöhnlichen Staatshaushalt bedarf, für das Jahr 1821 durch die Gesetzesammlung publicirt. Seit 1829 sind diese Veröffentlichungen von drei zu drei Jahren wiederholt. Im Jahre 1847 wurde dann dem vereinigten Landtag eine periodische Vorlegung des Hauptfinanzetats und einer Übersicht des Staatshaushaltsetats, jedoch nur zur Information, zugesichert. Dagegen sprach das Gesetz vom 6. Okt. 1848 über einige Grundlagen der Königl. preußischen Verfassung aus, daß den künftigen Vertretern des preuß. Volks jedesfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, sowie zur Feststellung des Staatshaushaltsetats und des Steuerbewilligungsrecht zuteile solle. Die seitdem eingeführten, jetzt gültigen Verfassungsbestimmungen lauten: „Art. 99. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushaltsetat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt. Art. 100. Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, soweit sie in den Staatshaushaltsetat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden. Art. 109: Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fort erhoben u. s. w., bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.“ Dieser vielbekrochene Art. 109 war ein Zusatz, den die Verfassungskommission der Nationalversammlung unter die Übergangsbestimmungen aufgenommen hatte, den aber die otohoirte Verfassung vom 5. Dez. 1848 unter den allgemeinen Bestimmungen ausschloß. — In der constitutio-nellen Praxis ist seit 1850 niemals ein Budget rechtzeitig, d. h. vor Beginn des Jahres, zu Stande gekommen. Schon am 16. Dez. 1850 sah das Staatsministerium den bekannten Beschluss wegen einstweiliger Fortleitung der laufenden nothwendigen Ausgaben ohne Etatsgesetz. Dagegen richtete sich Anfang 1851 ein Antrag des Abg. Simson, welcher das Ministerium für nicht berechtigt erklärte, ohne Etatsgesetz für das neue Jahr Ausgaben zu leisten; die desfallsigen Ausführungen des Antragstellers, welche schon damals das Budgetrecht der Landesvertretung ganz im Sinne der jetzigen verfassungstreuen Partei wahrten, fanden nur Widerspruch bei den Abg. v. Kleist-Rösen und v. Bismarck. Der Finanzminister v. Rabe erklärte am 25. Febr. 1851: Durch jenen Beschluss „haben in keiner Weise die Rechte der Kammer in Bezug auf die Feststellung des Etats in Frage gestellt werden sollen. Die Regierung wollte überhaupt durch jenen Beschluss über ein Prinzip der Kammer gegenüber nicht entscheiden.“ Der Simson'sche Antrag wurde darauf mit sehr kleiner Majorität durch eine motivierte Tagesordnung bestiegt, da durch die Erklärung des Ministeriums jede Befragung gegen eine die Rechte der Kammer beeinträchtigende Interpretation des Art. 99 entfernt und der Simson'sche Antrag in seinem wesentlichen Zweck als erledigt zu betrachten sei. In den Jahren 1852, 53 und 54 ist dann im Herrenhaus die Frage mehrfach angeregt und der Versuch einer Lösung durch Berlegung in einen dauernden ordentlichen und einen jährlich festzustellenden außerordentlichen Etat versucht worden; das damalige Ministerium hat indes diesem Versuche nicht zugestimmt. Im Jahre 1860 hat der Abg. Reichenberger die rechtzeitige Vorlegung und Feststellung des Staatshaushaltsetats angeregt und der Finanzminister v. Patow die incorrecte Lage der Sache zugestanden, einen materiellen Nachtheil jedoch in Abrede gestellt, infsofern nur die ordentlichen unerlässlichen Ausgaben nach Maßgabe des letzten Etats fortgeführt würden, außerordentliche Ausgaben dagegen nicht, bevor sie genehmigt seien. Im Jahre 1861 hat der Finanzminister v. Patow einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach der Etat des letzten Jahres event. auch für weitere sechs Monate im neuen Etatsjahr in Kraft bleiben könnte; die Budgetcommission hat indes diesen Gesetzentwurf abgelehnt, das Haus selbst nicht mehr darüber berathen. Im Jahre 1862 hat das Haus der Abg. auf den Antrag Borsigklos einen Gesetzentwurf angenommen, wonach das Staatshaushaltsgesetz immer bis zum 1. September des Vorjahrs der Landesvertretung vorgelegt werden sollte; das Herrenhaus hat diesen Gesetzentwurf abgelehnt. Darauf ist dann die Periode des Conflicts gefolgt, das Bismarck'sche „Notrecht“, die Lehre von der Lücke u. s. w., und anderseits die abwehrenden Beschlüsse,

deren Inhalt nach ist das Etatsgesetz eine Vereinbarung der Minister mit dem Abgeordnetenhaus über das Einzelne, mit beiden Häusern über das Ganze der Staatsausgaben und ihrer Deckungsmittel. Ein Gesetz im gewöhnlichsten Sinne ist es nicht; das beweist schon Art. 62 der Verfassung, wonach die beiden Häuser an dem Zustandekommen dieses Gesetzes einen verschiedenen Anteil haben; ferner bestehen „dispositiv“ dieses Gesetzes in Geldsummen; diese sind die Postulate der Regierung; daß aber bei einer Vereinbarung über Summen nur das Minus gelten kann, folgt aus arithmetischen Gesetzen, weil es in Summen keine Art der Übereinstimmung gibt, als in dem Minus beträgt. Hat also die Regierung ihr Postulat gestellt als das Maximum, hat das Haus einen Minus zugesetzt, so kann die Krone nicht einfallsweise auf ein Mehr zurückkommen; eine solche Befugnis wäre nicht Gleichberechtigung der Krone; wie die Minister sagen, sondern einfach Vereinigung des Zustimmungsrechts der anderen factoren. Bei einer solchen berathenden Stellung der beiden Kammer in Budgetangelegenheiten können 1) die Regierung nach ihrer Auffassung des Art. 109 über die Einnahmen des Staats vollkommen frei verfügen und 2) nichts an Ausgaben bemüht werden, was die zeitigen Minister zum Fortbestand einer geordneten Verwaltung für nötig erachten, weil sonst die Krone ihre Genehmigung zu dem Gesetz nicht gäbe! Eine unbeschränkte Stellung als die solcher Minister, wäre kaum zu denken. Der Sinn der Verfassungsklausur über das Budget wäre dann wirklich erlößend ausgedrückt in einem berühmt gemordeten Amendement eines Mitglieds der ersten Kammer: „der Staatshaushalt kann durch ein Gesetz festgestellt werden.“

Somit ist die Grundauffassung der Regierung prinzipiell irrig, streitet gegen Wort und Sinn der Verfassung. Damit fallen auch die Folgefälle, welche allein die Veranlassung zur gegenwärtigen Vorlage gegeben haben. Der herkömmlichen verpassten Feststellung des Staatshaushaltsgesetzes kann die Regierung durch rechtzeitige Einbringung vorbeugen. Der Fall, daß das Abgeordnetenhaus das Etatsgesetz so verändert, daß der Fortbestand einer geordneten Verwaltung nicht gesichert erscheint, kann, wie eben ausgeführt, grundsätzlich nicht anerkannt werden; der verbliebene Ansicht der Minister über Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit gewisser Ausgaben steht das verfassungsmäßige Recht des Hauses gegenüber, diese Frage der Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit zu beurteilen; bei ihrer Ansicht kommen die Minister folgerichtig dahin, entweder der Krone zu raten, die Finanzverwaltung ohne das nach Art. 99 erforderliche Gesetz zu führen, oder der Krone zu raten, Gesetze ohne Zustimmung der Kammer zu veranlassen; beides wäre Verfassungsverletzung. — Als dritter Fall wird die Möglichkeit einer Verwerfung durch das Herrenhaus angeführt. In solchem Fall hat die Regierung verfassungsmäßige Mittel zur Beseitigung des Widerstandes. In

In der Commission hat der Finanzminister folgende Erklärung abgegeben:

„Die thatächliche Ausführung der Heeres-Reorganisation, welche ein Stadt-

gängigmachen ausschließt, haben den zeitigen Conflict zwischen Regierung und Landesvertretung erzeugt. Die Staatsregierung, eingedenkt der schweren Verantwortung, ohne verfassungsmäßigen Etat die Verwaltung fortzuführen, beabsichtigt mit dieser Vorlage eine Lösung des Conflicts, sowie die Vermeidung ähnlicher Missstände für die Folge. Sie gehe davon aus, daß der Krone, auch gegenüber der übereinstimmenden Feststellung des Budgets durch

Barcelone gefror das auf der Straße ausgeschüttete Wasser sofort. Man hatte, was man für daselbst seit 1829 und 1830 nicht mehr erinnert, — „Zu Sarria in Katalonien mußte man, was dort etwas ganz Unerhörtes ist, Feuer anzünden, um das in dem öffentlichen Brunnen eingesogene Wasser wieder aufzuhauen. — In London dauert das Frostwetter verstärt fort und dürte den Stande des Glases nach zu urtheilen noch einige Zeit anhalten. Mittwoch um 8 Uhr zeigte des Thermometer 19° F. oder nahezu 6° R. Doch vermutet man hier — wenigstens hier in der Hauptstadt — leider die strahlende Bläue eines continentalen Winterhimmels, die erfrischende und klar durchdringliche Atmosphäre eines wolkenlosen, wenn auch eisig kalten Tages. Regen oder Schneewolken sind es zwar nicht, die den londoner Himmel verhüllen, aber eine neblige Dunstblüte beeinträchtigt zugleich die Klarheit und Frische der Luft. Das hält aber den Londoner, und zumal die Jugend, nicht ab, die nicht jedes Jahr widernehmende Chance einer schönen Eisbahn sich zu Nutze zu machen. Die Parks, vor wenigen Tagen öde und leer, wimmeln von Besuchern, wie Mitten im Sommer. Die Eisbahn der Gewässer ist heute jedenfalls mehrere Zoll dick; gestern aber waren die Balten des Wassers noch nicht überall stark und sicher. Im St. James' Park, wo gegen 1500 Menschen auf dem Eis waren, lamen manche ergötzliche Aufzüge vor. Das Wasser sieht und mißt die Gefahr gering ist, so wurde dem Zugang der Menge nicht, wie anderswo gewohnt; dann und wann wagte sich ein Vorwiegend auf eine unsichtbare Stelle und brach ein, worauf denn sofort ein Paar Dutzend Andere auf ihn zutrafen, und natürlich viele von ihnen ein ähnliches Schicksal theilten. Im Laufe des Nachmittags war das Eis durch derartige Mandrier so fein beschädigt, daß der Zutritt verboten werden mußte; über 60 Personen, alt und jung, waren in's Wasser gefallen. Im Regents' Park vergnügten sich etwa 6000 Schlittschuhläufer, obwohl das Eis keine zwei Zoll Dick hatte, und es war sehr anzuerkennen, daß die Human Society alle Vorlehrungen getroffen hatte, um ernstrem Unglüd vorzubürgern, da das Wasser an einzelnen Stellen recht tief ist. Mehrere Personen wurden von den „Eismännern“ vor dem Ende des Erkrankens gerettet und empfingen in den am Ufer errichteten Zelten der Gesellschaft ärztlichen Beistand und, was noch nötiger, trockne Kleider. Der Serpentine im Hyde-Park wollte noch nicht recht tragen, und die Polizei ließ Niemand auf das Eis zu; dagegen wimmelt es auf dem mit dem Serpentine in Verbindung stehenden Long Water in Kensington Gardens von Schlittschuhläufern, in deren Mitte sich auch mit anerkennenswertem Muthe einige Crinoline-Trägerinnen, den Fuß mit blankem Stahl umhüllt, genagt hatten und durch ihre grätschen Bewegungen, sicherlich nicht zum Nachtheil ihrer Erscheinung, ihre Rebenvölker vom stärkeren Geschlechte recht beschämten.

[Dinteverbrauch.] In der Stadt Bernau sahen am Sylvesterabend die Väter der Stadt im Rathause um den grünen Tisch zusammen, um, wie das in allen Gemeinden Sitte ist, noch vor Jahreschluss zu vernehmen, was die Stadt im nunmehr beendeten Jahre ausgegeben und eingenommen, und sich über die Finanzlage der Stadt zu freuen oder zu ärgern. Lautlose Stille herrschte im Saale bei der Verleistung des Rechenschafts-Berichts und der einzelnen Ausgaben, bis man an einen Posten kam, der die allgemeinste Heiterkeit erregte. Der Schulmeister des Ortes hatte nämlich im Laufe des Jahres 1863 an Dinte 66 Quart verbraucht. Man dente sich, was die Jungen von Bernau da zusammengetrieben haben müssten. Das Jahr hat 52 Wochen, davon sind wenigstens acht Wochen im Ganzen Ferien, es kommt daher auf jede Woche 1½ Quart Dinte. Die Väter der Stadt waren jedoch viel zu coulant, als daß sie ihrem Schulmeister in Bezug auf Dinte das Budget gefürchtet oder auch nur ein böses Wort darüber verloren hätten, sie äufersten vielmehr unter sich nur den Wunsch, daß ihrem Lehrer die Dinte wohl bekommen und daß er sie wo möglich mit dazu verwerden möge, eine Geschichte Bernau's und seiner eulanten städtischen Vertreter zur Belehrung der Jugend zu schreiben. Damit war der Posten erledigt. Wenn doch überall eine so vornehme Budgetgestaltung herrschte, wir sähen nicht, wie jetzt, in der Dinte.

[Klimatischer Bericht.] Seit dem 2. Jan. haben wir hier (schreibt man aus Paris), eine für die klimatischen Verhältnisse von Paris ziemlich empfindliche und lange anhaltende Kälte, zwischen -6 und -10° Celsius. Der kleine Seine-Arm zwischen der Cite-Insel und dem linken Ufer ist seit mehreren Tagen fest zugefroren; der große Arm geht sehr stark mit Eis. Durch Verfügung des Militär-Commandos werden die Soldaten jetzt ständig von ihrem Posten abgelöst. Alle Nachrichten, die uns aus Italien und Spanien zugehen, melden, daß eine ebenso ungewöhnliche, als plötzliche Kälte eingetreten ist und äußerst störend auf alle Verhältnisse einwirkt. In Spanien ruhten der Kälte wegen die Arbeiten auf den Werken von Estre-Ponton. Durch Telegraphisch nach Turin berichtet, daß dafelbst seit zwei Tagen des tiefen Schnees wegen die Post von Neapel weder angeliefert, noch von dort nach Neapel abgegangen ist. In Madrid herrscht, wie die „Correspondencia“ berichtet, eine „greuliche“ Kälte; der Manzanares ist nahe am Eisfrieren. In

beide Häuser des Landtags, die freie Bestimmung der Annahme oder Nicht-Annahme des vorberathenen Staatshaushalts offen zu halten sei. Es sei nicht die Absicht, durch diese Vorlage eine Art von Normalbudget zu schaffen, welches allerdings sehr unpraktisch sein würde; der Art. 99 solle vielmehr in seinem wesentlichen Inhalt aufrecht erhalten bleiben. Freilich werde ein Zurückgehen auf den Etat für 1861 als den bis zu einer anderen Vereinbarung geltenden, große Unbequemlichkeiten haben; indesfern die Regierung wolle diese tragen, weil sie die Vereinbarung über ein neues Etatgesetz dadurch zu erleichtern glaube. Diese Vereinbarung liege ihr am Herzen, sie sei daher auch event. gern bereit, auf Verbesserungsvorschläge einzugehen. Eine Verwerfung der Vorlage würde sie bedauern, indesfern das Bewußtsein bemahnen, die Hand zur Ausgleichung ihresfeits geboten zu haben.“

Der Grundsatz, als hätten die Minister das Recht, den vom Landtag angenommenen Etat erst noch einmal von dem Gesichtspunkte aus zu prüfen, ob die bewilligten Summen nach ihrer persönlichen Ansicht den Fortbestand einer geordneten Verwaltung sichern und danach der Krone gerathen, den von beiden Häusern angenommenen Etat zu verwerten, ist in der Commission allseitig bestreit. Die Erfüllung von Staatsverpflichtungen kann allerdings durch einen Budgetbeschluss nicht alterirt werden, aber abgesehen davon hat nach der klaren Bestimmung des Art. 99 ein Gesetz den Betrag der Ausgaben festzustellen, und nicht etwa die persönliche Meinung der Minister. Formell betrachtet, ist das Budgetgesetz die Generalvolkswalt und Instruktion zur Führung der Finanzverwaltung; die Krone läßt den Entwurf zu dieser Volkswalt dem Landtag vorlegen, der Landtag amendsirt und genehmigt ihn, dann kann die Vollziehung nicht verzögert werden. Die darin liegende Verkürzung der Krone ist keine andere wie jede Beschränkung des Landesherrn durch Landesgesetz und Verfassung. Sie beruht nur darauf, daß 1) nach Art. 99 und nach den älteren Gesetzen eine so ausgestellte und publicierte Vollmacht zur Führung der Finanzverwaltung notwendig ist; 2) daß sie nach Art. 99 der Verfassung nur mit Zustimmung des Landtags ertheilt werden soll. Beide Grundsätze beruhen auf den vom Könige gegebenen Gesetzen, auf der vom Könige beschworenen Verfassung; und so lange die beschworene Verfassung besteht, kann jede Ermächtigung nicht anders ertheilt werden, als mit Zustimmung des Landtags. — Seit dem Inhalt nach ist das Etatsgesetz eine Vereinbarung der Minister mit dem Abgeordnetenhaus über das Einzelne, mit beiden Häusern über das Ganze der Staatsausgaben und ihrer Deckungsmittel. Ein Gesetz im gewöhnlichsten Sinne ist es nicht; das beweist schon Art. 62 der Verfassung, wonach die beiden Häuser an dem Zustandekommen dieses Gesetzes einen verschiedenen Anteil haben; ferner bestehen „dispositiv“ dieses Gesetzes in Geldsummen; diese sind die Postulate der Regierung; daß aber bei einer Vereinbarung über Summen nur das Minus gelten kann, folgt aus arithmetischen Gesetzen, weil es in Summen keine Art der Übereinstimmung gibt, als in dem Minus beträgt. Hat also die Regierung ihr Postulat gestellt als das Maximum, hat das Haus einen Minus zugesetzt, so kann die Krone nicht einfallsweise auf ein Mehr zurückkommen; eine solche Befugnis wäre nicht Gleichberechtigung der Krone; wie die Minister sagen, sondern einfach Vereinigung des Zustimmungsrechts der anderen factoren. Bei einer solchen berathenden Stellung der beiden Kammer in Budgetangelegenheiten können 1) die Regierung nach ihrer Auffassung des Art. 109 über die Einnahmen des Staats vollkommen frei verfügen und 2) nichts an Ausgaben bemüht werden, was die zeitigen Minister zum Fortbestand einer geordneten Verwaltung für nötig erachten, weil sonst die Krone ihre Genehmigung zu dem Gesetz nicht gäbe! Eine unbeschränkte Stellung als die solcher Minister, wäre kaum zu denken. Der Sinn der Verfassungsklausur über das Budget wäre dann wirklich erlößend ausgedrückt in einem berühmt gemordeten Amendement eines Mitglieds der ersten Kammer: „der Staatshaushalt kann durch ein Gesetz festgestellt werden.“

Somit ist die Grundauffassung der Regierung prinzipiell irrig, streitet gegen Wort und Sinn der Verfassung. Damit fallen auch die Folgefälle, welche allein die Veranlassung zur gegenwärtigen Vorlage gegeben haben. Der herkömmlichen verpassten Feststellung des Staatshaushaltsgesetzes kann die Regierung durch rechtzeitige Einbringung vorbeugen. Der Fall, daß das Abgeordnetenhaus das Etatsgesetz so verändert, daß der Fortbestand einer geordneten Verwaltung nicht gesichert erscheint, kann, wie eben ausgeführt, grundsätzlich nicht anerkannt werden; der verbliebene Ansicht der Minister über Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit gewisser Ausgaben steht das verfassungsmäßige Recht des Hauses gegenüber, diese Frage der Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit zu beurteilen; bei ihrer Ansicht kommen die Minister folgerichtig dahin, entweder der Krone zu raten, die Finanzverwaltung ohne das nach Art. 99 erforderliche Gesetz zu führen, oder der Krone zu raten, Gesetze ohne Zustimmung der Kammer zu veranlassen; beides wäre Verfassungsverletzung. — Als dritter Fall wird die Möglichkeit einer Verwerfung durch das Herrenhaus angeführt. In solchem Fall hat die Regierung verfassungsmäßige Mittel zur Beseitigung des Widerstandes. In

Versammlung sehr stark befürchtet war, rief Herr Niemann als Ivanhoe eine politische Demonstration hervor, wie wir sie in unserm Hoftheater noch nicht erlebt haben. Er sang zu dem Liede: „Du stolzes England“ einen dritten Vers, welcher ein Hoch auf das „ganze deutsche Vaterland“ enthielt. Außerdem aber schien er sich im zweiten Verse zu versprechen, indem er statt „du stolzes England, freue dich“, zweit intonirte: „du stolzes England, schäm!“. Ein nicht enden wollender Applaus begleitete diese Auslastung, hüte wurde geschwenkt, „Deutschland hoch!“ gerufen und von einigen Seiten hörte man auch nicht glimpfliche Redensarten gegen England erblicken.

[Die Trichinen.] Von Professor Birchow ist im Verlage von Georg Reimer in Berlin ein „Darstellung der Lehre von den Trichinen, mit Rücksicht auf die dadurch gebotenen Vorsichtsmaßregeln, für Laien und Aerzte“ eröffnet; fünf dem Texte eingedruckte Holzschnitte und eine lithographierte Tafel erläutern die Entwicklungsgeschichte dieser von Hilton entdeckten und von dem berühmten englischen Zoologen R. Owen im Jahre 1835 unter dem Namen „Trichina spiralis“ zuerst beschriebenen Eingeweideparasites. Die Kardinalssätze der Trichinenlehre saßt Birchow dahin zusammen: 1) die mit einer Spezies genossenen Trichinen bleiben im Darm und kommen nicht in die Muskeln; 2) sie erzeugen im Darm lebendige Junge, welche darauf die Darmwände durchbohren und in die Muskeln weiter wandern; 3) die in die Muskeln eingewanderte Brut wächst darin und umgeht sich dort mit einer Kapselhülle (Cyste), aber sie vermehrt sich nicht weiter. — Gegen die bereits in die Muskeln eingedrungenen Trichinen ist bis jetzt noch kein Mittel gefunden worden;

dem einzigen Falle aber, wo eine solche Verwerfung vorgekommen, haben die Minister selbst dazu mitgewirkt und mitgestimmt.

Vollig unannehmbar ist die Regierungsvorlage ihrem Inhalt nach. Das Budget für 1861 würde, als das festvereinbarte Normalbudget werden, d. h. die darin ausgesprochene einmalige außerordentliche bedingte Bewilligung von 3,600,000 Thlr. zu einer Kriegsberichtsfest für eine Anzahl Monate würde erklärt. Aber auch abgesehen davon würde eine Überspannung des Staatshaushalts für alle Zukunft folgen; denn da eine Vereinbarung über ein Budget am leichtesten in Zeiten der Notth und bei wirklich dringenden außerordentlichen Bedürfnissen zu Stande kommt, so würden mit Annahme der Regierungsvorlage gerade die „angehörrigen Budgets der Wirtschaft“ zum Normalbudget, der Marialbestand würde grundsätzlich als Regel anerkannt, und der Landtag hätte dann in rubigen Jahren zu verfügen, in Güte eines davon abzudingen.

Die letzten Worte verklappten die finanziellen Bedenken gegen ein Normalbudget mit dem Rechtsbedenken. Das schon sehr befriedende Budgetrecht des Abgeordnetenhauses würde, so weit es einem Anteil an der periodischen Feststellung des Budgets angeht, vollständig aufgehoben. Selbst die weitgehendsten Zuminthungen früherer Jahre haben nie daran gedacht, dass Ordinarium und Extraordinarium zugleich nach dem freien Erneisen der Regierung auf unbestimmte Zeit verlängern zu wollen. Der vorliegende Gesetzentwurf würde freilich die vielversprochene „Lücke“ ausfüllen, aber mit der Lücke auch die Verfassung befeitigen. Die jetzt gebotene „verlöhnende Hand“ bietet eben nichts weiter, als die Vernichtung des Anteils des Abgeordneten an der Feststellung des Budgets. Dem Wortlaut nach bliebe freilich Art. 99 noch stehen, aber dem Sinne und dem Erfolg nach würde er vollständig aufgehoben.

Aus diesen Gründen ist die Commission über die Ablehnung einig gewesen und ebenso darüber, daß kein Anlaß zur Amodierung vorliege. Von einer Seite ist bemerkt, ein Verbesserungsvorschlag könne höchstens darin bestehen, die sieben ersten Worte des Art. 109 („die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben“) zu streichen.

Die Commission beantragt einstimmig die Ablehnung und beantragt ferner mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution: „das Haus der Abgeordneten wolle erklären: a) der vorgelegte Gesetzentwurf vom 17. Dezember 1863 enthält keine Ergänzung, sondern eine direkte und vollständige Aufhebung des Art. 99 der Verf.-Urtunde; b) der Gesetzentwurf ist wieder durch ein bestehendes Bedürfnis veranlaßt, noch mit dem verfassungsmäßigen Recht des Hauses der Abgeordneten bei Feststellung des Staatshaushalts ver einbar.“

Der beigelegten Denkschrift des Berichterstatters „die preußische Gesetzgebung über den Staatshaushalt“ entnehmen Wir folgendes: Nach der Regeneration von 1808—1815 wurde die Ordnung der Finanzen in erster Erwähnung genommen. Um eine gerechte Verwaltung nach Gesetzen zu gewinnen, ward zunächst als controllirende Stelle neben den Departementsbüros eine General-Controle (unter Vorsitz des Staats-Kanzlers) gebildet und für dieselbe in der Verordnung vom 3. Nov. 1817 folgendes bestimmt: „Sämtliche Einnahmen und Ausgabe-Eräts ohne Unterschied, welche Einnahmen oder Ausgaben über oder Staatsfonds enthalten, sollen zur Prüfung der General-Controle gelangen. Die verfassungsmäßige zu Unserer Vollziehung zu befordernden Etats müssen vorher von der General-Controle und dem betreffenden Departementsminister oder Chef kontrahirt sein. Diejenigen Etats, zu deren alleiniger Vollziehung die Minister und übrigen Verwaltungs-Behörden bisher berechtigt waren, müssen gleichfalls von der General-Controle mit vollzogen werden. § 2. Änderungen in der Verwaltung, welche Einfluß auf die Einnahmen oder Ausgaben des Staates haben, müssen mittels der Berichte der Verwaltungs-Behörden durch den Chef der General-Controle zu Unserer Approbation gelangen. Insbesondere dürfen ohne Theilnahme des Chefs der General-Controle keine Domänen oder Forsten oder sonstiges Staats-Eigenthum veräußert, keine Abgaben dauernd erlassen, oder deren Tariffaße abgeändert, keine Staatschulden contrahirt, keine Ausgaben neu bewilligt, Erhöhungen oder sonst Veränderungen vorgenommen werden. In welchen minder wichtigen Fällen, Veränderungen der gedachten Art ohne Unsere ausdrückliche Genehmigung, jedoch nur mit Zustimmung der General-Controle zulässig sind, bleibt der besonderen Instruction vorbehalten, welche Wir der General-Controle ertheilen werden. § 8. Wir wollen, daß der Inhalt dieser Verordnung sofort zum Vollzug komme, und hoffen, daß Unsere getreuen Unterthanen in dieser erneuerten Einrichtung, in deren Folge Wir selbst fortlaufend von der Finanz-Verwaltung genaue Kenntniß nehmen, einen abermaligen Beweis Unserer ununterbrochenen Fürsorge für das Beste derfelben finden werden.“

Durch Cabinets-Ordres vom 17. Jan. 1820 wurde dann der Grundhau anerkannt, daß mit der Ordre von 1817 die Verantwortlichkeit für den gesamten Staatshaushalt-Etat auf das gesamte Staatsministerium übergegangen sei, und wenn auch die Form der Kontrollebehörden und ihre Stellung durch spätere Cabinets-Ordres (vom 29. Mai 1826 und vom 19. Juli 1844) verändert worden ist, so ist doch der Grundhau von 1817 unverändert geblieben und die Verantwortlichkeit der Minister noch 1844 bestätigt und nachdrücklich anerkannt. Von 1821 bis 1849 ist der Staatshaushalt-Etat stets vor Beginn des Etatjahres dem Könige zur Vollziehung vorgelegt. Seit der Verfassung erfolgt nun die königl. Vollziehung und Feststellung des Etats durch ein Gesetz, d. h. nicht mehr auf Antrag des Minister, sondern auf Antrag des Landtags. Mit diesem „Gesetz“ ist unzweifelhaft diejenige Feststellung gemeint, welche früher dreißig Jahre lang durch königl. Cabinets-Ordre erfolgt war. Das Etatgesetz wird seit 1850 in einer Fassung publiziert, welche der Substanz nach identisch ist mit den älteren Verordnungen in Form von Cabinets-Ordres; ihre Bedeutung für die Verwaltungsbüro ist also dieselbe geblieben. Der königl. Genehmigung des Etats muss aber jetzt vorangehen die Vereinbarung der Minister mit einer koordinierten General-Controle, nämlich den beiden Häusern des Landtages.

„Doch bei der Feststellung der Ausgaben der Ausdruck „bewilligt“ in der Verfassungs-Urtunde nicht vorkommt (ein Mangel, auf den der jetzige Ministerpräsident großes Gewicht legt), erklärt sich daraus, daß dieser Ausdruck überhaupt für Ausgaben nicht sehr üblich ist. Doch aber bei einer Vereinbarung über Summen im Falle der Meinungsverschiedenheit die ges

ringere Summe die vereinbarte ist, folgt aus Gesetzen der Arithmetik, die solchen Umständen eine nachdrückliche und erfolgreiche Führung des Prozesses gegen Dänemark überhaupt möglich sei.“

Der aus der Verbindung der älteren Gesetze mit dem Art. 99 hervorgehende Zustand ist nunmehr nach Greif's Ausführung folgender:

„V) Sämtliche Einnahme- und Ausgabe-Eräts müssen vorher (d. h. zeitig vor Beginn des Etatjahres) von der controllirenden Stelle geprüft, genehmigt und erst in dieser Gestalt dem König zur endgültigen Vollziehung vorgelegt werden. (Verordnung vom 3. Nov. 1817. § 1)

„(2) Diese controllirende Stelle bildet jetzt die beiden Häuser des Landtages in ihrer Eigenschaft als Factoren der Gesetzgebung, also mit dem politischen Recht der Zustimmung (Art 99 der Verf.), jedoch mit ungemeinem Recht, so daß die zweite Kammer im Einzelnen und im Ganzen, die erste Kammer denselben nur im Ganzen zu prüfen hat. (Art. 62 der Verf.)

„(3) Erst durch diese Organe kommen die Etats zur endlichen königl. Ap-

probation (Verordnung vom 3. Nov. 1817 § 2); insbesondere kann ohne sie keine Ausgabe neu bewilligt, keine Erhöhung oder sonstige Veränderung vorgenommen werden“ (ebenda) und namenlich bleibt jede Bewilligung unbedingt abhängig. (Tab.-Ordre vom 29. Mai 1826)

Die Minister sind also nach wie vor gesetzlich verantwortlich; dafür, daß sie rechtzeitig vorher den Erlass des Staatshaushalt-Gesetzes beantragen und mit der controllirenden Stelle, jetzt den beiden Häusern des Landtages, vereinbaren; dafür, daß die Disposition über Einnahmen und Ausgaben nur nach Maßgabe dieses Gesetzes erfolgen; speziell dafür, daß das unterbleibe, was in den Gesetzen ausdrücklich untersagt ist.“ Danach ist das Staatshaushalt-Gesetz die „Generalvollmacht und Instruction“ für die Finanzverwaltung; sie bedingt die Legitimation der Minister in ihrer Eigenschaft als General-Verwalter des Staats-Vermögens; die Erfüllung dauernder Staatsverpflichtungen ist davon unabhängig, wie ja auch aus Privatverträgen die regelmäßig notwendigen Ausgaben bestritten werden können, selbst in der Zwischenzeit, in welcher etwa die Legitimation des Curators der Generalvollmächtigten streitig ist. „Staatsminister, welche ohne ein Staatshaushalt-Gesetz die Finanz-Verwaltung führen, seien sich rechtlich in die Lage, wie Staatsminister, welche vor Einführung der Verfassung ohne die gesetzlich notwendige Approbation des Königs über Staatsgelder freigestellt. Indem sie Ausgaben machen, treten sie in die Lage eines jeden Staatsbeamten, welche über öffentliche Gelder ohne Gesetz und ohne Genehmigung seines Oberen verfügt. Es ergibt sich daraus: 1) Eine civile rechtliche Verpflichtung auf Erlass, zu welcher nomine seisi meines Erachtens ein einfacher fiscalischer Beamter legitim ist, und welche nicht verjährt kann, so lange ein Hindernis der Verfolgung besteht. 2) Eine strafrechtliche Verantwortlichkeit, so weit eine vorsätzliche Verleugnung der Amtspflicht vorliegt, welche befreien kann: a) in der vorsätzlichen Verleugnung der gesetzlichen Pflicht die königl. Approbation zum Staatshaushalt-Etat in der gesetzlichen Form vorher einzuhören; b) in der unbefugten Herausgabe von Staatsgeldern ohne die gesetzlich notwendige Autorisation; c) in erbötem Maße wegen Herausgabe von Staatsgeldern gegen ausdrückliche Verbots-Gesetze.“ Gegen diese Ansprüche sind nun weittragende Einreden zulässig: Die Ausgaben seien rechtlich notwendige (impensae necessariae) gewesen, es habe sich um herkömmlich übliche Ausgaben und wiederholte Vorgänge gehandelt und dergl. Aber für die praktisch vorliegende Frage hat der Streit sehr viel engere Grenzen. Es handelt sich um die Mehrausgabe für die Reorganisation; diese beruht so wenig auf einem Gesetz, daß sie vielmehr dem Wort und Sinn der Gesetze vom 3. Septbr. 1814, 21. Novbr. 1815 und 22. Dezember 1819 widerspricht, wie solche auch in der Zeit von 1820 bis 1858 unabänderlich verstanden wurden. Die notwendige königl. Approbation zu einer Mehrausgabe dieser Art war in den Statuten von 1860—1861 nur als ein einmaliger Kredit und als eine „einmalige außerordentliche Ausgabe zur Aufrechterhaltung einer Kriegsberichtsfest“ unter einer Bedingung bewilligt. Sie gehörte also unzweifelhaft zu den „neuen Ausgaben-Erhöhungen und Veränderungen“ und zu den „außerordentlichen Verwendungen“, welche den Ministern schon durch die Verordnung vom 3. Nov. 1817 § 2 und durch die Kabinets-Ordre vom 29. Mai 1826 ohne sonigl. Genehmigung ausdrücklich untersagt sind.“ Die Streitfrage besteht also in dem einfachen Punkte, daß die Minister der Krone ein neue Mehr-Ausgabe erzwingen wollen, weil eine solche nach ihrer persönlichen Ansicht zweitmäßig oder „notwendig“ sei, während das nach Art. 99 zur Entscheidung dieser Vorfrage verfassungsmäßig berufen Abgeordnetenhaus eine solche Etat-Erhöhung weder als gesetzlich noch als zweitmäßig, noch als notwendig anerkennt und ausdrücklich verneint.“ Verfassungen und Gesetze und Ministerverantwortlichkeit sind aber gerade die Schranken der persönlichen Willkür. Daß das Haus die Verantwortung der Minister als vollkommen begründet annimmt, hat es schon früher ausgedrückt. Zur Befreiung der den Durchführung einer Anklage entgegenstehenden Hindernisse hat das Haus für jetzt keine andern Mittel, als 1) den Anspruch auf Substitution eines geeigneten Organs, wo es an einem solchen fehlt, zur Verfolgung eines anerkannten Rechtsanspruchs, verhindern des nördlichen öffentlichen Landesbeamten zur Vermeidung von „Rechtsverweigerung“; 2) das sehr bedenkliche, beim deutschen Bundestag eröffnete Rechtsmittel gegen Rechtsverweigerung; 3) eine spätere Geltendmachung der zwischen unverjährbaren Ansprüchen.“ Ob und welches dieser Mittel zu ergreifen, steht jetzt nicht zur Frage; wohl aber, ob es ratsam sei, auf diese Rechte durch Annahme der Regierungs-Vorlage direct oder indirekt zu verzichten. Diese Frage ist aus politischen wie aus rechtlichen Gründen gleichmäßig zu verneinen.

solchen Umständen eine nachdrückliche und erfolgreiche Führung des Prozesses gegen Dänemark überhaupt möglich sei. Jede patriotisch deutsche Empfindung — mag sie die Schuld des vorliegenden Verwirrungsspiels auf dieser oder jener Seite suchen — wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß alle Spekulationen des Auslandes auf die Zerschaffung und Dynastie der deutschen Politik aus einem so schroff zu Tage tretenen Antagonismus der deutschen Regierungen neue Ermutigung schöpfen müssen. Das Beklagenswerte und Nachtheilige eines solchen inneren Verwirrungsspiels liegt klar vor Aller Augen; aber, wie sehr auch die Sache der Herzogthümer zunächst darunter leiden mag, so kann ich doch nur reiser Erwägung nicht den Weisungen Deiner heiteren, welch den Meinungskampf in Frankfurt auch als untrügliches Vorboten einer Bundes sprengung oder gar eines deutschen Bürgerkrieges bezeichnen. Hoch genug ist freilich die Verwirrung gestiegen, wenn die deutschen Großmächte sich einerseits mit dem Bunde zur Execution in Holstein vereinigen, und andererseits auf eigene Faust im Gegenseit zu einem Bundesbeschlüsse die Occupation Schleswigs durchführen, und wenn dann die zur Bundesmajorität gehörenden Regierungen gegen den Durchmarsch preußischer und österreichischer Truppen durch Holstein Einspruch erheben. Indessen darf man nach dem bisherigen Verlaufe deutscher Controversen wohl annehmen, daß der Streit zunächst nur mit Erklärungen, Verwahrungen und Protesten geführt werden wird. Von Preußen wie von Österreich wird die Ansicht festgehalten, daß die Action der Großmächte in Schleswig ohne Störung neben der Bundes-Execution in Holstein verlaufen könne. So viel bis jetzt verlautet, waltet die Absicht vor, den durch Bundesbeschluß hergestellten status quo in Holstein völlig unangetastet zu lassen, so daß die Action der Großmächte weder die Bundes-Executionstruppen noch die Bundes-Commissionen verdrängen, noch auch auf den Gang der dortigen Entwicklung einen bestimmenden Einfluß in Anspruch nehmen würde. Hierdurch wäre die Eventualität eines Zusammenstoßes zwischen Deutschen und Deutschen befeitigt, falls nicht etwa die Regierungen der Bundesmajorität versuchen sollten, ihrem Widerstreben gegen den Durchmarsch preußischer und österreichischer Truppen durch Holstein thatächliche Geltung zu verschaffen. In bietigen politischen Kreisen glaubt man nicht an die Wahrscheinlichkeit eines solchen Beschlusses. — Nach einer längeren vertraulichen Berathung der Minister, welche gestern Abend nach Eintreffen der frankfurter Nachrichten stattfand, ist heute ein Ministerconseil unter dem Vorsitz des Königs und in Anwesenheit des Kronprinzen abgehalten worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Berathung dem deutsch-dänischen Streit gewidmet ist, und man erwartet mit ängstlicher Spannung die nächsten Schritte der Regierung, aus denen sich beurtheilen lassen wird, nach welchem Programm die Action der Großmächte operieren wird. Neben die vorläufig beabsichtigten Maßnahmen hört man, daß ansehnliche Truppenkörper von Seiten Österreichs und Preußens nach der Elbe dirigirt werden sollen. Die Förderung der österreichischen Truppen wird, dem Vernehmen nach, vorzugsweise durch Schlesien erfolgen, weil man allen etwaigen Schwierigkeiten eines Durchzuges durch das Gebiet der dissidenten Staaten aus dem Wege gehen will. Sobald die nach dem Norden entstandenen Truppenkörper die nötige Stärke erreicht haben, um die Occupation Schleswigs selbst gegen den Widerstand Dänemarks durchzuführen und behaupten zu können, wird das Ultimatum an Dänemark gestellt werden. Die Hauptforderung wird sein, Zurücknahme der Verfassung vom 18. November v. J. in kürzester Frist; ob noch weitere Bedingungen Platz greifen werden, scheint jetzt noch nicht festgestellt zu sein.

= [Feststellung des Etatberichts.] Der Abg. Borsig hat Namens der Budget-Commission des Abgeordnetenhauses über die endgültige Feststellung des Etat-Bericht erstattet. Danach ist der Staatshaushalt-Etat für das Jahr 1864 festgestellt: In Einnahme auf 141,271,695 Thlr. und in Ausgabe auf 137,971,741 Thlr., nämlich auf 131,424,914 Thlr. an fortlaufenden und auf 6,546,800 Thlr. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben. Den § 2 der Verfassungsvorlage, welcher sich mit der Deklaration des Defizits beschäftigt, beantragt die Commission zu streichen, da sich nach den Beschlüssen des Hauses kein Defizit, sondern ein Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben ergibt; § 3 der Neg.-Vorlage wird § 2, derselbe beauftragt den Finanzminister mit Ausführung des Gesetzes.

[Über Wantrup's Wahl] Theilt die „K. H. Z.“ folgendes mit: Wantrup's Wahl wird wiederum Gegenstand der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus werden. (Schwerlich; denn die Tage des Abgeordnetenhauses sind gezählt. D. Ned.) Der Wahlcommissarius, Regierungsrath v. Meusel aus Danzig, der die Verhandlungen mit jedem Geschick und strenger Unparteilichkeit leitete, brachte eine große Anzahl von Protesten zur Sprache, die sich alle auf Vorgänge stützen, welche er selbst als „große Unregelmäßigkeiten“, „entschiedene Un-

Der Stadtschreiber von Liegnitz.

Historischer Roman

von

Ludwig Habicht.

III. Kapitel.

(Fortsetzung.)

In einer solchen Zeit, die alles durchdrinnt und der Tod und Gut so wenig gesichert war, würde jedes andere Volk schwerlich, oder doch stumpf und träge geworden sein. Der den Schlesern eigenhümliche Sinn bewahrte sie davor; sie verloren nie die Lust zur Arbeit, selbst wenn sie wünschten, daß das Tagewerk ihrer Hände Andern zur Beute fallen würde. Viel trägt dazu die glückliche Mischung des Blutes bei. Der Schlesier hat die ganze Geistesbeweglichkeit des Polen und verbindet sein Feuer und seine Lebendigkeit des ersten Angriffs, mit der größeren Ruhe und Beharrlichkeit des Deutschen. Er ist ebenso gastfrei und höflich wie der Pole, aber nicht so geschmeidig, und erzeugt dies durch deutsche Treuherzigkeit. Die unglückliche Geschichte Schlesiens hat dafür gesorgt, daß es sich nie zu einem tüchtigen, lebhaften Nationalbewußtsein aufgetragen und darum entbehrt der Schlesier des ersten, männlichen Zuges, den immer eine große, mächtige Wandschleife, so schön und bedeutsam, in das Antlitz eines tüchtigen Volkes prägt. Der Schlesier liebt sein Land, aber nur als thure Scholle, die sein ganzes Herz fesselt, nicht als geweihten Boden, auf dem eine große Vergangenheit ihre Spuren, zu noch größerer Thaten mahnen, eingeschrieben.

Als Bisch zurückkam, fand er den Bauherrn nicht mehr vor und er wanderte jetzt allein die Hainauer Straße entlang, über den Marktplatz hinweg, an dessen Ende sein Wohnhaus stand, ein für die damalige Zeit großes und stattliches Gebäude. Eine Menge Steinmetzarbeiten zierten die Vorderseite des massiven Hauses und den weit hinausgebauten Erker stützte ein mächtiger, steinerner Pfeiler. Der ebenfalls von Sandsteinen ausgeführte Bogen der Thür, die

der hohe, gewölbte Flur, sowie die Größe und Geprägtheit des Gebäudes, das mit seinem Hinterhause sich die Treppe entlang, bis zum Kohlenmarkt ausdehnte, gaben ein Zeugnis von der Wohlhabenheit seines Besitzers. Bisch hatte auf seiner Wanderung über den Markt, nach rechts und links freundlich gegrüßt und bei seinem Gruße meist den Namen hinzugefügt. Manch alter Bürger, von dieser Aufmerksamkeit überrascht, blieb stehen, sah ihm mit freundlichem Begegnen und murmelte vor sich hin: „das las ich mir gefallen!“ Und doch, wie gesäßig und herablassend der junge Stadtschreiber war, er galt trotzdem allgemein für stolz. Es lag in seinem Wesen etwas, das zwar die Herzen der Menschen zu gewinnen, aber sie auch immer in einer Entfernung zu halten wußte; man konnte sich bei ihm ausplaudern, sich geben lassen, ihm sein Vertrauen schenken, nur war man sicher, daß er es nicht erwidern würde. Er verstand zu schwigen und geschickt sich jeder zwinglichen Frage zu entziehen, und der Schweigende kommt leicht in den Geruch des Stolzes. Fest schritt Ambrosius Bisch nachdenklich die Treppe zum ersten Stock hinauf und eben so nachdenklich in sein Zimmer. Mit großen Schritten wanderte er darin auf und ab und je lebhafter sich die Gedanken in seinem Kopfe wirbelten, je unruhiger und hastiger wurde seine

Wandlung, der glatte Fußboden war mit reinlichen Tannennadeln überstreut und durch die ziemlich großen Fensterläden war die Sonne ihre hellsten Strahlen und gab dem ganzen Gemach einen freundlichen, heitern Anstrich. Zwei große Ölgemälde hingen an der Seitenwand. Es waren sorgfältig ausgeführte und von einem Künstler geschaffene Porträts. Das blaue, scharfgezeichnete Antlitz, die dunklen, schwermüthig blickenden Augen, die hohe, gemütlste Stirn und der feine, fast geschlossene Mund, all diese Züge des einen Bildes, die sich, wenn auch noch nicht so scharf ausgeprägt, bei dem jungen Stadtschreiber vorsanden, befundenen die Familien-ähnlichkeit — es war das Bild des Vaters. Das Porträt der Mutter, in seinem freundlichen, fast schelmischen Herab lächeln, mit den blühenden Lippen und der heitern Stirn, bildeten den überraschendsten Gegensatz. Die alte Frau, die dort am Tische saß und jetzt dem Eintretenden lebhaft entgegenging, schien noch nichts von ihrem lebhaften, muntern Sinne verloren zu haben. „Armer Junge, kommst du endlich? Alles wird kalt geworden sein“, sagte sie mit dem ganzen Bedauern einer um das Essen und um den Sohn besorgten Mutter.

„Ich bringe dir dafür einen lieben Gruß!“ entgegnete Bisch und zog den noch halb in der Thür stehenden Freund völlig herein. „Frau Gertrud, Gott grüß' Euch!“ sagte Hermann von Gitteritz und drückte fast ehrfurchtsvoll die Hand der Mutter an seine Lippen.

Die Frau blickte überrascht zu der stattlichen Erscheinung auf; einen Augenblick war sie zweifelhaft, aber im nächsten hatte ihr scharfes Auge doch den Anschein, trost der großen, mit ihm vorgegangenen Veränderung erkannt. „Willkommen Bester!“ rief sie freudig aus, „sag' ich's Euch nicht, aus den Wochen Eurer Irrfahrt würden Jahre werden.“

„Gewiß, Ihr habt immer Recht gehabt“ war die Antwort. Hermann's Augen fielen jetzt auf die zweite Frauengestalt im Zimmer — ein junges Mädchen, das bereits am Tische gesessen hatte, jetzt aufgespannt; sehr hübsche, geistige Tapeten schmückten die

seßlichkeit" bezeichnete. Oft war ohne engere Wahl zum Losen geschritten, die Protokollführer hatten die Verhandlungen nicht unterschrieben, Urwähler waren durch Tumult und Drohungen aus dem Lokal getrieben, einmal hatte sogar ein gänzlich Unberechtigter an einer ungeraden Wahl Theil genommen und war dadurch Wahlmann geworden, das Alles war durch den Commissarius amtlich festgestellt und bestimmte ihn, die Annulierung der bezeichneten Urwahlen vorzuschlagen, allein das wonnige Gefühl der Überzahl war stärker, als der Hinweis auf das Gesetz, das kurze Glück der Souveränität wurde dazu benutzt, um diese sämlichen Wahlen zu legalisieren. Hoffentlich wird eine etwas weniger parteiliche Prüfung des Abgeordnetenhauses diese groben Verstöße und Gesetzwidrigkeiten ins rechte Licht stellen.

Königsberg, 14. Jan. [Militärisches.] Eine der hier garnisonirenden Compagnien der Festungs-Artillerie hat ihre Reserven einberufen, um demnächst auf Kriegsfuß gestellt, nach der Festung Pillau auszurücken. (K. S. 3)

Stettin, 15. Jan. [Ein feudales Blatt, das zuleich deutsch ist.] Der „treue Pomm“^{er}, das bekannte Organ der ultrafeudalen Partei, nimmt sich im anerkennungswertigen Gegensatz mit den meisten seiner Gesinnungsgenossen der schleswig-holsteinischen Sache an.

Von der Insel Rügen, 12. Jan. [Truppen.] Bereits für die ersten Tage des neuen Jahres waren für mehrere Ortschaften der Insel Truppen angefordert, welche aber für Putbus und Bergen vorläufig wieder abgemeldet wurden. Dagegen sind 3 Compagnien vom 42. Regiment in die Ortschaften an der Südküste der Insel vertheilt, wo sie zur Armierung und Verbesserung der dort gelegenen das Fahrwasser nach Stralsund deckenden Schanzen verwendet werden. Sobald diese Arbeiten vollendet sind, soll eine Compagnie nach Putbus, die andere nach Bergen verlegt werden, während die dritte als Besatzung jener Schanzen zurückbleiben wird. Außerdem wird eine größere Abtheilung Ulanen des 9. Regiments am 24. d. Mts. auf Rügen eintreffen und über die ganze Insel vertheilt werden. (O.-S.)

Strasburg, 11. Jan. [Herr v. Young.] der bis dahin keine Anstalten getroffen hatte, den Schauplatz seiner letzten Thätigkeit zu verlassen, hat heute Abschiedsbesuch gemacht, u. A. bei seinem Nachfolger im Amt, woraus hervorgeht, daß er jetzt selbst nicht mehr an die Möglichkeit denkt, hier reaktiviert zu werden. Neuerdings ist im Kreisblatt folgende Verfassung veröffentlicht:

„Der landräthliche Erlass vom 31. Dezbr. v. J., betreffend die von dem Magistrat zu Lautenburg in der Zeit von 25. Juli bis 18. Dezbr. v. J. für Ausländer ausgestellten Pässe, wird hierdurch zur Rücknahme. Für den Fall, daß auf Grund derselben Verhaftungen stattgefunden haben sollten, ist deren Auflösung gleichzeitig zu veranlassen.“ Strasburg, den 7. Januar 1864. Der Landrat, J. A. Haarland, Regierung-Ältester.“

Das Kreisblatt bringt unter den Inseraten auch eine Entgegnung des Herrn Hermes in Wondzin auf die „amtlichen“ Angriffe, die auch dieser geachtete Mann von Herrn v. Young erfahren hat. Diese Erwiderung lautet:

„1. Das Kreisblatt dient zu amtlichen Bekanntmachungen, zu denen Schmähungen, distante Enthüllungen, Blumentleben &c. nicht gehören. Dasselbe wird auf Kreistosten herausgegeben und können zu einer bestimmungswidrigen Auswendung derselben die Kreisstände nicht hinweisen. 2. Nach den gesetzlichen Bestimmungen (vgl. die Instruktion &c. Berlin, den 8. Mai 1851) sollen die Einkommensteuerpflichtigen nicht gehalten sein, eine detaillierte Declaration über ihre Einkommens-Verhältnisse abzugeben, sondern die Veranlagung soll auf einer durch Commissionen bewillten Einschätzung beruhen. Demnach war ich nicht verpflichtet, den Zuwachs meines Capital-Bermögens, sofern ein solcher in den früheren Jahren stattgefunden hat, anzumelden. Ich hielt mich um so weniger dazu verpflichtet, als meiner vollen Überzeugung nach mein Gesammt-Einkommen eher hoch, als zu geringe eingeschätzt wurde. Bei der letzten Veranlagung habe ich eine Vermehrung meines Capital-Bermögens auf eine Anfrage des Vorsitzenden offen zugegeben, obgleich ich nach den oben angeführten gesetzlichen Bestimmungen zu einer Erklärung über dasselbe nicht verpflichtet war. Auf diese meine offene Erklärung gründet nun der Landrat v. Young den Vorwurf, daß ich mein Capital-Bermögen jahrelang habe zu niedrig berechnet lassen und dadurch eigentümliche Beweise meiner Ehrenhaftigkeit an den Tag gelegt habe. — Ob mein Verhalten den Landrat v. Young zu solchen Beschuldigungen berechtigt, das zu beurtheilen stelle ich den Bewohnern dieses Kreises, die mich seit 27 Jahren kennen, getrost anheim.“ Wondzin, den 4. Januar 1864. R. Hermes.“

Deutschland.

Frankfurt, 15. Jan. [Zur Patentgesetzegebung.] Die „Neue Frankfurter Zeitung“ heilt das Votum mit, welches Preußen in der Sitzung des Bundestags vom 31. Dezember v. J. über die Entwürfe eines von den deutschen Staaten anzunehmenden Patentgesetzes und eines Vertrages über die Erteilung gemeinsamer Patente abgegeben hat, welche die vom Bunde eingesetzte Fachmänner-Commission vorgelegt hat; dasselbe lautet:

„Die königliche Regierung hat nicht unterlassen, die von der Fachmänner-Commission vorgelegten Entwürfe zu Verordnungen über die bei Gewährung des Patentchutes für Erfindungen zu beobachtenden allgemeinen Bestimmungen und über gegenseitige Geltung der Patente einer jorfältigen Prüfung zu unterwerfen, sie sieht sich indes zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, denselben ihre Zustimmung ertheilen zu können.“

auf den Akkummling hestete. Das Anhüft des Fremden übergoß eine dunkle Röthe, er näherte sich eiligst und ein Knie vor dem jungen Mädchen beugend, sagte er mit tiefster Innigkeit: „Mechthild, kannst du mir verzeihen, daß ich so lange weg blieb? aber ich habe dein nicht vergeben, dein Bild hat mich überall hinbegleitet, es war mir Schutz und Schirm in aller Gefahr. Nun komm' ich zu dir zurück; ich habe mein wildes, stürmisches Blut gekühlt und fest verb' ich von Neuem um deine Liebe.“

Das junge Mädchen blickte überrascht und verlegen auf den Sprecher, dessen bittende Augen eine Antwort heidten.

„Ihr irr't Vetter,“ begann jetzt die Mutter. „Ihr nebst mein jüngstes Töchterlein für Mechthild.“ „Beatrix du! — Ihr!“ rief Ezzeterriz verwirrt, „wie seid Ihr zur schönen Jungfrau ausgeblüht und ich verließ Euch als halbes Kind,“ und mit Wohlgefallen ruhten die Blicke Hermann's auf der lieblichen Ercheinung, die davon bis an die Schläfe erhöhte.

„Das kommt vom Herumschwärmen“ bemerkte die Mutter und erhob schelmisch drohend den Finger.

„Aber, wo ist denn Mechthild?“ fragt der junge Mann „ist sie auch tot?“ sieß er hastig heraus. „Tot? nein!“ entgegnete Bisch mit sonderbarer Betonung „doch seien wir uns zu Tische, sonst wird das Essen völlig falt.“ Auch die Mutter wiederholte die Einladung und alle vier nahmen an dem schwelen, eichenen Tische Platz, der mit einem blendend weißen Tuche überdeckt und auf den jetzt in spiegelblank gepulpten zimmerne Schüsseln die dampfenden Speisen aufgetragen wurden, die selbst dem verwöhntesten Gaumen gerecht werden konnten.

Die Witwe befahl der aufwartenden Magd Wein herbeizubringen und wandte sich dann zu Hermann: „Run erzählst, wie Ihr die Welt gefunden; wir wollen Euch anhörig zuhören. Wart Ihr beim Kaiser? sah Ihr ihn oft?“ fragt die alte Frau mit jugendlicher Lebhaftigkeit.

„Gewiß“ entgegnete Ezzeterriz, „aber bei dem galt

Ohne die Mängel der in Preußen bestehenden, bekanntlich auf dem Prinzip der Vorprüfung beruhenden Patentgesetzgebung verkennt zu wollen, glaubt die königl. Regierung für dieselbe doch den wesentlichen Vorzug nehmen zu dürfen, daß sie die Gewerthäufigkeit vor Patenten für bekannte und offenkundig wertlose Dinge und damit vor ganz ungerechtfertigten Belästigungen und Weiterungen bewahrt hat.

Die in Nere stehenden Entwürfe haben das entgegengesetzte System, das sogenannte Anmeldeverfahren zur Grundlage; sie beweisen mitin einer Erweiterung des Patentchutes und namentlich Erleichterungen bei der Erlangung der Patente.

Zu einer Aenderung der diesseitigen Gesetzgebung in dieser Richtung würde sich die königl. Regierung nur dann entschließen können, wenn feststeht, daß dadurch nicht allein die Erfindungsindustrie, sondern die Gewerbsamkeit im Allgemeinen gefordert würde, und daß der erwähnte, aus der Vorprüfung sich ergebende Vorbehalt gegen die von der Annahme des Anmeldeverfahrens zu erwartenden Erfolge zurücktrete.

Einen solchen Nachweis hat die Commission nicht geführt, und er dürfte auch überhaupt schwerlich zu führen sein. Sie bemerkt im Eingang ihres Gutachtens vom 16. Mai d. J., daß sich in der theoretisch-wissenschaftlichen und publizistischen Literatur die Stimmen vermehrt hätten, welche wahrscheinlich den mit dem Patentwesen verbundenen Beschränkungen weit höher veranschlagen, als den Nutzen des Patentchutes, glaubt diesem Umstände aber deshalb kein Gewicht beilegen zu sollen, weil ein genügendes Material, welches sich auf Thatsachen oder doch auf genaue Erforschung der in den praktischen Kreisen aus der Erfahrung entwickelten Anichten über die Wirkung der Patentpflicht nicht vorliege.

Es ist jedoch bekanntlich in England und Frankreich, wo das von der Commission adoptierte System seit langer Zeit in Geltung steht, neuerdings von Männern, die mit den Interessen der Industrie genau vertraut sind und den praktischen Kreisen angehören, oder ihnen doch nahestehen, gerade mit Städtsicht auf Erfahrungen und zwar sehr ungünstige Erfahrungen, welche eine Umgestaltung der Gesetzgebung in der Richtung der Beschränkung des Patentwesens, theils die gänzliche Beseitigung derselben lebhaft empfohlen werden.

Schon diese Erscheinung würde die königliche Regierung haben abhalten müssen, sich die Vorschläge der Commission anzuseignen; ihre Bedenken sind aber noch durch das Ergebnis der Ermittlungen verstärkt worden, welche sie bei dem zunächst beobachteten Handels- und Gewerbestand des eigenen Landes angezeigt hat.

In der weitaus überwiegenden Mehrzahl haben sich die Organe derselben dahin ausgesprochen, daß die Nachtheile, welche das System des Anmeldeverfahrens mit sich führe, die Vortheile, welche die Verleihung von Patenten überhaupt darbietet, überwiege, und daß im Hinblick auf den gegenwärtigen Standpunkt der Industrie es der durch das Patent beweckten Anregung des Erfindungsgeistes überhaupt nicht mehr bedarf.

Unter diesen Umständen muß die königl. Regierung Anstand nehmen, sich Maßregeln anzuschließen, die nicht den Wegfall, sondern eine weitere Ausdehnung des Patentwesens zum Ziele haben.“

Frankfurt a. M., 14. Januar. [Der österreichisch-preußische Antrag und die Abstimmung Sachsen.] Der Antrag von Oesterreich und Preußen vom 28. Dezember lautet:

„Hohe Bundesversammlung wolle an die königlich dänische Regierung die Aufforderung richten, das Grundgesetz vom 18. November d. J. bezüglich des Herzogthums Schleswig nicht in Vollzug zu sehen, sondern dasselbe definitiv wieder aufzubauen, und sie wolle mit jedem Verlangen die Erklärung verbinden, daß im Falle der Begehrung der deutsche Bund im Gefühe seines Rechtes und seiner Würde die erforderlichen Maßregeln ergreifen müsse, um sich durch eine militärische Besetzung des Herzogthums Schleswig ein Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderung zu verschaffen.“

An der Wirkung des bereits gelegentlich des Bundesbeschlusses vom 7ten Dezember ausgesprochenen Vorbehaltes einer rechtlichen Prüfung der Ergebnisfrage würde selbstverständlich durch die Annahme des vorstehenden Antrages nichts geändert werden.

Die Gesandten von Oesterreich und Preußen haben schließlich darauf anzuzeigen:

„Hohe Bundesversammlung wolle den Militärausschuss beauftragen, unverweilt die erforderlichen Anordnungen zu dem Zwecke in Vorschlag zu bringen, damit die dem Bunde für die eventuelle Besetzung des Herzogthums Schleswigs zur Verfügung zu stellenden Streitkräfte auf die notige Stärke gebracht werden.“

Die Abstimmung Sachsen's lautet:

„Die königlich sächsische Regierung würde es an sich der Sachlage entsprechender erachten, wenn die dem Bunde vorliegende Frage wegen Anerkennung des rechtmäßigen Regierungsnachfolgers im Herzogthum Holstein zunächst zum Antrag gebracht und alsdann erst zur Erregung derjenigen Maßnahmen gebracht würde, welche dem Bunde geeignet und dringlich erscheinen möchten, um die seiner Obhut anheimfallenden Ansprüche in Bezug auf das Herzogthum Schleswig sicher zu stellen.“

Angesichts jedoch der sehr wider ihren Wunsch und Willen andauernden Verzögerung dieser Entscheidung vermag die königlich sächsische Regierung auch von ihrem Standpunkt aus es nur als eine Notwendigkeit anzuerkennen, daß einer Besetzung des Herzogthums Schleswig durch Bundesstruppen zu dem vorgedachten Zwecke nicht weiter Anstand gegeben werde.

Sie würde jedoch eben diesem Standpunkte, welchen sie als den für den deutschen Bund in rechtlicher und politischer Hinsicht allein gebotenen betrachtet, unterwerden, wollte sie ihre Zustimmung dazu ertheilen, daß nach dem Vorschlage der hohen Regierungen von Oesterreich und Preußen eine Aufsichtsrat an die königlich dänische Regierung gerichtet werde, welche im Voraus das Recht des Besitzes von Schleswig für Dänemark anerkenne hieße. Sie hält sich vielmehr verpflichtet, jeder derartigen Vernehmung mit dem Cabinet von Kopenhagen entschieden zu widersprechen.

Die königlich sächsische Regierung stimmt daher dem Antrage der hohen

Regierungen von Oesterreich und Preußen nur unter der Bedingung bei-

dass von jeder Aufforderung an Dänemark wegen Abänderung seiner Verfa-

sung absehen und ausgesprochen werde, daß die Beteiligung zur Sicherstellung älter vom deutschen Bunde in Bezug auf Schleswig zu wahren Rechte, namentlich auch derjenigen erfolge, welche der Bunde in Folge seiner bevorstehenden Entscheidung über die rechtmäßige Regierungsnachfolge im Herzogthum Holstein geltend zu machen sich veranlaßt seien sollte.

Zugleich hat die königlich sächsische Regierung damit den Antrag zu verhindern, daß, um die Beteiligung des gesamten Deutschen an dieser tatsächlichen Vertretung der nationalen Sache erkennbar werden zu lassen, auch die Beteiligung sämlicher Bundes-Armee-corps daran beschlossen werden mögte.“

Mainz, 14. Januar. [Die vielversprochene Schwester Adolphus] ist gestern nach dem Mutterhaus ihres Ordens in Straßburg gereist; ob sie später zurückkehren werde, ist in Frage. — Es heißt, es solle hier, um einem dringenden Bedürfnis abzuheben, noch ein neues Kloster errichtet werden. (R. Fr. 3)

Nürnberg, 13. Jan. [Gegen den Durchzug österreichischer Truppen.] Der hiesige „Korrespondent“ schreibt: Gestern und vorgestern waren österreichische Quartiermacher hier, welche wahrscheinlich den nach dem Norden bestimmten weiteren österreichischen Truppen-Sendungen die Wege bereiten sollten. Wenn diese Truppen-sendungen tatsächlich vor sich gehen werden, wissen wir nicht, erlauben uns aber auf folgende Punkte aufmerksam zu machen: 1) daß ein Bundesbeschluß, nach welchem mehr österreichische oder preußische Truppen, als die 5000 Mann von jedem dieser beiden Staaten, welche die erste Reserve bilden und bereits an Ort und Stelle sind, nach den Herzogthümern oder in deren Nachbarschaft befördert werden sollen, bis jetzt nicht vorliegt; 2) daß die bayerische Regierung ohne in Mitte liegenden Bundesbeschluß die Pflicht nicht hat, die Truppen eines anderen Staats in andern als den durch bestehende Etappenverträge festgestellten Fällen (welche hier nicht Platz greifen) durch ihr Land ziehen zu lassen, und daß eine solche Pflicht um so weniger gegeben ist, so lange nicht feststeht, ob der betreffende Staat den Durchzug zu „Bundes-“ oder „europäischen“ Zwecken, als Bundesstaat oder als europäische Macht, beansprucht; 3) daß bei der gegenwärtigen Lage der schleswig-holsteinischen Angelegenheit diesem Mangel einer völkerrechtlichen oder Bundespflicht die positive politische Pflicht gegenübersteht, den Truppen eines anderen Staats nicht anders als in Folge eines Bundesbeschlusses den Durchzug nach dem Norden zu gewähren (und nebenbei den eigenen Unterthanen die dadurch bedingten Einquartierungs- und sonstigen Lasten zuzumuten). Erfolgt ein Bundesbeschluß, welcher die Förderung weiterer österreichischer Truppen nach dem Norden anordnet — dann wohl und gut! So lange ein solcher Bundesbeschluß nicht vorliegt, bleiben obige Punkte aufrecht stehen. Die „General-Correspondenz“ aus Oesterreich hat uns kürzlich belehrt, daß England im Gesamtstaat Dänemark eine Stellung „à cheval zweier Meere“ zu wahren habe und daß deshalb Deutschlands Recht in Schleswig-Holstein nicht zur Geltung kommen dürfe. Zur Durchführung einer Politik in diesem Sinne wird Oesterreich besser thun, seine Truppen von Triest und Venetia aus auf englischen Schiffen als durch Deutschland und auf deutschen Eisenbahnen nach Schleswig-Holstein zu befördern.

Leipzig, 15. Januar. [Eine offizielle Erklärung.] Einen Artikel von Lagueronniere in „La France“ beantwortend, sagt die offiziöse „Leipziger Zeitung“: Wer legalerweise in der Herzogthümern-Frage die Politik der Mittelstaaten unterstützt, ist willkommen. Der Parteidank hierbei ist gleichgültig, und auch des Nationalvereins Mitwirkung sei erwünscht, weil er damit die preußische Spize aufgebe.

Von der mittleren Weser, 14. Januar. [Preußische Truppenbewegungen.] — Oberst v. Schwarzkoppen. — General v. Winzingeroede. Heute zog durch — oder vielmehr um die Stadt Minden das zu Höxter garnisonirende 3. Bataillon des jetzigen 55. (ehemaligen 15. Landwehr)-Regiments, dessen 2. Bataillon in Bielefeld liegt, während das 1. Bataillon und der Regimentsstab sein Standquartier in Minden hat. Bisheriger Commandeur dieses Regiments war der vor einigen Tagen als Brigadier nach Bromberg versetzte tapfere Oberst v. Schwarzkoppen, welcher im Jahre 1848 bei dem Sturm auf die düppeler Schanzen sich eine rühmliche Wunde geholt hat. Das 3. Bataillon kam heute von Blotho und ging nach Kleinbremen, einem preußischen Dorfe, das ungefähr 2½ Stunden diesesseits Minden liegt. Sicherem Vernehmen nach konzentriert sich in und um Minden die zur Action in Schleswig-Holstein bestimmte 18. Division unter der Führung des Generals v. Winzingeroede. Die Offiziere hoffen und wünschen natürlich, daß diesmal „Erfolg gemacht“ werde, fürchten aber wieder die Winkelzüge der Diplomatie. Die Soldaten, sämtlich mit schwarzen Ohrenwärtern zweckmäßig versehen, haben bei dem kalten Wetter etwas frostig, dabei aber frisch und mutig aus, schienen sich ihrer ehrenvollen Mission zu freuen und wurden von den Einwohnern Mindens allseits freundlich begrüßt. (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

nicht, was ich mitbrachte — ein lustiger Sinn und ein törichter Schwert — er ist ein trübsinniger Schleicher, der mit all seiner Sternuckerei sich und das deutsche Reich an den Abgrund bringen wird.“

„Man sagt, daß er ein großer Freund von Botanik, Astrologie und Alchimie sei,“ bemerkte Bisch.

„Mir wollte er sich sehr gnädig erweisen,“ erzählte Ezzeterriz weiter, „und zeigte mir den ganzen Krimskram von Tiegeln und Torten.“ „Retorten,“ berichtete Bisch.

„Meinetwegen,“ sage Hermann lachend, „ich guckte in die Töpfse, wie ein Affe in den Spiegel, und als er mich fragt: „versteht Ihr auch etwas von der edlen Scheideputz?“ sage ich ihm ehrlich: „Ich koche am liebsten mit meinem Schwert.“ Er zuckte nur mit den Achseln und wurde nicht einmal böse, „und das soll ein deutscher Kaiser sein!“ sezte Ezzeterriz mit komischer Entrüstung hinzu.

Die Mutter herzlich und ihr Töchterchen summte unwillkürlich ein, nur Bisch verzog die Lippen kaum zu einem Lächeln.

Der junge Ezzeterriz durch diesen Beifall aufgemannt, fuhr fort: „Kein Wunder, daß der deutsche Kaiser im ganzen Land nicht mehr geachtet wird und Friedrich der Siegreiche dran denken konnte, Podiebrad zum Kaiser wählen zu lassen.“

„Was sagt Ihr?“ rief die Witwe freudig überrascht. „Podiebrad deutscher Kaiser! das wär' herrlich!“ und die Augen der alten Frau glänzten in seltsamem Feuer.

Die Kurfürsten von Mainz und Trier und viele andere Fürsten waren schon gewonnen, in diesem Jahre schon wäre der Betteltanz losgegangen, aber —

„Aber?“ wiederholte die Witwe in gespannter Erwartung und ihr Auge hing an den Lippen des Sprechers.

„Podiebrad möchte davon nichts wissen.“

„Ah!“ rief die alte Frau schmerlich enttäuscht.

„Er wollte keine Krone mit Strömen von Blut erkaufen und dann — er ist Husst und hängt uner-

(Fortsetzung.)

Ninteln kein preußischer Etappenort ist, so soll die dortige Regierungsbehörde sich nicht für ermächtigt gehalten haben, den Durchmarsch des Bataillons zu gestatten, wiewohl der notorische Umstand, daß die Truppenbewegung in Folge von Bundesbeschlüssen stattfindet, vielleicht als genügende Legitimation hätte erscheinen dürfen. So zog denn das Gros des Bataillons über den abgeragten Festungswall zur Weserbrücke, während nur einige Offiziere und die Munitionswagen sammt ihrer Bedeckung die Stadt selbst passirten. (3. f. N.)

Aus Mecklenburg-Schwerin, 14. Januar. [Verbot.] Die rostocker Polizei hat einem Vorleiter Fritz Reuter'scher Werke, Namens Graepelin, die Fortsetzung seiner Vorlesungen, die hier ein zahlreiches Publikum und großen Besuch fanden, verboten, weil dadurch dem Besuch des rostocker Stadttheaters Abbruch geschehe. — Kaum glaublich, aber wahr! So ehr man hier den berühmten vaterländischen Dichter. Was wird „Kladderadatsch“ dazu sagen! (Volks-Z.)

Hamburg, 13. Jan. [Gegen die Mitglieder des hiesigen schleswig-holsteinischen Comite's] ist eine Reihe von Prozessen eingeleitet, die im ungünstigsten Falle jedem der Mitglieder zehn Jahre Gefängnis einbringen können. Das Comite ist angeklagt, durch seinen ersten Aufruf, in dem es die Erwartung ausspricht, daß die einberufenen Schleswig-Holsteiner dem Rufe des „Usurpators“ keine Folge leisten würden, diese veranlaßt zu haben, ihrem Fahnenende untreu zu werden und sich nach hier zu flüchten. Dadurch, daß es ihnen, wenn auch kein Handgeld, so doch, was noch schlimmer sei, regelmäßigen Sold ausgezahlt, habe es sich der Werbung schuldig gemacht, welches Verbrechen noch dadurch erhöht werde, daß es ihnen Waffen geliefert habe. Dass es die Exerzierübungen dieser „Söldner“ für eine fremde, wenn nicht gar revolutionäre Macht“ nicht anderswo, sondern auf hamburgischem Grund und Boden betrieben, vermehrte gleichzeitig das Strafwürdige. Schließlich ist es angeklagt, durch Auffassung, Druck und Verbreitung des Flugblattes, in dem es die Verhandlungen mit Senator Rütter schildert, zur Unzufriedenheit gegen die Obrigkeit aufgeregt zu haben. Also ein förmlicher Monstre-Prozeß, dessen Vorruntersuchung noch immer nicht geschlossen ist, und in den nicht allein das Comite, sondern auch eine Reihe anderer Männer verwickelt sind. (N. Pr. Z.)

Hamburg, 14. Januar. [Gegen die Österreicher und Preußen.] Die Bevölkerung von Holstein bereitet aus Sorge, wie vor dreizehn Jahren wieder an Dänemark ausgeliefert zu werden, große Demonstrationen gegen den Einmarsch der Österreicher und Preußen vor. (Indep. belge.)

In Sachen Schleswig-Holsteins.

Dresden, 16. Jan. [Dementi.] Das officielle „Dresden.“ schreibt:

Vom Commando der Bundesexecutionstruppen in Holstein erhalten wir heute eine Zuschrift aus Altona vom gestrigen Tage, welche uns ermächtigt, zur Berichtigung der verschiedenen, durch die Zeitungen laufenden Nachrichten zu erklären, daß dänische Deserteure von den Bundesstruppen nicht zurückgewiesen werden, und daß Alles, was von desselben, von dem Commandanten der Bundesexecutionstruppen, Generalleutnant v. Hale, oder andern sächsischen Offizieren erlassenen Befehlen gefragt wird, rein erfunden ist.

Dazu bringen die „H. N.“ folgende Erklärung:

Das erneut in der Tagespresse auftauchende Gerücht, als würden auf meinen Befehl dänische Deserteure von den sächsischen Truppen zurückgewiesen, veranlaßt mich, die gebräute Redaktion der „Hamburger Nachrichten“ um Aufnahme einer Erklärung zu ersuchen, daß Alles, was in diesem Bezug gefragt wird, rein erfunden ist.

Altona, den 14. Januar 1864.

Der königlich sächsische Generalleutnant und Commandant der Bundes-Executionstruppen: v. Hale.

Oldenburg, 12. Jan. [Zur Aufklärung gewisser Bestrebungen, die schleswig-holsteinsche Sache zu trüben und zu verwirren.] mag der folgende Brief dienen, den die „D. A. Z.“ von guter Hand erhält:

Von Zeit zu Zeit bemühen sich die Organe des Grafen Rechberg und des Hrn. v. Bismarck, die kleinere deutsche Welt mit der Eventualität eines Wiederauflebens der russischen Erbanprüfung an Schleswig-Holstein zu erschrecken. Falls der londoner Vertrag, sagen sie, von den deutschen Großmächten jetzt unbefriedigerweise zerrissen würde, so wäre gerade der Talisman vernichtet, welcher diese heilsame Erbanprüfung ganz allein unter seinem Bann gefangen hält. In demselben Sinne hat bekanntlich auch vor dem Reichstage zu Wien Graf Rechberg die österreichische Politik erläutert, obgleich man einige Urtheile hat anzunehmen, daß die Staatsmänner Österreichs auf den Fall einer Trennung der Herzogthümer von dem Königreich Dänemark nicht eben Rücksicht streichen, sondern eine den Herzogthümern viel näher stützte Macht. So lange jedoch Preußen Hand in Hand mit Österreich eine Aufrechterhaltung des londoner Vertrages erstrebt, verbietet es dem Grafen Rechberg die einfache Schädlichkeit, über die wahren Motive sich zu erklären, aus welchen er an der Wohlfahrt der uralten dänischen Monarchie, wie es in einer gewissen Depeche heißt, ein oft bewährtes Interesse nimmt. Er ist also stillschweigend mit Hrn. v. Bismarck darin einverstanden, für diesmal Rücksicht Erbanprüfung zur Abschreckung der Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands zu verwerthen, welche den londoner Vertrag in Ahnlichkeit und einseitigem Orange bekämpfen möchten. Vielleicht gelingt es allenfalls auch ohne identische Noten, die Bundesversammlung von einer Ventilation der Erbsfolgefrage bis zu dem Augenblick zuzulassen, wo deren bekleidigte Prüfung ohne Gefahr für das Prinzip der Integrität der dänischen Monarchie stattfinden kann. Es hat bereits die „Frankfurter Postzeitung“ gehört, und die Berliner „Kreuzzeitung“ hört es auch, daß jene Frage „wohl bald noch nicht“ zur Entscheidung kommen dürfte, weil von Seiten Russlands „wichtige Altenstücke“ zu Frankfurt eingebracht werden und Kaiser Napoleon — es ist erstaunlich! — die russischen Erbanprüfung dort untersetzen wird. Damit noch nicht zufrieden, unterhalten beide Zeitungen ihre Leser mit Nachrichten über „unbekannt Papiere von sehr großer Bedeutung“, welche der Großherzog von Oldenburg nächst am Bunde wird übergeben lassen. Diese Papiere sind ganz geeignet, der schleswig-holsteinischen Erbsfolgefrage ein durchaus anderes Ansehen zu geben, und haben das Eigentümliche, daß sie zugleich auf die Erbsfolge im Königreich Dänemark sich beziehen. Man begreift also gewiß, daß es dem vor beschleunigten Prüfung der Erbsfolgefrage berufenen Ausdruck des Bundesstages schwinden muß, wenn erst wirklich alle diese wichtigen Altenstücke und unbekannt Papiere vorliegen. Nun vermögen wir freilich nicht zu sagen, welche Altenstücke von Seiten Russlands dem Bundesstabe noch befrieden sind, wiewohl sie leicht auf Bestellung in der Form der neuesten englischen Zustimmungen erfolgen können. Aber wir meinen genau zu wissen, daß die Bünje der „Kreuzzeitung“ und der „Frankfurter Postzeitung“ wenigstens insfern fromme Wünsche bleiben werden, als die von Oldenburg her nächstens am Bunde zu erwartenden Vorlagen unbekannter Papiere nichts als lustige Phantasien sind.

Kiel, 11. Januar. [Offiziere der früheren schleswig-holsteinischen Armee] haben sich bereits in großer Zahl dem Herzog zur Verfügung gestellt; gestern waren hier wiederum vier derselben, darunter ein Major, zwei Hauptleute und ein Premierleutnant. Angehörige, in Deutschland lebende Schleswig-Holsteiner haben sich gleichfalls dem Herzog zahlreich zur Disposition gestellt, u. A. der Professor Mommsen in Göttingen und der Bürgermeister Boyen in Hildesheim, ehemals Landvoigt in Norderdithmarschen und in den Erhebungsjahren Minister des Innern. (H. N.)

Friedrichstadt, 12. Jan. [Verkehr.] Das „Eiderst. und Stapelh. Wochenblatt“ berichtet: In Folge eines Besuchs, den einige Mann der hiesigen Garnison am jenseitigen Eiderufer machen (welches seit Montag voriger Woche von Bundesstruppen besetzt ist), wie

erzählt wird, um einige im jenseitigen Fährhause vergessene Sachen zu holen, ward der Verkehr mit Ditmarschen sowohl für Militär wie Civil-Personen aufgehoben, später jedoch für das commercirende und bürgerliche Publikum wieder freigegeben, indem nun jeder, wie man hört, der die Eider passiren will, mit einem Passschein versehen sein.

Garding, 12. Januar. [Aushebung.] — Suspension. Es sind in den letzten Tagen nicht nur zum regulären Militär, sondern auch zum Train zahlreiche Einberufungen erfolgt. Mehr aber wird die ältere Mannschaft, welche in der Reserve steht, durch den am gestrigen Tage fand gewordenen Befehl, dem zufolge die Reserven aus den Jahren 1853, 54 und 55 in den nächsten Tagen zur Fahne stehen soll, betroffen, weil sich unter diesen die meisten Familienräder befinden. — Der Advokat und Notar Classen sen. hier selbst ist wegen Eidesverweigerung in diesen Tagen von seinen Aemtern suspendirt worden. — Pfennigmeister Höntz in Lüning, für welchen der Lehnsmann Letens in Welt ernannt sein soll, hat das gleiche Schicksal gehabt. (A. N.)

Oesterreich.

Wien, 15. Januar. [Das Manifest Österreichs in der schleswig-holsteinischen Frage.] Der telegraphisch gemeldete Artikel der „Wiener Abendpost“ lautet wörtlich, wie folgt: „Der Bundestag hat in seiner gestrigen Sitzung den österreichisch-preußischen Antrag in Betreff Schleswigs abgelehnt.“

Nach der Agitation, welche aus Veranlassung des deutsch-dänischen Streites seit dem Tode Friedrichs VII. über die deutschen Mittel- und Kleinstaaten sich verbreitete, war ein solches Ergebnis vorauszusehen.

Wenn die beiden großen deutschen Mächte demungachtet den Antrag auf Besetzung Schleswigs an den Bund gebracht haben, um die vertragswidrige Incorporation dieses Landes in Dänemark zu verhindern, so geschah es in der patriotischen Absicht, dem gesammten Bunde Theil an der Ehre einzuräumen, für das erworbene Recht einzustehen.

Die Majorität am Bundestage hat diese Theilnahme abgelehnt.“

Aus den Verhandlungen und den von anderen deutschen Regierungen gestellten Anträgen geht hervor, daß die Absicht vorherrsche, selbst über die Grenzen des Bundesgebietes hinaus die Rechtsphäre der Bundesbefreiungen zu überschreiten.

Die beiden Vormächte Deutschlands haben im Jahre 1851, allerdings zur Wahrung deutscher Interessen*, jene Uebereinkunft mit Dänemark abgeschlossen, auf deren Grundlage die allein unbestritten Berechtigung beruht, von Dänemark die Zurücknahme der Maßregeln und Gesetze zu verlangen, welche ein außerhalb des Bundesgebietes liegendes Land betrifft.

Was der Bund auf dieser einfachen, aber auch völkerrechtlich gesicherten Grundlage zu thun sich weigert, das werden Österreich und Preußen, in ihrer doppelten Eigenschaft als Contrahenten der Uebereinkunft von 1851 und als europäische Mächte, im höheren Interesse Deutschlands† selbst in die Hand nehmen. In beiden Eigenschaften sind sie dazu berufen und berechtigt, nach dem gestrigen Votum des Bundestages, welcher die gewünschte Theilnahme der übrigen Bundesstaaten verweigert, sonst — in seiner Eigenschaft als Bundesmitglied — kein anderer deutscher Staat.

Wir haben wohl gelesen und gehört, daß man mit dem Gedanken umgeht, mit Ausschluß der beiden Großmächte auf eigene Faust einen der Form nach ähnlichen Schritt zu versuchen, welcher in der Weisheit dazu dienen soll, Majoritätsbeschlüsse des Bundes contra ius in tesi, selbst auf dem Wege der Groberung fremder Lande durchzuführen.

Herr und Beschützer der Integrität++ Deutschlands, können Österreich und Preußen nicht zugeben, daß der deutsche Bund auf Abwege geführt werde, in denen sie die höchsten Gefahren für Deutschland erkennen.

Herr der Antrag, Schleswig faktisch zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg zu besetzen, schließt ein Uebergreifen selbst über die territoriale Begrenzung der Rechtsphäre des Bundes in sich, welcher verfassungsmäßig einen wesentlich defensiven Charakter bewahren muß. — Wer erhaben ist über die Leidenschaften des Tages, wird in einem Vorschriften, wie das bezeichnete es wäre, selbst die Eigenschaft voller Loyalität kaum zu erkennen vermögen. Das zur Erhaltung des europäischen Friedens so bedeutungsvolle Element, der deutsche Bund, brachte damit den Weg der Aggression, der Mißachtung der Territorialgrenzen.

Welche Folgen ein solches Vorgehen haben müßte, wird der Einsicht der Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten nicht entgehen. Als treue Wächter der Integrität und der höchsten Interessen Deutschlands müssen deshalb die beiden deutschen Großstaaten die Regelung der Verhältnisse Schleswigs zu Dänemark in eigene Hand nehmen.”+++

Wien, 15. Januar. [Die schleswig-holsteinische Anleihe.] In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte Dr. Rechbauer: Es ist in der Sitzung vom 11. eine Regierungsvorlage an das Haus gebracht worden, betreffend die Creditförderung von 10 Millionen Gulden für die Action der Regierung in Schleswig-Holstein. Nach dem Beschuß des deutschen Bundes, von dem heute telegraphische Nachricht in den Blättern zu lesen ist, erachte ich es von dringender Nothwendigkeit, daß hierüber dem hohen Hause baldmöglichst Gelegenheit gegeben werde, seinen Beschuß über die erwähnte Regierungsvorlage zu fassen. Nach dem Beschuß, der in Frankfurt gefasst worden ist, hat die Majorität des Bundesstages den österreichisch-preußischen Antrag auf die Occupation Schleswigs im Sinne des londoner Protocols mit großer Majorität abgelehnt, und es haben die Regierungen von Österreich und Preußen in Folge dessen erklärt, nun auf eigene Faust vorzugehen, die Angelegenheit selbst zu übernehmen, wogegen Protest erhoben wurde. Nach diesem Beschuß ist ein Vorgang von Seiten unseres Ministeriums in Auge genommen worden, der geradezu zum Bruderkriege führen muß. (Bravo! Bravo!) Es ist an uns nun, wie mir scheint, die Frage herangetreten, ob wir zu frühem Vorgange die Mittel an die Hand bieten sollen, oder nicht. Es ist daher für uns dringend nothwendig, sich baldmöglichst auszusprechen, ob das hohe Haus einen solchen Vorgang für angemessen erachtet, der wenigstens nach den Anschaunungen derjenigen Herren, die sich bei der Interpellation betrifft Schleswig-Holsteins beteiligten, bereits ausgesprochen haben, gegen das Recht und die Ehre Deutschlands, aber noch mehr gegen das eigene Interesse Österreichs verstößt. Ich wenigstens kann mir nicht denken, daß das hohe Haus einen Beschuß fassen wird, Geldmittel zu Zwecken zu bewilligen, welche für Österreich geradezu verderbbringend sind. Ich halte es für nothwendig, daß, sobald es möglich, darüber Beschuß gefasst werde, damit dem hohen Hause Gelegenheit geboten werde, offen und unumwunden seine Missbilligung über-

* Für die Ehre, Schleswig-Holstein von Neuem der dänischen Brutalität zu unterwerfen, haben die übrigen deutschen Bundesstaaten natürlich gedankt. D. Red. d. Bresl. Z.

**) Zur Rettung der deutschen Ehre. D. Red.

***) Die Zukunft hat bewiesen, wie trefflich die deutschen Großmächte die deutschen Interessen „gewahrt“ haben. Der Himmel bewahre jeden deutschen Staat vor einer derartigen „Wahrung!“ D. Red.

†) Soll heißen: „Dänemarks“. D. Red.

††) Eine treffliche „Integrität“, wodurch zwei deutsche Länder verloren gehen. D. Red.

†††) Eine so schamlose Heuchelei kann blos die offizielle „Wiener Zeitung“ fertig bringen. D. Red.

die Haltung des Ministeriums des Neuherrn auszusprechen (Beschuß) und ich glaube, die Gelegenheit wird bei der Beratung dieses Gegenstandes vorhanden sein. Ich erlaube mir daher die Frage an den Hrn. Obmann des Finanzausschusses zu stellen, wenn der Finanzausschuß in der Lage sein wird, über diese Regierungsvorlage an das hohe Haus Bericht zu erstatte und erlaube, diesen Gegenstand baldmöglichst auf die Tagesordnung zu bringen. (Bravo, Bravo.)

Präsident: Da kein bestimmter Antrag gestellt wurde, dem Finanzausschuß eine Frist einzuräumen, so kann ich von meinem Standpunkte nur bemerken, daß ich den Gegenstand auf die Tagesordnung setzen werde, sobald der Bericht übergeben sein wird. Uebrigens muß ich es dem Obmann des Finanzausschusses freistellen, die an ihn gestellte Interpellation zu beantworten.

Abg. Litwinowicz, als Obmann des Finanzausschusses, bemerkte, die begüllige Vorlage sei in Folge des Beschlusses des Finanzausschusses dem Referenten des Kriegsministeriums, Dr. Gisela, übertragen worden, und der selbe hat das Verlangen gestellt, daß ihm die nötigen Auflösungen gegeben werden. In Folge Beschlusses des Finanzausschusses sei wegen solchen Nachweisen das Nötige verfügt worden. Antworte der Berichterstatter in der Lage wäre, darüber Bericht zu erstatte, möge er selbst mittheilen.

Dr. Gisela bemerkte, er habe es für nothwendig erachtet, die rechnungsmäßigen Unterlagen der Anforderung von 10 Millionen für die Expedition nach Schleswig-Holstein anzugeben. Er sei noch nicht in deren Besitz gelangt, und könnte also, so lange er nicht im Besitz derselben sei, auch nicht Bericht erstatte. Schluss der Sitzung 2½ Uhr.

Triest, 14. Jan. [Mexico.] Berichten zufolge, welche aus Veracruz nach Miramar gelangt sind, sind die Dinge in Mexico zum Abschluß gediehen, und steht die Erfüllung der von dem Erzherzoge Ferdinand Max gestellten Bedingungen in naher Aussicht. — Die Abreise des Erzherzogs nach Paris erfolgt definitiv im nächsten Monate.

Schweiz.

Basel, 12. Jan. [Die Kriegsrüstungen Badens] machen sich auch hier bemerklich in verschiedenen Pferdeauktions. In den benachbarten badischen Orten herrscht noch immer große Begeisterung für den Kampf um Schleswig-Holstein und junge Leute in großer Zahl haben Lust als Freiwillige in eine schleswig-holsteinische Armee einzutreten. Wenn die Organisation dieser Armee, wie versichert wird, auf badischem Boden vor sich geht, so dürfte sie nicht blos derselbst viel Zugang finden, sondern auch die Schweiz würde eine große Zahl Deutscher senden. (D. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 13. Jan. [Die Kundgebungen Frankreichs in der schleswig-holsteinischen Frage] sollen mit der Note vom 8. Januar nicht erschöpft, vielmehr noch weitere in demselben Sinne zu erwarten sein. Frankreich soll auch — wie den „H. N.“ versichert wird — an einigen Orten zu verstehen gegeben haben, wenn Preußen und Österreich ohne und wider den Bund Schleswig besetzt, so werde zu prüfen sein, ob das zulässig sei. Auch ist von Besprechungen zwischen Frankreich und Stockholm die Rede, die in Verbindung mit der zurückhaltenden Politik der schwedischen Regierung und der in der französischen Note vom 8. Januar enthaltenen Erklärung über das Londoner Protokoll annehmen lassen, Frankreich beginnstige die Bildung eines skandinavischen Staates, wobei nur die Schleswig zugedachte Stellung fraglich bleibt.

Die verhafteten Italiener geben nicht mehr so viel zu reden, desto mehr zu denken. Die Sache, man kann das nicht leugnen, hat ein eigentliches Ansehen. Greco zumal scheint eine sehr sonderbare Rolle in dem Complot zu spielen. Als die vier Personen verhaftet wurden, wußte man, wenn die Gerichtszeitungen recht berichten, von ihnen nichts weiter, als daß sie Italiener seien, die in Paris viel Geld verbrauchten, und sich gute Tage machten. Man schien nichts von Bomben, nichts von Revolvers, nichts von eingehäuteten magazinischen Briefen zu wissen. Da werden sie verhaftet. Das ist denkbar, daß vier zwecklos in Paris lebende Strolche von der Polizei beobachtet werden, und schon allein das Rätsel ihrer Existenz einen Titel giebt, nach ihren Personen zu greifen. Aber das ist nicht denkbar, daß diese Personen, kaum ergriffen, nichts Giligeres zu thun haben, als nicht allein ihren ganzen Apparat aufzuladen zu lassen, und ihre politischen Beziehungen sofort zu verrathen, sondern auch sogleich alle sonst nicht nachweisbaren Absichten bekennen. Mit einer Offenheit, die zu bewundern wäre, wenn sie einem andern Zwecke diente, haben diese unmittelbar vor Ablauf des Termins der Sicherheitsgesetze aufgegriffenen Kaisermörder zugestanden, nicht nur daß die gefundene Bombe unter den Wagen des Monarchen geworfen werden sollte, — nein, noch viel mehr: daß sie, wenn die Explosion ihren Zweck verfehlt hätte, sie die Absicht gehabt hätten, sich mit vergifteten Dolchen und Revolvern auf den Kaiser zu werfen. Mit vergifteten Dolchen, die Mazzini selber einem der Teilnehmer in die Hand gegeben! Wer nun noch das Sicherheitsgesetz für überflüssig hält, der verdient sein Opfer zu werden, er hat sich selbst das Urtheil gesprochen. (B. u. H.-Z.)

[Neue Verhaftungen.] Heute erzählte man von Verhaftungen im Quartier latin, welche man mit der Complotsgeschichte in Zusammenhang bringt. Nichtsdestoweniger findet die ganze Sache noch immer viele Kopfschüttende. Gewiß scheint, daß einer der Verhafteten, Greco, ein „Compère“ der Polizei ist, daß er sich für seine Enthüllungen sehr heuer bezahlen ließ, und vielleicht die ganze Geschichte ad hoc veranstaltete. [Die Lebensversicherung der Kaiserin.] Die Kaiserin der Franzosen hat, wie mehrfach berichtet worden, eine Lebensversicherungs-Police auf 2 Mill. Francs erworben, und zwar von der französischen Versicherungs-Gesellschaft La Nationale. Der Director dieses Instituts macht nun in einem an die „Opinion Nationale“ unter dem 12. Januar gerichteten Schreiben den wirklichen Sachverhalt bekannt. Die Kaiserin hat, um die von ihr gestifteten Wohltätigkeits-Anstalten für die Zukunft sicher zu stellen, ihr Leben für eine Summe von 2 Mill. Francs versichert, welche nach ihrem Tode der Eugenie-Napoleon-Anstalt im Faubourg Saint Antoine, der Stiftung der Arbeitsvorschüsse der Jugend und der Unterstützungs-Kasse für die Lands- und See

und des Handels-Gesetzes, Abschaffung des Tabak-Monopols, Verbesserung des Sanitäts- und Unterstützungsweises, Reform der Bergwerks-Gesetzgebung, Ermäßigung des Telegraphen-Tarifs u. s. w.

Großbritannien.

London. 13. Jan. [Die dänische Anleihe.] Einem ihr mitgetheilten Schreiben eines londoner Banquierhauses vom 13. Januar entnimmt die „Süd. Ztg.“ Folgendes: Die von Hambro aufgelegte dänische Anleihe wurde anfangs bis zu 1 Prozent Prämie bei Kleinigkeiten bezahlt, Abends aber war dieselbe unverkäuflich und gezeichnet bei Hambro war nichts. Die Anleihe scheint als fehlgeschlagen zu betrachten; übrigens hat selbstverständlich Hambro dieselbe nicht übernommen, sondern nur in Commission.

Rußland.

Unruhen in Polen.

Warschau. 15. Jan. [Widerlegung.] Die Loyalitäts-Adressen.] Ein zweiter Correspondent der Breslauer Ztg. sucht in Nr. 17 mir gegenüber die Behauptung des „Dziennik“ aufrecht zu erhalten, wonach der Aufstand als fast erloschen anzusehen ist. Hierüber will ich nicht streiten, es den Ereignissen überlassend, die amtliche Behauptungen oder das Gegenteil zu bestätigen. Dass aber der gedachte Herr Correspondent hierüber zu urtheilen nicht berufen ist, unterliegt doch keinem Zweifel, indem er in demselben Brief eingestehen, über das, was in der Provinz vorgeht, nur vom Hören sagen etwas zu wissen. Freilich mögen dem Herrn amtliche Mittheilungen zu Gebote stehen, die für ihn von großem Werthe sind — auf die man sonst aber — ich gestehe es — nicht viel giebt. — Der Herr Correspondent fordert mich auf, der Wahrheit die Ehre zu geben und einzugeben, dass das Maß des Glends für das ungünstliche Land übervoll sei, und dass das ganze Land nach dem Ende des hoffnungslosen Kampfes sich sehnt.

Dieser feierlichen Aufforderung bedurfte es nicht mir und meinen Gesinnungsgegnern gegenüber, die wir den Kampf von Anfang an nicht anders als einen verzweifelten nannten. Ohne Propheten zu sein, wussten wir jedoch mit Bestimmtheit, dass die gouvernementeiteits ergriffenen verkehrten Maßregeln diesen Kampf eher ansachen als dämpfen würden. Noch jetzt behaupten wir, dass die Kriegsgerichte, systematische Verarmung und all die anderen Maßregeln, alles andere nur nicht die Pacification (in besserem Sinne) herbeiführen werden. Gemischt wird es der Niedermezelung der flüchtigen Insurgenten, den evigen Executionen, den massenhaften Deportationen u. s. w. endlich gelingen, eine äußere Ruhe herzustellen, aber in dieser Ruhe des Kirchhofes sehen wir kein Heil für das ungünstliche Land, und wir bestreiten es geradezu, dass das Land nach der Ruhe sich sehn, welche das jetzige System herbeiführen will, ein System, dessen Willkürkraft dann nothwendig fortduern muss. Wir haben aber keine zweierlei Maße; uns ist es gleich, ob die Unordnung und Gefeglosigkeit von oben oder von unten kommt. Die Revolution in Spauletten kennen wir als ein gar gefährliches Ding, das das Mark eines Landes aussaugt, und dessen intellektuelle wie materielle Entwicklung ersticht. — In Bezug auf die Loyalitätsadressen (wie der Herr Correspondent die Dinger zu nennen beliebt, die wir aber für eine Comödie halten,) bedauere ich sehr, dass derselbe auch über das, was in Warschau selbst vorgeht, aus eigener Anschauung nichts zu wissen scheint. Der Herr möge mir also aufs Wort glauben, dass nicht nur die Bürger fortwährend zu dem Commissär beschieden werden, wo ihnen Adressen zur Unterschrift mit dem Bemerkung vorgelegt werden, dass niemand gezwungen, wohl aber im Weigerungsfall notirt werden soll, — sondern es werden auch den nicht erscheinenden Unterschriftenbogen durch Polizisten in die Häuser geschickt, und dieselben zum Unterschreiben aufgefordert. Die Polizisten erscheinen oft 4—5 mal bei ein und derselben Person. In 5 Stadtzirkeln sind die Bürger sogar schriftlich zum Escheinen vor dem Commissär aufgefordert worden, um die Unterschriftenbogen mit ihren Unterschriften zu versehen. Der Herr Correspondent irrt sich, wenn er glaubt, dass die jüdischen Einwohner nicht zuerst und nicht zur Unterschrift einer besonderen Adresse aufgefordert wurden. Ich versichere ihm, dass mehrere Bürger mosaischer Confession gegen diese Abschöpfung sogar protestiert haben, worauf aber die Herren Commissare als auf Raisonnenem, nicht eingehen wollten. Ich höre zwar, dass man hinterher die specificisch jüdischen Adressen wieder aufgegeben und dass man jetzt mit der Anfertigung gemeinschaftlicher beschäftigt ist. Der Herr Correspondent möge es mir verzeihen, wenn ich ihm Unkenntniß der Vorgänge hier vorwerfe, da ich doch nicht annehmen kann, dass er sie absichtlich anders darstellt. Ich mache noch darauf aufmerksam, dass meine Mittheilungen in Bezug auf die Adressen positiver Natur sind, während mein Herr Gegner sich nur darauf beruft, dass ihm dieses und jenes nicht bekannt sei. — Ich bitte die Lefer um Entschuldigung, dass ich sie mit diesem unerquicklichen Streit belästigt habe; es handelt sich um die Wahrhaftigkeit meiner Mittheilungen, die angegriffen wurden. Ich werde übrigens nie mehr einen Streit aufnehmen, bei dem mein Gegner seiner Haut so sicher ist, während dieselbe Sonne mich verbrennen kann. — Der gestrige „Dziennik“ heilt mit, dass er erfahren hätte, dass der Bischof von Lublin in seiner Diocese verordnet hat, Glocken und Orgel wieder erlösen zu lassen. Auch berichtet der „Dziennik“, dass die Insurrection im Lublinischen sich völlig aufgelöst hat. Die Insurgenten-Anführer sollen sich, nach dieser Mittheilung, in Szczecin bei Lublin unter dem Vorsitz Kruts verammt, und definitiv decidirt haben, dass ein weiteres Halten unmöglich geworden sei. In Folge dieser Decision soll Krut nach Galizien geflüchtet, die anderen Anführer ihren Abtheilungen entsprechende Weisungen gegeben haben. Leniewski wollte seine Bande auf Galizien zu führen, sei aber wie es scheint (so lautet der amtliche Bericht), in Gefangenschaft gerathen.

Krakau. 13. Jan. [Treffen im radomier Gouvernement.] Nachdem der Insurgentenführer Bossak nach der Gefangenennahme seines Stabschefs Chmielinski mit Ausnahme des kleinen Treffens bei Wronki am 28. Dezember keinen weiteren Zusammenstoß zu bestehen hatte, musste er sich in den ersten Tagen dieses Monats in die großen ilaaer Waldungen zurückziehen und nahm daselbst, durch mehrere ebenfalls durch die von allen Seiten heranrückenden russischen Streitkräfte unter dem Oberkommando Czengery's bedrängten Corps von Rudowski, Bogdan, Ostoya und Nembajlo verstärkt, eine feste, zur Defensive geeignete Position ein. Mit letzterem Corps vereinigten sich auch die Trümmer von dem im okzuszer Bezirke durch Szachowsky geschlagenen Corps des in russische Gefangenschaft gerathenen und bereits wieder entwöhnen Obersten Zubr. Zusammen soll Bossak an 3000 Mann unter seinem Commando haben. (Ein anderer Correspondent weist von 600 Reitern in 12 Scharen und 400 Infanteristen. D. Red.) Schon am 5. Januar zeigten sich zahlreiche russische Cavallerie-Patrouillen und attaquierte den um Mierzeje und Rudowski postierten, größtentheils aus Reiterei bestehenden, linken Flügel, wurden jedoch mit starken Verlusten zurückgetrieben. Am Morgen des 8. Januar eröffnete General Czengery mit nahezu 5000 Mann und einer Batterie den Angriff auf das von Bossak befehlige Centrum, musste aber bald, um von den Insurgenten unter Bogdan nicht umgangen zu werden, starke Flügelcolonnen detachiren, welcher Umstand ihn verhinderte, Bossak aus seiner festen Stellung zu werfen. Gegen Mittag wütete der Kampf der

ganzen Schlachtrinne entlang mit unerhörter Erbitterung; zwei von Czengery in Person geleitete Bayonettenangriffe wurden von den polnischen Senzenmännern mit großer Tapferkeit zurückgeschlagen. Nicht so gut ging es dem rechten polnischen Flügel unter Bogdan, welcher bei Beginn des Kampfes mit allen seinen Truppen dem weichenden und sich auf die Hauptmacht zurückziehenden Feinde nachrückte und späterhin durch dessen Artillerie im offenen Felde große Verluste erlitt. Nach eingebrochener Dunkelheit, nach einem neunstündigen Kampfe, wurde beiderseits das Feuer eingestellt und entschloss sich Czengery, da die erwarteten Verstärkungen unter dem Obersten Zwirów, mit dem Infanteriecorps von Eminowicz engagirt, nicht eintrafen, nach Hinterlassung eines bedeutenden Beobachtungscorps nach Kielce zurückzukehren, von woher er jedoch, den umfassenden Vorbereitungen nach zu schließen, einen baldigen Streifzug zu unternehmen gedenkt. Die Verluste der Polen an Toten und Verwundeten sind beinahe 400 Mann, die der Russen wenigstens eben so groß. (Ostd. P.)

Provinzial - Zeitung.

Breslau. 16. Januar. [Tagesbericht.]

* [Kirchliches.] Morgen werden die Amts-Predigten gehalten von den Herren: Dial. Pietzsch, Dial. Nachner, Lector Radelbach, Hofprediger Dr. Gillet, Pred. Hesse, Divisionsprediger Freyschmidt, Pred. Kristin, Pred. Dondorf, Pastor Stäubler, Pred. David, Pred. Ekler, Prof. Dr. Schulz (Bethanien).

Nachmittags-Predigten: Dial. Gossa, Subsenior Weingärtner, Senior Dietrich, Pred. Dr. Koch, Kand. Freher (11,000 Jungfr.), Eccl. Kutta, Pastor Stäubler, Eccl. Laffert.

* [Gustav-Adolf-Sache.] Dem Gustav-Adolf-Hauptvereine hat die Stiftsdame Fräulein v. Glaser 300 Thlr. in Prioritäts-Aktionen vermacht, mit besonderer Bestimmung über die Art der Verwendung für Gemeinden in Schlesien, Brandenburg und Pommern. — Der Gustav-Adolf-Frauen- und Jungfrauen-Verein zu Schwedt hatte im vorigen Jahre incl. Beistand 139 Thlr. 23 Sgr. Einnahme. Davon bestimmte er für das Confraternienhaus in Nicolai 24 Thlr., zu Liebeswerten des Hauptvereins 10 Thlr., für Gnadenkirche ließ er Altar- und Kanzel-Bekleidung anfertigen. — Bei der Versammlung des breslauer Gustav-Adolf-Zweigvereins, in welcher hr. Pastor v. Cölln aus Belgrad Vortrag hielt, sind 17 Thlr. für die evangelische Gemeinde Belgrad gesammelt worden.

** [Militaria. — Truppenbeförderung.] Mit der Reduction der bisherigen Grenzbefestigung hat die Rückkehr der Truppen in ihre resp. Garnisonen begonnen und wird bald in noch grösseren Dimensionen erfolgen. Wie gemeldet, werden die Bataillone des 2. Schles.-Grenadier-Regiments Nr. 11 und des Niederschles. Infanterie-Regts. Nr. 50 in Kurzen aus Kosel und Neisse wieder hier eintreffen, gleichzeitig wird das 1. Schles. Grenadier-Regiment Nr. 10 nach seinen früheren Garnisonen Schweidnitz und Reichenbach abgehen. Vor einigen Tagen signalisierten Gerüchte eine von der Regierung projectierte Maßregel, auf die bereits die Notiz in Nr. 23 d. Ztg. hinwies, worin gemeldet wurde, dass einige höhere Eisenbahnbäume, telegraphisch nach Berlin berufen, über den eventuellen Transport grosserer Truppenmassen Auskunft geben sollten. Es handelte sich, wie man schon damals hörte, um die Beförderung österreichischer Truppen durch preussisches Gebiet nach Hamburg, eine Maßregel, die nicht länger bezweckt werden kann, nachdem alle Vorbereiungen zur Ausführung getroffen sind. Gekommen kam der commissarische Betriebsinspektor der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Herr Dulon von Berlin hier an, welcher sich sofort mit den anderen Eisenbahnverwaltungen in's Einvernehmen setzte. (S. den folgenden Artikel.) Am 22. und 23. d. M. sollen 50 Militär-Extrazüge mit 30,000 Österreicherinnen von Oderberg über Breslau und Berlin nach der schleswig-holsteinischen Grenze befördert werden. Die Wilhelmsbahn, die Oberschlesische und die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn wollen an den genannten Tagen ihre Güterzüge bis auf die Kohlentransporte einstellen, auf den Bahnhöfen werden bereits alle disponible Wagen konzentriert und weitere Arrangements vorbereitet, für welche besondere Etappen-Commissare ernannt sind. Der Aufenthalt der fremden Truppen wird von möglichst kurzer Dauer sein; hier werden nur die Wagen und das Fahrpersonal gewechselt.

* [Zur Beförderung österreichischer Truppen.] Heute hat eine Conferenz von Eisenbahndirectoren der bei dem bevorstehenden Transporte österreichischer Truppen beteiligten Bahnen im Sitzungsraale auf dem Central-Bahnhof stattgefunden, um die Modalitäten unter welchen jene erfolgen soll, festzustellen. Es waren der Betriebs-Director der Wilhelmsbahn und Betriebsbeamte der Märkischen Bahn, sowie Eisenbahn-Director Ofermann und Regierungsrath Koch anwesend.

* [Städtische Bauten und Kartirung der Stadt.] Nach dem neuesten Berichte über die Verwaltung und den Stand der biesigen Gemeinde-Angelegenheiten sind die Bauten, welche die Stadt theils schon in Angiff genommen, theils in nächster Zeit in Angiff zu nehmen hat, von solchem Umfange und von solcher Bedeutung, dass die Mittel der laufenden Verwaltung, aus welcher sehr bedeutende Summen zu diesem Zweck bisher verwendet worden, bei Weitem nicht ausreichen. Es sind bereits in Angiff genommen: die Regulirung des Stadtgrabens und der Bau einer eigenen städtischen Gas-Anstalt. Beide Bäume werden nach den getroffenen Einrichtungen im neuen Jahre zu Ende geführt werden. Der Bericht gibt nachstehende Uebersicht der in nächster Zukunft in Aussicht stehenden Baulichkeiten unter Hinzuziehung des mutmaßlichen Kostenbetrages: 1) Neubau eines Gymnasiums nebst Grunderwerb 70,000 Thlr., 2) Erweiterungsbau für das Elisabet-Gymnasium 30,000 Thlr., 3) das Magdalenen-Gymnasium demnächst auszubauen 30,000 Thlr., 4) eine neue Realschule und zwei Mittelschulen auf dem ehemals Zinkenreyschen Grundstücke 70,000 Thlr., 5) zwei fünftläufige Elementarschulen auf dem Minoritenhof nebst Grundstückserwerb 40,000 Thlr., 6) zwei vierläufige Elementarschulen in der Lauensteinstraße auf dem Grundstück der dort schon vorhandenen Elementarschule 15,000 Thlr., 7) zwei vierläufige Elementarschulen auf dem Grundstück in der Lüsstraße 15,000 Thlr., 8) zwei vierläufige Elementarschulen bei 11,000 Jungfrauen 15,000 Thlr., 9) der Neubau der Salvatorkirche 50,000 Thlr., 10) der Erweiterungsbau der Realschule zum heiligen Geist 12,000 Thlr., 11) ein Waisenhaus für die verwaisten Kinder, die bei Pflegeeltern nicht untergebracht werden können 60,000 Thlr., 12) der Neubau der 5. Oberbrücken 500,000 Thlr., 13) der Bau einer Gasanstalt 250,000 Thlr., 14) der Bau eines neuen Wasser-Hebewerks 700,000 Thlr., 15) zur Durchlegung von Straßen und Pflasterung der noch ungepflasterten Straßen 300,000 Thlr., 16) zur Orlau-Regulirung 100,000 Thlr., 17) für die Regulirung des Stadtgrabens 85,000 Thlr., 18) für die Regulirung der Matthis-Mühle 60,000 Thlr., 19) für die Uebermöhlung der Orlau längs des Christophoriplatzes und Freimachung derselben 70,000 Thlr., 20) Aktienbeteiligung bei dem Bau einer Eisenbahn auf dem rechten Oderufer nach Oberschlesien 200,000 Thlr. Summa 2,662,000 Thlr. Es ist selbstverständlich, dass diese grosse Summe von der jetzigen Generation nicht allein getragen werden kann, sondern dass sie durch eine Anleihe gedeckt werden muss, zu deren Verjüngung und Amortisirung auch das kommende Geschlecht beizutragen hat. In Bezug auf die Regulirung der Orlau bemerkt der Bericht, dass die Vorarbeiten für Aufstellung eines Planes nicht bloss bewerkstelligt, sondern auch mehrere Projekte ausgearbeitet sind. Der vorjährige und diesjährige niedrige Wasserstand in der Orlau hat die Notwendigkeit herausgestellt, ein neues Wasserhebewerk, welches durch Dampfmaschine bewegt wird, zu bauen. Die Verbesserung des Straßenaufbaus hat die unausgeführte Sorge der städtischen Behörden in Anspruch genommen. Es ist in dieser Beziehung Erhebliches geleistet, und dennoch bleibt so viel zu wünschen übrig, dass wir die Beschaffung außerordentlicher Mittel auch für diesen Zweck für notwendig erachten. Im Jahre 1852 beschrankten sich die Mittel, welche für Pflasterungen, Instandhaltung der Straßen, Künste und Kanäle ausgegeben worden sind, auf 17,604 Thlr. Für denselben Zweck sind ausgegeben 1860: 42,010 Thlr., 1861: 58,722 Thlr., 1862: 54,683 Thlr. Die Summe, welche ausgegeben wird, ist somit gegen 1852 mehr denn verdreifacht. Durch Verwendung von behauenen Granitsteinen und Basalt, so wie durch

Anlage graniter Künste und Kanalisirung ist eine wesentliche Verbesserung herbeigeführt. Einzelne der hier aufgeführten Projekte haben bereits die Genehmigung der Stadtverordneten erhalten. Die im Jahre 1856 unter Leitung des Herrn Prof. Dr. Sadebeck begonnene speciale Vermessung und vollständige Kartirung der Stadt und der städtischen Feldmark ist im September 1860 beendet und eine ganz zuverlässige Karte im 10er Maßstab in 74 Sectionen angefertigt. Es sind Vorbereitungen getroffen, die Sectionen zu verkaufen und gegen einen billigen Preis an Privatpersonen abzulassen. Ein Gleches soll mit der Generalskarte geschehen, welche im 10er Maßstab angefertigt wird.

c. [Technisches. — Conservirung des Eisens.] Da jetzt sehr viel Eis eingefahren wird und nicht jedermann so vorsichtige Keller besitzt, um das Eis den ganzen Sommer über zu erhalten, wird ein Mittel nicht ohne Interesse sein, das Eis ohne grosse Kosten sicher aufzubewahren. Dass das Eis sich ebenso über der Erde hält, wie in derselben, wenn man nur zweckentsprechend baut, ist bekannt, wenn auch erst wenig angewandt. Doch empfiehlt sich nachfolgendes Verfahren, welches der Sekretär der Section für Baugewerbe des nieber-österreichischen Gewerbevereins, J. B. Salzmann bekannt macht durch seine Billigkeit. In einer einfachen Bretterhütte hatte man Eis eingelagert und nach einem vollen Jahre (1861—1862) stand das Eis bei einer Menge von 72 Kubiklasten nicht mehr als 6—7 von den Wänden ab. Der Besitzer dieser Hütte hat nicht nötig, beuer frisches Eis für thures Geld einzulagern. Diese Hütte steht frei, ist also ganz den Sonnenstrahlen ausgesetzt; sie besteht aus vierfachen Bretterwänden, welche je 6" von einander entfernt sind und das Eis umgeben. Von den drei leeren Zwischenräumen dieser Bretterwände ist der erste innere Raum mit Asche und der dritte mit Sägespänen ausgefüllt, der zweite mittlere Raum bleibt frei. Ebenso ist das Eis mit diesen drei Schichten bedeckt, auf welchen ein einfaches Bretterdach ruht. Das ganze Häuschen steht bloß 2 Schuh tief in der Erde, der Boden ist mit Ziegeln geplastert und hat einen Fall, an dessen Ende ein luftdicht eingesetztes Rohr in ein mit Wasser gefülltes Fass einmündet, damit der Zugang der äusseren atmosphärischen Luft nach dem inneren Raum nicht möglich sei, in welches das auf einem Feste liegende Eis abtröpfst. Die Errbauung einer solchen Eis-Hütte mit zwei Stockwerken kommt höchstens auf 80 bis 100 Thaler zu stehen.

[Zu den Verhaftungen.] Vor einigen Tagen ist einer der in den letzten Tagen verhafteten Polen nach Berlin abgeführt worden, um dort vor den Staatsgerichtshof gestellt zu werden. (S. unten den Artikel „Posen“.) In der nächsten Woche werden noch drei Polen folgen, die unter Begleitung anderer Polizeibeamter aus demselben Grunde dahin geschafft werden sollen.

⊗ [Das Benefiz des Herrn Pravat] findet am 20. d. statt. Bei der allgemeinen Beliebtheit und den noch immer ausgezeichneten Leistungen dieses Kunst-Veteranen unserer Bühne darf man wohl mit Gewissheit auf ein gefülltes Haus für diese Vorstellung rechnen. Dieselbe wird aber noch eine besondere Anziehungskraft durch den Umstand ausüben, dass Frau Emma Wernicke-Bridgeman die Rolle der „Azucena“ (Troubadour) übernommen hat. Die treffliche Künstlerin ist während ihres gegenwärtigen Besuches in Breslau in mehreren Concerten unter allgemeiner Bewunderung aufgetreten, und wird sich auf Montag wieder in dem Concert des Herrn Jaques Rosenthal hören lassen. Der Benefizabend des Herrn Pravat dürfte jedoch die einzige Gelegenheit bieten, Frau Wernicke-Bridgeman als dramatische Künstlerin kennen zu lernen, und dies in einer Rolle, welche ihr in Spanien wie in Italien reiche Vorberen eingetragen hat, und für welche sie sogar von den italienischen Theatern in London und Paris speziell engagiert wurde. Wir glauben sonach diese Vorstellung des „Troubadour“ als besonders viel versprechend empfehlen zu können.

* [Dinstagsvorlesungen.] In seiner sechsten Vorlesung gab Dr. Mar Karow ein Lebensbild Herder's, dessen jüngere Periode er ausführlicher behandelt, namentlich bei den Beziehungen des Dichters zur Fürstin von Bückeburg vertieft. Diesem Lebensbild folgte eine, so weit es die Zeit gestattet, eingehende Charakteristik des Hauptwerkes des großen Mannes, dessen Humanitäts-Bestrebungen in der Geschichte der Cultur einen ewigen Ruf bewahren werden. Auf diesen halb vergessenen Genius wieder eindringlich aufmerksam gemacht zu haben, rechnen wir dem Redner als ein besonderes Verdienst an. — Die siebente Vorlesung derselben behandelte das Volkslied der verschiedenen slawischen Stämme, als dessen Hauptmerkmal ein tief weiblicher, zarter und leidlicher Zug angegeben wurde. Lehrreich war die geographisch-ethnographische Umgrenzung der einzelnen Gebiete, und anmutig unterholt die Mittheilung zahlreicher, mit Geschmac gewählter, und von Dr. Karow zum Theil selbst überseiter polnischer, böhmischer, sächsischer, russischer und wendischer Volkslieder. Vergleichende Züge, wie sie die seltsame Einheitheit des Vortragenden stets aufzufinden weiß, sucht er zwischen slawischer Volksdichtung und der anderer Völker nachzuweisen, und eroberte dadurch nicht unumwichtig das Interesse, welches die zahlreichen Versammlungen auch an diesem Vortrage nahmen.

△ [Krankheiten der Thiere.] Dr. Devaine in Paris hat bei der mikroskopischen Unterforschung der an der Blutstaufe erkrankten Schafe auch im Blute dieser Thiere eine Menge Infusorien gefunden. Mit Blutstaufe bezeichnet man eine höchst gefährliche Krankheit des Schafes, die häufig während der Sommerszeit auftritt. Schon in den 50er Jahren ist sie von den Gelehrten beobachtet worden, doch haben jetzt erst Ärzte und Naturforscher die Möglichkeit festgestellt, dass die anfertigten Krankheiten, die Seuchen, die Pest u. s. w. durch unsichtbare Thiere haben mit dem Blute aus der Milz eines an der Blutstaufe gestorbenen Hammels einen andern Gejaden geimpft, infolge dessen starb derselbe am 3. Tage. Dr. Devaine wiederholte diesen Versuch in Gegenwart mehrerer Mediziner und Thierärzte, das Resultat war stets das gleiche. Fernere Impfungen an Pferden, Kindern und Kaninchen bewiesen unzweifelhaft, dass die Blutstaufe übertragbar ist. Die in dem Blute vorkommenden Infusorien nannte er „Bacterien“. Die Blutflügelchen, welche im gefundenen Blut neben einander liegen, häufen sich in unregelmäßigen Klumpen zusammen; außerdem finden sich in dem Blute kleine fadenförmige Körper, welche etwa doppelt so lang sind als die Blutflügelchen. Die Bacterien entwickeln sich im Blute, nicht in einem bestimmten Organ des frischen Thieres. Schon Dr. Delafond batte früher die Gegenwart dieser Infusorien bei typhösen Krankheiten des Pferdes festgestellt. Durch diese Beobachtungen ist mit der Erkenntniß der Weg geöffnet, auf dem es vielleicht gelingt, das seuchenartige Auftreten verschiedener Krankheiten aufzufinden, und ihre Verbreitung zu verhindern. Ist der Feind erst erkannt, so wird auch die richtige Waffe gegen ihn gefunden.

* [Die rheinische Post] hat den Anschluss an den Personenzug von Berlin nach Breslau heute nicht erreicht.

=bb = [Pferde-Schlittenbahnen.] Von Morgen Nachmittag 1½ Uhr ab wird hr. Fuhrwerksbegrüter Richter eine Anzahl Schlitten vom Schlinger aus bis nach Tre

Apotheker Hirsch, stimmen konnte, indem er nicht Wahlmann war. — Gegen-Candidat des Hrn. Martin war wiederum der bisherige Rathsherr Buchhändler und Redacteur des feudalen Kreis- und Intelligenzblattes, Friedrich Weiß, und zwar mit 14 Stimmen, der seine nicht erfolgte Wiederwahl lediglich seiner politischen Richtung zuschreibt, hat die seit Entstehung des liberalen Wochenblattes klar zu Tage getreten ist.

Hainau, 15. Jan. [Statistisches.] Während des verflossenen Jahres wurden in bisheriger ev. Kirchengemeinde 194 Kinder geboren, darunter 104 männliche, 90 weibliche, 4 Zwillinge paare und 19 todgeborene. Gestorben sind 185 Personen, und zwar 101 männliche und 84 weibliche, darunter 1 Selbstmörder. Communicanten waren 2201, Confirmanden 44 männliche und 58 weibliche. Getraut wurden 52 Paare. Uneheliche Kinder waren 15 männliche und 13 weibliche. Gegen voriges Jahr sind 5 Kinder mehr geboren, 15 Personen mehr gestorben. Bei den Trauungen ist ein Plus von 11, bei den Communicanten von 151. — Unter den Professioen sind hier die Schuhmacher am zahlreichsten, es gibt deren 38 Meister; ferner 30 Schneidermeister, 13 Bäder, 14 Fleischer, 12 Gerber, 4 Puznaderinen, 17 Tischler, 7 Schlosser, ebenso viele Lachmacher, 3 Büchner, 40 Kaufleute und Schnittwarenhändler, 107 Händler aller Art, 30 herumziehende Krämer und Lumpensammler, 7 Gasthöfe und 21 Schankwirke und Restaurations, 37 Beamte und 169 weibliche Dienstboten. Almosen empfingen 97 Personen. Die strenge Kälte, die sich am Anfang des Jahres plötzlich einstellte, zeigte gestern Früh 20 Gr. R., heute nur — 5 Gr. und nicht unbedeutender Schneefall. Auch während der langen Winterabende ist bei uns durch Kränze, Vereine aller Art, Ressourcen, Liebhabertheater für Unterhaltung mehr als ausreichend gesorgt.

S. Liegnitz. Der gestrenge Herr Winter hatte uns einige Zeit seine Herrschaft sehr unangenehm fühlbar gemacht, denn die Straßen unserer Stadt boten plötzlich die bequemste Schlittschuhbahn, und die Bevölkerung mußte alle nur habbenden Kräfte ausüben, um diesen Uebelstand zu befreiten. Wenn der bekannte Quellenfinder Richard Schleien besucht, so wäre es wünschenswert, wenn er bei uns Liegnitzern nicht vorüberginge, denn da wir ohnehin keinen Ueberfluss an gutem Trintwasser besitzen, so könnte uns die Auffindung einiger derartiger Quellen nur von dem höchsten Nutzen sein. — Was aus unserer niedergebrannten Fournierschneide werden soll, ist noch eine offene Frage, jedenfalls wird man aber hier, unbeschadet der vorhandenen Wassertrift, die wirklich nötige Verbreiterung der Promenade erzielen. Wir leben ja in einer Zeit, in der das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden Bedürfnis geworden ist. Indes geschieht freilich seitens unserer Stadt das Mögliche und Liegnitz hat seit etwa 10 Jahren eine Umwandlung erfahren, die wirklich in Erfüllung gesetzt kann. Nur die Nordwestseite hat sich am stabilsten gezeigt, indem sie uns keinen Ausgang und in dem oberen Theile schlechtes Pflaster und keine Trottoirs bietet. Wir schreiten eben ostwärts vorwärts. — Von ferneren Sammlungen für Schleswig-Holstein verlautet nicht viel, ebenso wenig oder womöglich noch weniger von dem Nationalverein, dessen hiesige Mitglieder sonst alljährlich doch einmal zusammengekommen und dabei behandelt 112 Kraene, davon 91 geholt und 1 erleichtert entlassen, in andere Pflege gegeben, 3 es starben 10 und verblieben am Schlusse des Jahres 7 Kraene in der Anstalt.

E. Hirschberg, 15. Januar. [Unglücksfall und Anfall.] In der Spinnfabrik zu Erdmannsdorf ereignete sich heute Morgens der beklagenswerthe Fall, daß ein Arbeiter das Unglück hatte, in die Niemencke zu gerathen und entgleist vertümmelt zu werden, so daß er nach $\frac{1}{2}$ Stunde den Geist aufgab. Der Verunglückte hinterläßt 7 Kinder. — Obwohl es geglückt ist, den lohen und freiheitliebenden Vogel, welcher neulich aus hiesigem Gefängniß entwischte, in Sagan wieder einzufangen und geständig zu machen, kann man den Wegelagerern, welche vor 14 Tagen hinter Maiwaldau am sogenannten Steinbruch einen Strafensaub verübt haben, noch nicht auf die Spur kommen. An erwähnter Stelle wurde die Frau des Rittergutsbesitzers L., welche ihre Mutter hierselbst zu Schlitten besucht und zur Vorjorge auf der Rückfahrt den Haushältern derselben, welcher sich mit einem Stocke bewaffnete, mitnahm, plötzlich von drei Kerlen überfallen, so daß zwei den Pferden in die Zügel fielen und der dritte auf den Schlitten losstürzte. Glücklicher Weise hatte der hinten auf sitzende Schuhmann Geistesgegenwart genug, setzte sich sofort zur Wehr und stieß mit dem Stock auf den Räuber los, welcher jedenfalls schwer getroffen, zurücktaumelte, während der Räuber tödlich auf die Waffe einhauend den eingeschüterten Strafenraubern entfloß und so Alle der Gefahr entkamen. Der Stock, den der Räuber den zurücktaumelnden Räuber erfaßt und mit hinweggerissen hatte, ist nicht wieder vorgefundnen worden. — Heute Vormittag fand im Seissenzimmer der Stadtoberordneten eine Generalversammlung aller brauberechtigten Bürger statt, um den vom Vorstand mit dem Brauermeister Arnolds abgeschlossenen Kauf der städtischen Brauerei zu bestätigen. Dem Räuber ist demnach das städtische Brauhaus nebst dem dazu gehörigen alten Stockhaus als Baustelle für 9750 Thlr. von der Generalverammlung zuerkannt und dadurch das bisherige pachtweise Verhältniß mit dem Brauermeister Gruner, so wie dessen Kaufverhandlungen aufgehoben worden.

S. Kanth, 15. Jan. [Verlehrsstörung.] Für die Bewohner der nordwestlich von hier gelegenen Ortschaften Schmellwitz, Onerlwitz, Kertschütz, Romollwitz, Zlinisch und Karlsberg ist die Verbindung mit Kanth neuerdings dadurch sehr erschwert worden, daß der Besitzer der Vincenzmühle bei Polnisch den Übergang über den sogenannten Schuhsteg, welcher seit länger als 30 Jahren unter seinen Vorbesitzern stattgefunden, verboten hat, ohne daß irgendwie ein neuer Steg wäre gelegt worden. Wiewohl Warungsstäfen gesetzt worden sind, haben doch verschiedene Personen den verbotenen Weg eingeschlagen und es haben bereits zwischen dem Mühlenseifizer und dem vorbeipassenden Publikum unangenehme Auftritte stattgefunden. Die Bewohner oben genannter Ortschaften, welche zum Theil den Gottesdienst hier besuchen, alle Wochen zum Marte kommen u. s. w. werden durch das Verbot gezwungen, einen Umweg von wenigstens $\frac{1}{2}$ Stunde zu machen; dies wollen sie nicht dulden und fordern den Übergang oder die Anlegung eines Laufstegs unterhalb der Mühle, wo im ersten Decennium des gegenwärtigen Jahrhunderts ein Steg gelegen, (die Pfähle davon stehen noch im Striegauer Wasser), der aber durch die Überflutungswelt, wenn wir nicht irren, im Jahre 1813 weggerissen und nicht mehr hergestellt wurde. Besser noch wäre es, wenn bald eine hölzerne Brücke, wie über den Abflugsgraben hinter der Mühle, gebaut würde. Gebuhs schneller Hilfe bei Feuersbrünsten in Schmellwitz, Zürtsch oder Kanth könnten die Bewohner von Schmellwitz und Onerlwitz viel eher herantkommen, während sie bei den jetzigen Wegverbindungen erst sehr spät würden auf der Unglücksstätte erscheinen können. Wir wissen nicht, ob der Mühlenseifizer mit dem Verbot des bisherigen Weges mag im Rechte sein, wenn noch kein neuer Steg gebaut worden.

Reichenbach, 15. Jan. [Krankenpflege. — Verschiedenes.] Durch die Bemühungen und Opfer mehrerer hiesiger katholischen Einwohner ist es möglich geworden, einige Mitglieder des Ordens der grauen Schwestern hierzu zu ziehen. Die Schwestern werden sich der Hauskrankenpflege ohne Entgelt und ohne Unterchied der Confeßion derer, welche ihre Dienste im Anspruch nehmen, widmen. Evangelischerseits besteht hier das Johanniter-Krankenhaus Bethanien, wie schon früher berichtet, in neuerer Zeit erweitert und in seinen Einrichtungen vervollkommen. Mehrere Diaconissen aus der breslauer Anstalt verleihen den Krankendienst in der Anstalt in der aufopferndsten Weise. Für städtisches und ländliches Gesinde kann die freie Kur und Beerpfung in Krankenhäusern durch einen mäßigen Abonnements-Betrag geschäftigt werden. — Wie wir hören, lehrt unsere Garnison (Füsilier-Bataillon I. Schle. Gren.-Regts. Nr. 10) zum 24. oder 25. d. Mts., nach fast 1jähriger Abwesenheit, hier zurück. — Am 13. d. fand die Generalversammlung des Vereins zur Gründung einer Realsschule statt. Der Vorsteher des Comite's referierte über die Schritte des Comite's und die bis jetzt erzielten Erfolge. Die Versammlung gab dem Comite für seine aufopfernden Bemühungen ihren lebhaften Dank zu erkennen. Über die Wahl eines Grundstücks zu dem Realsschulgebäude ist noch keine Entscheidung getroffen. — Wie wir hören, wird mit Beginn der günstigeren Jahreszeit der Bau einer Verbindungsstraße zwischen der Langenbielauer-Chaussee und dem Bahnhof in Angriff genommen werden.

Glatz, 15. Jan. [Zur Tageschronik.] Gestern wurden die neu gewählten resp. wiedergewählten Stadtoberordneten in ihr Amt eingeführt, worauf zur Wahl des Vorstandes geschritten wurde; zum Stadtoberordneten-Vorsteher wurde Herr Rechtsanwalt Ober, zu dessen Stellvertreter Herr Professor Dr. Wittiber, zum Protovollführer Herr Buchdrucker Frommann und als Stellvertreter Herr Kreis-Therapeut Seer erwählt. Nachdem jetzt mehrere Kostenanschläge für den Bau der Gasbeleuchtungs-Anstalt eingegangen sind, der Bauplatz schon ausgewählt ist und bereits Baubolz angefahren wird, so hofft Alles, daß es dieses Jahr noch zur Ausführung kommen wird, da namentlich unser Herr Bürgermeister sich dieser Sache mit Eifer annimmt. — Für Beschaffung von Winter-Bekleidungsstücken für die Holzstämme siehenden Truppen hat sich auch hier ein Comite unter dem Hrn.

Hauptmann a. D. v. Eberhard gebildet. — Die Ergebnisse der Jagd auf Hochwild sind in diesem Jahre sehr erheblich, namentlich kann man bei Hrn. Gastmirth Lux in Habelschwerdt Thiere aller Art und Größe vorfinden, es hat sich aber auch hier die Gefährlichkeit der Bündnadelbüchsen bei strenger Kälte herausgestellt, indem ein sehr gewandter Jagdfreund erhebliche Verletzungen erlitten hat. — Das bei der anhaltenden Kälte ein bedeutender Verbrauch von Brennmaterial und namentlich von Steinöhlen eingetreten ist, dirkte nicht auffallend erscheinen, aber durch die nun im benachbarten Böhmen zum Anschluß an unsere Chausseen vollendeten Straßen ist über Brauna ein neuer bedeutender Abfluß für Steinöhlen eröffnet worden. — Im Gebirge liegt der Schnee sehr tief, die Schleitbahnen ist nach allen Seiten im besten Gange, wodurch der eigentlichste, unserem Gebirge eigene Winterverkehr besonders lebhaft ist.

w. Oels, 15. Jan. [Comunales.] In letzter Sitzung des hiesigen Stadtoberordneten-Collegiums wurden durch Herrn Bürgermeister Mappe die bereits Ende d. J. wieder- und neu gewählten Stadtoberordneten in ihr Amt feierlich eingeführt und verschriftet. Hierauf wurde zur Wahl des Vorstandes für das neue Geschäftsjahr geschritten. Als Vorsteher wurde gewählt Herr Leederfabrikant C. Philipp, der in früheren Jahren dieses Amtes mit dem besten Erfolge schon vermalet hat; zu dessen Stellvertreter ist Herr Corrector Dr. Böhmer, dessgleichen zum Protovollführer Herr Kanglet-Director Körner, und zu dessen Stellvertreter Herr Gymnasial-Lehrer Dr. Keller wiedergewählt worden.

Notizen aus der Provinz. * Waldenburg. Das hiesige „Wochenbl.“ meldet: „Am Morgen des 13. d. M. brach auf consol. Stückholzzeche „Glückhilf“ bei Hermsdorf aus dem bis jetzt abgedämmten Grubenfelde der Brand in die bisher verschonten Bäume. Es entwickelte sich ein äußerst lebhafter Wetterwechsel und die helle Gluth nahm ihren Ausweg durch den ausziehenden Holzhängeschacht „Ulrike“, welcher ausbrannte. Man ist mit allen Kräften bemüht, durch neue Abdämmung des Brandes Meister zu werden und ist deshalb schnellst das in der Umgegend vorhandene, zur Aufführung von Mauerdämmen geeignete Baumaterial requirirt worden.

+ Striegau. Im vorigen Jahre wurden in hiesiges Krankenhaus aufgenommen und dabei behandelt 112 Kraene, davon 91 geholt und 1 erleichtert entlassen, in andere Pflege gegeben, 3 es starben 10 und verblieben am Schlusse des Jahres 7 Kraene in der Anstalt.

Machrichten aus dem Großherzogthum Posen. **Posen**, 15. Januar. [Verhaftung.] In Breslau ist Leon Krolowski, früher Ober-Ingenieur der Warschau-Königlichen Eisenbahn, und wie behauptet wird, mehrjähriger Chef der warschauer Nationalregierung, verhaftet worden. Voraussichtlich erfolgt seine Übersetzung in die berliner Haussiedlung, wenn er vor der Auslieferung an Russland geschickt ist. (Pos. 3.)

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 16. Jan. [Schwurgericht.] Staatsanwalt: Herr Gechtsfessor Fuchs; Vertheidiger Hr. A. Dohr. Der furchtbare tragische Vorfall mit dem Böttchermeister Felix Gerlach und seinen Kindern, welches so lange Zeit die ganze Stadt in Aufregung versetzt hatte, bilde den Gegenstand der heutigen Verhandlung. Es gibt Verbrechen, welche so grauenhaft, so widerwärtig sind, daß sich das menschliche Gefühl empört, wenn es an die Wahrheit derselben glauben soll. Verbrechen, welche mancher Völker des Alterthums, wie die Athener unter Solon, für so undenkbar und ihre Möglichkeit für so beschimpfend erachteten, daß sie eine Erwähnung derselben in ihrer Gesetzgebung nicht duldeten. Und eines von diesen Verbrechen, die Ermordung der eigenen rechttmäßigen Kinder durch den leiblichen Vater, bezeichnungsweise der Verlust derselben, liegt heutzutage im Jahrhundert der Civilisation, der Bildung und der Humanität, dem Schwurgerichts-hofe von Breslau zur Entscheidung vor! Die öffentliche Meinung gab sofort nach dem Bekanntwerden der That ihr Verdict dahin ab, daß dieselbe im Wahnsinn geschehen sein müsse, ein Verdict, welches dictirt war von der sittlichen Entrüstung und dem moralischen Stolze der Beurtheilenden, der sich sträubt, die Möglichkeit anzuerkennen, daß vernünftig denkende Menschen einer solchen Handlungswise fähig seien. Lassen wir diese Auseinandersetzung, verzeihen wir uns in die Lage eines wirklichen Geschworenen, nehmen wir an, daß wir den Eid geleistet hätten, und betrachten wir mit dem talten, prüfenden Blicke des Richters diesen psychologisch so rätselhaften Fall.

Felix Gerlach von hier hatte, wie er angibt, eine Jugend voll Mühe und Drangsels. Mittellos, wie er war, batte es lange gedauert, ehe er sich zu der selbständigen Stellung eines Bürgers und Meisters aufzuhüften konnte. Als er diese erreicht hatte, schien ihm endlich das Glück zu lächeln.

Er verheirathete sich mit einer geliebten Frau und lebte mit ihr mehrere Jahre in dem besten und glücklichsten Verhältnisse. Ihre Ehe war mit drei reizenden Kindern gesegnet. Da trat plötzlich der unerbittliche Tod in diese Familie und entriss ihr die sorgende Mutter und Hausfrau. Mit ihr verschwand auch der Sonnenschein des Glücks. Gerlach suchte sich zwar wieder zu verheirathen, um seinen Kindern, welche noch im zartesten Alter standen, eine zweite Mutter zu geben; aber mehrere Versuche, welche er in dieser Richtung machte, schlugen fehl. Da er ein äußerst zärtlicher Vater war, der seine Kinder fast zu sehr liebte, so konnte er es nicht länger mit ansehen, daß die Pflege und Erziehung derselben vernachlässigt wurde; denn er selbst vermochte sich, abgesehen durch den Betrieb seines Handwerks, ihnen nur wenig zu widmen. Er sah sich daher genötigt, sie fremden Leuten in Pflege zu geben. Dies war für ihn, dessen Gemüthsleben besonders ausgebildet ist, ein harter Schlag. So oft er konnte, suchte er seine Kinder auf, überzeugte sich von ihrem Wohlbeinden, führte sie spazieren und that überhaupt für sie, was er konnte. Gerlach hatte früher vier Gesellen beschäftigt, wie der Böttchermeister Koch ausgabt, und sein Gewerbe ging gut von statten. Möchte es nur der Schmerz über den Tod seiner Frau oder der Kummer über die Entfernung seiner Kinder sein, welcher ihn einestheils der nötigen Energie beraubte, oder waren es andere Umstände, genug auch der Betrieb seines Gewerbes ging zurück, und er konnte nur noch zwei Gesellen beschäftigen. Das Böttcher-Handwerk erfordert bedeutende Kapitalien zum Ankauf der nötigen Hölzer; besitzt ein Meister derselben diese nicht, so ist er, wenn die Bestellungen sich häufen, genötigt Geld, gewöhnlich auf Wechsel, aufzunehmen und kann so, wenn er seine Forderungen nicht rechtzeitig einzuziehen vermag, gerade durch die größte Kundschaft in die größte Verlegenheit gerathen. Auch Gerlach ist es nach der Angabe des Kochs gegangen, und dieser selbst mußte ihm Mitte vorigen Jahres 100 Thlr. auf einen Wechsel verschaffen, welcher am 20. September fällig war. Zu dieser Zeit hatte Gerlach endlich das Ziel seiner Wünsche erreicht und eine passende Partie gefunden. Maria Dotter, seine Braut, sollte seinen Kindern eine zweite Mutter werden. Das Aufgebot war schon geschehen und die Trauung sollte in der nächsten Zeit stattfinden; aber auch diese Erschließung wurde ihm kurz vor ihrer Erfüllung vereitelt. Wenn es schon ein misliches Ding für ein Mädchen ist, einen Wittwer mit kleinen Kindern zu heirathen, so kann man Einer den Zurücktritt von einer solchen Partie unmöglich verdenken, wenn der Bräutigam in mißlicher Vermögenslage ist. Gerlach war eines Tages sehr bestürmt, und als ihn seine Braut fragt, was ihm fehle, antwortete er, „er hätte Schulden wie ein Major.“ Nur in Folge dessen löste die Dotter, wie sie befunden, ihr Verhältniß zu ihm. Alles Andere, was in dieser Beziehung im Publikum erzählt worden ist, namentlich, daß sie ihn der Kinder wegen verschmäht habe, ist also erfunden.

„Frau Sorge“ ist ein sehr barnäddiger Gatz; bei dem sie einmal eingeschafft ist, von dem weißt sie nicht sobald. Gerlach sah den Verfalltag des Wechsels herannahen, ohne Gedanke dafür zu haben; die Aussicht, mit seinen Kindern wieder vereint zu werden, schien für immer dahin geschwunden zu sein, und nun kam noch ein drittes Unglück dazu. In seinem Hause war Feuer ausgebrochen, er wurde als Brandstifter denuncirt und eine Untersuchung gegen ihn eröffnet. Dies Letztere machte das Blaue voll, und der Katastrophe hereinbrach.

Am 22. September v. J. gegen Mittag wurde der Dr. Lorenz aus dem Kloster der barnäddigen Brüder, wo er beschäftigt war, in die Wohnung des Gerlach, Klosterstr. Nr. 70 geholt. Eine ungeheure Menschenmenge erfüllte die Straße und das Haus. Wie Dr. Lorenz vor Gericht angibt, fand er in der Stube des Gerlach dessen zwei und ein halb Jahr alten Knaben derselben, welcher nach seinem Vater Felix heißt, im Bette liegen. Die Hemden beider Kinder waren mit getrocknetem Blute ganz bedekt, so daß die Verwundungen, von welchen dieses Blut herrührte, vor mehreren Stunden stattgefunden haben müssen. Der Arzt wandte zunächst seine Sorgfalt dem am schwersten verwundeten Mädchen zu. Der Doktor desselben war am rechten Schlaf mit einem harten Instrumente eingeschlagen, außerdem befanden sich mehrere Stichwunden an dieser Seite des Kopfes und eine etwa fünf Zoll lange Stichwunde in der linken Brust unterhalb des Herzens, welche von oben nach unten durch die Lungen, die Leber und die Milz ging. Die Ränder dieser leichten Wunden ließen einen halben Zoll auseinander und waren gezackt,

wie bei Wunden, welche mit zitternder Hand oder einem ziemlich stumpfen Instrumente beigebracht werden. Obgleich diese Wunde sofort verbunden und der Kopf mit fühlenden Umschlägen bedekt wurde, so hauchte die arme Kleine doch binnen zehn Minuten ihr junges Leben aus. Erfolgreicher waren die Bemühungen bei dem Knaben. Er hatte auch mehrere Stiche am rechten Schlaf und eine Stichwunde in der linken Brust; dieselben wurden verbunden, und er in das Kloster der barnäddigen Brüder geschafft, von wo er nach mehreren Wochen geheilt herauskam.

Die Gerichtsarzte, Stadtgerichts-Physitus Dr. Köhler und Dr. Dix erklären in ihren Gutachten, daß von den Wunden des Mädchens sowohl die am Kopfe, als die an der Brust tödlich gewesen seien; ersterer namentlich deshalb, weil mehrere Stiche der eingeschlagenen Schädeldecke in das Gehirn gedrunken wären und dadurch eine Lähmung derselben herbeigeführt worden sei. Auch die Brustwunde des Knaben erklärten die Ärzte für lebensgefährlich und seine Heilung nur als einer ganz besonderen glücklichen Kur zu verdanken. Die Instrumente, welche hinter dem Ohr des Gerlach-Zimmers gefunden worden sind, ein Hammer und ein Taschenmesser mit 5 Zoll langer, spitzer Klinge, deren Schneide jedoch ziemlich stumpf ist, sind nach ihrem Gutachten geeignet gewesen, damit die That zu vollführen.

Unter den Leuten, welche bei dem Vorfall zugegen waren, befand sich auch der Briefträger Mischa. Nach den vorliegenden Umständen, auf welche wir weiter unten zurückkommen, war sogleich der Verdacht auf Gerlach gekommen. Mischa, den sein Weg an dem Hinterrome geführt hatte, ließ sich von da nach dem städtischen Holzplatz über die Oder setzen und äußerte, am anderen Ufer angelommen, seine Entrüstung über den unnatürlichen Vater gegen den Fährmann, worauf dieser ihm erwiderte, daß jener auf dem Holzplatz am Obleuer schon seit längerer Zeit tiefmüdig auf und ab gehe. Mischa erblickte wirklich den Gerlach dort, nahm sich noch den Wächter Edward dazu und verhaftete ihn. Erst wollte sich Gerlach nicht erkennen geben, räumte aber doch endlich ein, daß er es sei, und fragt nur, was seine Kinder mächtten. Als ihm erwidert wurde, sie seien tot, antwortete er: „Ihnen ist wohl.“

Heute steht er unter der Anklage, seine Tochter Klara ermordet und an seinem Sohne Felix den Versuch des Mordes gemacht zu haben. Er kennt sich mit erloschener Stimme dessen schuldig, er sei ja in der Verzweiflung gewesen, daß er beschlossen habe, zu sterben und seine Kinder ebenfalls zu töten, damit sie nicht in ihrer Verlassenheit einem gleichen Ende, wie er, verfielen. Wie er aber das Verbrechen vollzogen und was er dabei geschehen habe, das wisse er nicht. Dieses Geständnis war natürlich nicht ausreichend und die Mithörer erwiderten: „Siehe, wie er sich verhalten hat.“

Der Böttchermeister Pohl, bei dem Felix in Pension war, und der Böttchermeister Schmiegel, welcher Klara in Pflege hatte, deponierten ihre Aussage. Sie befunden, was wir oben von der Zärtlichkeit und dem liebevollen Verhalten des Gerlach zu seinen Kindern gesagt haben. Beide sind respectable Leute, bei denen die Kinder offenbar sehr gut aufgezogen waren, wie denn dies auch ihre angestammte Fürsorge, welche sie bei dem ganzen Herangehen um die Kinder an den Tag gelegt haben, beweist. Neben ihnen tritt der Böttchermeister Genagel als Belästigungssache auf. Dieser stand bei Gerlach in Arbeit und bemerkte am Freitag vor dem 22. Sept., daß sein Meister ungewöhnlich tiefmüdig war, auch mehr geistige Getränke zu sich nahm, als er sonst zu thun pflegte. Gerlach sagte ihm auch, „er habe etwas vor; aber das könnte er keinem Menschen sagen.“ Sonntag den 20. Sept., dem Verfallstage des Wechsels, holte Gerlach die Kinder von Pohl und Schmiegel ab, um sie angeblich spazieren zu führen. Er ging mit ihnen auf den Kirchhof zu dem Grabe der Mutter, und hat, wie er angebietet, die Absicht gehabt, schon dort mit ihnen vereint zu sterben, dies aber in Erwartung eines passenden Werkzeugs nicht zur Aufführung bringen können, und die Kinder daher wieder zu ihren Pflegern zurückgebracht. Am folgenden Tage holte er sie wieder ab, fuhr mit ihnen nach Marienau, und wollte dann noch ein Lokal in der Stadt besuchen; da die kleine Klara jedoch zu müde geworden war, so brachte er sie Abends in seine Wohnung. Dem Genagel theilte er mit, daß er den andern Tag mit den Kindern verreisen würde. In seiner Wohnung mache Gerlach auf dem Sophie ein Lager für Klara zurecht, während Felix im Bette schlief

Einnahmung Frankreichs in die deutschen Bundesangelegenheiten, der steigenden Spannung zwischen den deutschen Großmächten und dem Bunde und dem weiteren Fortschreiten der Frage der Besetzung des Herzogthums Schleswig, trat eine etwas schwächer Haltung ein, die in erster Linie durch die französische und die erwartete österreichische Anleihe gefordert wurde. Die letztere wirkte wesentlich auf die österreichischen Credit-Vöse, denen eine Concurrenz von 40 Millionen neuen Lösen gleicher Art droht. Anfangs der Woche von 75½–77 gestiegen, schlossen sie gestern 73. Auf die übrigen österreichischen Papiere übte die Angelegenheit zunächst keinen wesentlichen Einfluss, sie schlossen gestern gegen vor acht Tagen wenig verändert. Im Ganzen verhält sich die Börse gegen österreichische Papiere wesentlich abwartend, das Geschäft darin ist sehr still. Anders steht es mit den Eisenbahnauctionen. Die Börse hat diesen gegenüber, da sie im Allgemeinen nicht an eine einstige Störung des Friedens glaubt, wieder Ruhe genug gewonnen, um die Chancen der einzelnen Bahnen in den Coursbewegungen zu berücksichtigen. Die Nachfrage, theils für Dedungen, theils für Speculation war in den ersten Tagen der Woche überwiegend und das Geschäft wäre ein lebhaftes geworden, wenn nicht das Angebot ein sehr beschränktes und der Impuls nicht zu schwach gewesen wäre, als daß man es im Allgemeinen durch wesentliche Courserhöhungen hätte motivieren können. Außer Berlin-Umbau, denen eine annehmliche Dezembereinnahme zu Hilfe kam, Bergisch-Märkischen und Berlin-Potsdam-Magdeburger waren besonders Nordbahnauctionen in guter Frage. Wir können in Betreff der letzteren auf das verweisen, was wir vor acht Tagen über dieselben sagten. Im Course haben sie zwar nicht erheblich gewonnen, aber an den Tagen, wo sich eine bessere Haltung der Börse entwickelte, standen sie unausgesetzt im Vordergrunde.

Von den schlesischen Eisenbahnauctionen haben wir nur Oppeln-Tarnowitzer herzuholen. Die günstige Dezembereinnahme, welche den Procentsatz der Jahreseinnahme bedeutend erhöhte, richte die Aufmerksamkeit der Börse mehr auf dieses Papier und veranlaßte eine gute Nachfrage. Obgleich die Mehreinnahme des Jahres 1863 ca. ½ Prozent des Actienkapitals beträgt, können wir nicht mit Sicherheit auf eine gesteigerte Dividende schließen, da bekanntlich ein neuer Zug eingezogen werden mußte, der die Betriebskosten erhöhen wird. Die Börse nahm ¾ % Mehrdividende gegen 1862 an. Dennoch steht der Cours ca. 7% niedriger, als vor einem Jahre. Bei der rümmenswerten Ratschick, mit welcher die Direction ihre Bilanz zu ziehen pflegt, werden die Actionäre voraussichtlich nicht lange in Spannung bleiben. Obgleich auch von sämtlichen übrigen schlesischen Bahnen die Jahreseinnahmen vorliegen, ist es kaum möglich, aus denselben Schlüsse auf die voraussichtlichen Dividenden zu ziehen. Die außerordentlichen, aus Wagniethen hergehobenen, Einnahmen spielen eine noch bedeutendere Rolle, als 1862, und es ist unmöglich, abzuschätzen, wie große Ausgaben an Wagniethen dieser gegenüber stehen. Die Mehreinnahme der Freiburger Bahn zum Beispiel beträgt ca. 1½ % des Actienkapitals. Dennoch wagte die Börse den Jahrescoupon auch nicht um einen Bruchteil eines Procentes höher zu schätzen, als den pro 1862, obwohl an Prioritätszinsen nur circa 5000 Thlr. mehr zu zahlen sein werden, als 1862. Neisse-Brieg hat gar eine Mindereinnahme von 3739 Thlr. oder ½ % des Actienkapitals; dennoch ist an einer der vorjährigen gleichen Dividende nicht zu zweifeln, da im vorigen Jahre, wie schon öfter bemerkt, der Meingewinn noch mit dem Erlöse des Coursverlustes belastet war, den die Bahn an ihrer Prioritätenmasse erlitten. Die Mindereinnahme der Niederschlesischen Zweigbahnen ist durch das günstige Resultat des November auf ein sehr geringes Maß reduziert, und es ist um so eher auf eine unberührte Dividende zu rechnen, als im Jahre 1863 der Personenverkehr eine erhebliche Rolle spielte. Für die Kiel-Oderberger Bahn, deren Mehreinnahme über 2½ % des Actienkapitals beträgt, rechnet man auf nur ¾ % Mehrdividende, wobei wir daran erinnern wollen, daß es im Laufe des Jahres 1863 eine Zeit gab, wo man 4½–5% Dividende in Aussicht stellte. Nach diesen Bemerkungen lassen wir unsere gewohnte Übersicht der Monatseinnahme der schlesischen Bahnen folgen:

	Dezr.	Gegen 1862	Bis Ende Dez.	Gegen 1862		
	Thlr.	Thlr.	%	Thlr.	Thlr.	%
Oberschlesische Hauptbahn	316,987	+ 13,801	4,4	3,821,508	+ 71,764	1,9
Zweigbahnen	5,722	+ 2,164	58,5	71,735	+ 10,207	16,6
Breslau-Posen-Glogau	93,996	+ 13,549	16,8	1,183,321	— 22,130	1,8
Breslau-Schw.-Freiburg	116,107	+ 1,860	1,6	1,253,702	+ 60,753	5,1
Brieg-Neisse	10,319	+ 4,290	29,4	134,088	— 3,739	2,8
Kiel-Oderberg	55,899	+ 1,072	1,9	646,702	+ 54,600	9,2
Niederschlesische Zweigb.	21,133	+ 4,760	25,4	230,167	— 5,562	2,3
Oppeln-Tarnowiz.	14,525	+ 2,792	23,8	172,255	+ 8,779	5,4

Von Bans- und Creditactien zeichneten sich nur jenseit durch einen lebhaften Verkehr aus. Sie pflegten eine Rolle zu spielen, wenn die Coussine einige Anregung empfängt. Darmstädter waren gefragt und durchweg sehr fest. Sie haben bei der letzten Baisse von den Bankpapieren am stärksten eingebüßt. Schlesische Bankvereins-Antheile behaupteten in der ganzen Woche den Parcours.

Für preußische Fonds und namentlich für Pfandbriefe war die Woche günstig. Es zeigte sich ein merklicher Capitalzufuß, der sich aus den im Anfang des Januar fälligen Zahlungen erklärt. Die 5% Anleihe schloß gestern ¾ %, die convertirte 4 Prozent. Anleihe ½ %, die 1853er Anleihe gar 1½ % höher. Schlesische Pfandbriefe haben sich ¾, westpreußische 1, neue Posener 4 Prozent, ¾ gehoben. Oberdeutsche E. Prioritäten haben sich ½, Oberschlesische F. Prioritäten 1%. Auch mehrere andere Prioritäten schließen höher.

Der Geldmarkt blieb vollkommen unverändert und entwickelte wenig Thätigkeit.

Die Dezemberberichte der Banken ergeben gegen den 30. November folgende Veränderungen:

Kasse.	Wechsel.	Lombard.	Noten.	
Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	
Preuß. Bank	— 1,886,000	+ 757,000	+ 2,452,000	+ 6,770,000
Preuß. Privatb.	+ 570,711	— 259,565	+ 134,686	+ 190,520
Fremde Banten +	237,164	+ 1,035,969	— 837,009	— 279,280
Gesammtresultat	— 2,219,547	+ 1,533,404	+ 1,749,677	+ 6,681,240
Gegen den 31. Dezember 1862 stellen sich die Veränderungen wie folgt:				
Preuß. Bank	64,848,000	74,730,000	11,434,000	118,750,000
Gegen 1862	— 10,535,000	+ 14,770,000	+ 3,160,900	+ 6,944,000
Preuß. Privatb.	4,430,285	14,249,264	4,308,182	7,094,445
Gegen 1862	— 98,403	— 40,114	+ 352,787	— 254,190
Fremde Banten	16,715,332	41,916,790	9,732,321	31,925,166
Gegen 1862	+ 2,228,066	+ 2,964,521	— 1,910,937	+ 4,023,536
Insgesamt	85,993,617	130,896,054	25,474,503	157,769,611
Gegen 1862	— 8,423,337	+ 17,694,437	— 1,601,850	+ 10,713,340

Auch im Dezember ist die Erscheinung in die Augen fallend, daß das Baargeld aus den preußischen Banten ab- und den außerpreußischen theilweise zusieht, während die Notenemission der preußischen Bank zu-, die der außerpreußischen abnimmt. Es ist dies eine Bewegung, die fast das ganze Jahr hindurch fortgesetzt und in Beziehung auf die Baarborrté im Laufe des Jahres zu anfänglichen Veränderungen geführt hat. Dieselbe verdient unsere volle Aufmerksamkeit. Sie bedeutet zunächst ein Erstarren der außerpreußischen Banten, sie kann aber über kurz oder lang den preußischen Bank unbedeckt werden. Diese hat in den letzten Jahren den übrigen Deutschland gegen Saar das notige Papiergebiet geliefert. Wenn dies Verhältnis aufgehoben und das übrige Deutschland Noten zurückgeht, so kommt der Notenumlauf der preußischen Bank eine andere Bedeutung und der Effektivbesitz wird wesentlich bedenklicher.

Die heutige Börse war in Folge der Vorlomissie am Bundestage wesentlich milder.

Schlesische Aktien bewegten sich im Laufe der Woche, wie folgt:

8. Jan.	Höchster	Niedrigster	15. Jan.
Cours.	Cours.	Cours.	Cours.
Oberschlesische A. und C.	145	146	145
B.	133½	134½	133½
Breslau-Schw.-Freib.	124½	125½	124½
Neisse-Brieger	81	81	81
Kiel-Oderberger	50%	50%	50
Niederschl. Zweigbahn	60	60	60
Oppeln-Tarnowitzer	55	55%	35
Östl. Bankverein	99½	100	99½
Minerva	24	24½	23½

↑ Breslau, 16. Jan. [Börse.] Die Stimmung war sehr fest und Spekulations-Effeten wurden höher bezahlt. Oester. Creditactien 74–74½, National-Anleihe 66½ Gold, 1860er Löse 76½–76%, Bantnoten 82½ bis 82%. Eisenbahn-Aktien gefüllt, Oberschlesische 145%, Freiburger 125%, Oppeln-Tarnowitzer 55½ Gold, Kiel-Oderberger 49½ Gold, Neisse-Brieger 81 Gold. Fonds unverändert.

Breslau, 16. Januar. [Allmächtiger Produkten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe, sehr fest, ordinäre 10%–10½ Thlr., mittlere 11%–12% Thlr., seine 12%–13½ Thlr., hochfeine 13½–13¾ Thlr. — Kleesaat,

Roggen (pr. 2000 Pf.) niedriger, gel. — Ctr., pr. Januar und Januar-Februar 31½ Thlr. Br., Februar-März —, März-April —, April-May 32½–¾ Thlr. bezahlt, Mai-Juni 32½ Thlr. bezahlt, Juni-Juli —. Hafer (pr. 2000 Pf.) gefüllt. — Ctr., pr. Januar 35½ Thlr. Br., Januar-Februar —, April-May 36½ Thlr. Br. Weizen (pr. 2000 Pf.) pr. Januar 48 Thlr. Br. Gerste (pr. 2000 Pf.) pr. Januar 33 Thlr. Br. Rübbel (pr. 100 Pf.) gel. — Ctr., loco 10% Thlr. Br., 10% Thlr. Gld., pr. Januar 10% Thlr. bezahlt, Januar-Februar, Februar-März, März-April und April-May 10% Thlr. Br., 10% Thlr. Gld., Mai-Juni 10% Thlr. Br., 10% Thlr. Gld., Juni-Juli —. September-Oktober 11% Thlr. Br. Spiritus wenig verändert, gel. 18,000 Quart, loco 13½ Thlr. Gld., 13½ Thlr. Br., pr. Januar und Januar-Februar 13½ Thlr. Br., Februar-März 13% Thlr. Br., März-April —, April-May 14% Thlr. Br., Mai-Juni etwas 14% Thlr. bezahlt, 14% Thlr. Br. Brot still, bei leichter Preise 5 Thlr. 17½ Sgr.

Börsen-Commission.

[Preußische Brämen-Anleihe.] Bei der am 15. d. M. stattfindenden Ziehung wurden folgende den niedrigsten Gewinn von 108 Thlr. übersteigende Brämen gezogen: à 100,000 Thlr. Nr. 7381; à 10,000 Thlr. Nr. 5123; à 500 Thlr. Nr. 3978 55507 80459; à 400 Thlr. Nr. 3117 52732 80483 145578; à 200 Thlr. Nr. 3974 55518; à 150 Thlr. Nr. 7301 7340 9551 9587 9597 13532 13565 13570 13575 13576 14702 14715 14732 14741 14765 14782 14785 29854 29900 31128 31143 31187 37023 37045 37073 37078 37095 37112 37116 37123 37128 37131 37136 37141 37142 37147 37150 37155 37156 37157 37158 37159 37160 37161 37162 37163 37164 37165 37166 37167 37168 37169 37170 37171 37172 37173 37174 37175 37176 37177 37178 37179 37180 37181 37182 37183 37184 37185 37186 37187 37188 37189 37190 37191 37192 37193 37194 37195 37196 37197 37198 37199 37200 37201 37202 37203 37204 37205 37206 37207 37208 37209 37210 37211 37212 37213 37214 37215 37216 37217 37218 37219 37220 37221 37222 37223 37224 37225 37226 37227 37228 37229 37230 37231 37232 37233 37234 37235 37236 37237 37238 37239 37240 37241 37242 37243 37244 37245 37246 37247 37248 37249 37250 37251 37252 37253 37254 37255 37256 37257 37258 37259 37260 37261 37262 37263 37264 37265 37266 37267 37268 37269 37270 37271 37272 37273 37274 37275 37276 37277 37278 37279 37280 37281 37282 37283 37284 37285 37286 37287 37288 37289 37290 37291 37292 37293 37294 37295 37296 37297 37298 37299 37300 37301 37302 37303 37304 37305 37306 37307 37308 37309 37310 37311 37312 37313 37314 37315 37316 37317 37318 37319 37320 37321 37322 37323 37324 37325 37326 37327 37328 37329 37330 37331 37332 37333 37334 37335 37336 37337 37338 37339 37340 37341 37342 37343 37344 37345 37346 37347 37348 37349 37350 37351 37352 37353 37354 37355 37356 37357 37358 37359 37360 37361 37362 37363 37364 37365

Zweite Beilage zu Nr. 27 der Breslauer Zeitung. — Sonntag, den 17. Januar 1864.

Journ.-Nr. 1423. Desgl. über den Vergleich mit den Müller Sprotteschen Erben zu Ransern zur Behebung vorgekommener Grenzüberschreitungen.

Journ.-Nr. 1424. Desgl. über Verstärkung des im Bau-Estat pro 1863 „zur Unterhaltung der ungepflasterten Straßen und Plätze“ ausgesetzten Quantums um 400 Thlr.

Journ.-Nr. 1441. Desgl. über die Erklärung des Magistrats auf die Anfrage im Beschlusse vom 22. Oktober 1863 wegen Abverkauf einer Fläche von 1 D.-R. zu Niemberg.

Journ.-Nr. 1464. Desgl. über Bewilligung einer Entschädigung von 4000 Thlr. für den Abbruch des dem kathol. Gymnasium gehörigen, an der Schuhbrücke befindlichen Thurmes zum Zweck der Offenlegung der Schuhbrücke.

Journ.-Nr. 1478. Desgl. über die nachträgliche Genehmigung des Zuschlages der Ausführung eines Brunnenbaues auf dem Dominiikanerplatz an den Brunnenmeister Stumpf für den Preis von 132 Thlr. 15 Sgr.

Journ.-Nr. 1508. Commissions-Gutachten über Bewilligung einer persönlichen Subvention von je 40 Thlr. jährlich für die drei Rectoren an den katholischen Pfarrschulen St. Nikolai, St. Mauritius und St. Michael.

Journ.-Nr. 1516. Desgl. über Bewilligung von 550 Thlr. zur Verstärkung des Tit. VII. im Estat der Bauverwaltung pro 1863 „zur Unterhaltung der Minnsteinbrücken und Kanäle.“

Journ.-Nr. 1535. Desgl. betreffend die Übertragung von je zwei außerordentlichen Stunden im Unterricht der englischen Sprache in Secunda der Realschule zum heil. Geist an den Collaborator Bertram.

Journ.-Nr. 1540. Desgl. über die Verstärkung des Tit. III. im Estat der Haupt-Armenkasse pro 1863 „auf Almosen-Unterstützungen“ um 3500 Thlr.

Journ.-Nr. 127. Antrag des Assistenten im Stadtverordneten-Bureau, Wilke, auf Erhöhung der von ihm innehabenden Stelle zu der eines Secretärs und demnächstige anderweitige Dotirung.

Journ.-Nr. 170. Antrag des Magistrats auf Zustimmung zu dem entworfenen und abschriftlich mitgetheilten Verträge mit dem Director Kornhardt über die Herstellung der zur Versorgung der Privat-Gas-Anlagen mit Gas aus der Communal-Gas-Anstalt erforderlichen Zuleitungen von dem Hauptrohr.

Journ.-Nr. 171. Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Diätensatzes für den Techniker an der Gas-Anstalt, Lehmann, von 2½ auf 3 Thlr. pro Tag.

Der Vorsitzende.

Amtlicher Börsen-Aushang.

Die in letzter Zeit wiederholt vorgekommenen bedeutenden Schwankungen in den Coursen der Fonds und Effecten haben ein verändertes Verfahren bei deren amtlicher Notirung erforderlich gemacht, welches mit dem 18. d. M. ins Leben treten wird, und welches wir in Nachfolgendem zur Kenntniß des interessirenden Publikums bringen.

1. Bei Effecten und Prioritäten, Comptanten und ausländischen Fonds wird, sofern wirklich Umfälle stattgefunden haben oder die Senats-Brief und Geld angeben, sowohl ein Geld, als ein Brief-Cou: s notirt.

2. Dasselbe gilt bei inländischen Eisenbahn-Actionen; treten jedoch ½ % übersteigende Schwankungen ein, so werden anstatt des Brief- und Geld-Coures die wirklich gehandlten Course notirt.

3. Bei schlesischen Bank Vereins-Actionen, ausländischen Eisenbahn-Aktionen und diversen Industrie-Papieren, sowie bei österreichischen Lotterie-Papieren werden, wie bisher, nur die gehandelten Course notirt.

Bei der Notirung von österreichischen Credit-Actionen und österreichischen Losos werden nur diejenigen Geschäfte berücksichtigt, welche den Betrag von 5000 fl., bei allen anderen Papieren die Summe von 1000 Thlr. erreichen.

Breslau, den 16. Januar 1864.
Die Handelskammer.

(Statt besonderer Meldung!)

Heute Nachmittag 2 Uhr entschließt nach schwerem Leiden an Krämpfen unser liebes Schöpfer Max, im Alter von 8 Monaten. Dies zeigen tief betrübt hiermit an [16.] der Zimmermeister Heinrich Ehlers nebst Frau.

Breslau, den 16. Januar 1864.
Breslau, den 16. Januar 1864.

Heute früh entschließt plötzlich zu einem besseren Sein mein mehrjähriger treuer und biederer Commiss Robert Mazur, in dem hoffnungsvollen Alter von 24 Jahren, was ich seinen vielen Freunden hiermit anzeigen. Strenge Erfüllung seiner Berufspflichten und ehrwürdiger Charakter sichern ihm mein dauerndes Andenken. [840]
Langendorf D.-S., 15. Januar 1864.
Isaac Krebs.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen entschließt zu einem besseren Leben unser lieber College, der Handlung-Commiss Robert Mazur in dem elterlichen Hause zu Tost D.-S. Wir haben an ihm einen treuen, biedern Freund verloren, dessen Witwensets mit aufrichtiger Liebe erinnern werden. [536]

Langendorf D.-S., den 15. Januar 1864.
Seine Freunde.

Das am heutigen Morgen 1½ Uhr plötzlich erfolgte Dahinscheiden unsers lieben Gatten und Vaters, des Fabrikbesitzers J. G. Hofmann, zeigen wir hierdurch tief betrübt an und bitten um stillen Theilnahme.

Protzenhain, den 15. Januar 1864.
Die Hinterbliebenen.

Einernten Verwandten und Freunden zeige ich hiermit statt besonderer Meldung tief betrübt an, daß mein geliebter Sohn Dr. med. Leopold Leibius in der Nacht vom 13. zum 14. d. Mts., an Lungenleiden sanft entschlafen ist. Berlin, den 15. Januar 1864. [540]

Verw. Postdirektor Leibius.

Familien-Nachrichten.

Chelische Verbindung: Herr Siegfried Soberheim mit Fr. Louise Marx in Berlin. Geburten: Ein Sohn Herrn Theodor Schramm in Berlin, Hrn. Wilh. Seidel das, Herrn Meyer Simon das, Herrn H. Schmid das, eine Tochter Herrn Sabatricher Seidel daselbst, Herrn Apotheker Ernst Engmann in Lindow.

Todesfälle: Herr Partikular Wilhelm Fischer im 75. Lebensjahr in Berlin, Herr Gustav Adolph Tornovius das, Herr Maler Adolph Schmidt das, Frau Oberstabsarzt Dr. Schmidt das, Frau Sophie Schwabauer im 74. Lebensjahr das, Herr Louis d'Heureuse in Vogelsang bei Magdeburg.

F. z. O. Z. 19. I. 6. R. □ III.

Die geehrten Mitglieder des Königs- und verfassungstreuen Vereins

in Breslau und in der Provinz ersuchen wir im vaterländischen Interesse um die regste Beteiligung zur Beschaffung und Sammlung von Winterbedeckungsgegenständen für unsere außerhalb ihrer Garnisonen im Feld stehenden Truppen. Beiträge in natura oder in Geld wolle man an das hier bereits mit bestem Erfolg thätige Damen-Comité direct einsenden.

Breslau, den 15. Januar 1864.

Der Vorstand

des Königs- und verfassungstreuen Vereins.
v. Giehorn, Ober-Regierungs-Rath, Freiherr von Falckenhausen, Oberst a. D. Dr. Friedlieb, Professor, v. Görk, Geheimer Regierungs-Rath, Grabowski, Stadtrath, Hebold, Kaufmann, Häbner, Justiz-Rath und General-Landschafts-Syndicus. Rothe, Posthalter, Russler, Geheimer Commerzienrath. Schück, Director, Siemon, Kaufmann, J. Sommer, Juwelier.

Der Mühlenbaumeister Dertel zu Bobten am Berge entschloß sich ebenfalls zum Gebrauch des L. W. Egers'schen Honig-Extracts, indem ein Bekannter von ihm die gute Wirkung erprobte und ihm selber auch empfohlen, um ihn gegen Magenverschleimung, Unterleibsbeschwerden und Hämorrhoiden, woran er schon lange Zeit leidet, auch zu brauchen.

Der Ortsvorsteher Nabloss in Gaulitz bei Wollin litt seit einiger Zeit an einem quälenden trocknen Husten. Mit wahrer Freude kann er den Honig-Extract allen an Husten und Heiserkeit Leidenden als ein unfehlbares Mittel empfehlen und er hat sich überzeugt, daß derjele harinadige und veralzte Uebel befreit. [555]

So bezeugt auch der Messerschmid P. Kunz zu Creuznach, der seit 6 Jahren mit einem beschwerlichen, gar nicht los zu werdenden Husten geplagt war, daß nach Gebrauch des L. W. Egers'schen Honig-Extracts nicht allein der Husten ganz verschwunden ist, sondern er fühlt überhaupt weit gesunder fühlt, als früher. (Fortsetzung folgt.)

Neueste hochachtungswerte Zuschrift, Eduard Groß'sche Brust-Caramellen



betrifft.

Wie wichtig es ist, ein so gediegnes und bewährtes Hilfsmittel bei allen Beschwerden der Respiration-Organe stets in der jeweiligen Jahreszeit bei sich zu haben, davon brachte uns die Morgengazette des 6. Januar d. J. ein glänzendes Zeugnis. Ein höchstehrlicher Herr, königl. Amtsrat aus Weltkreis — welcher seit vielen Jahren bei Beginn des Herbstes seinen Winterbedarf von unsrer Brust-Caramellen sich in sein Domicil senden läßt, und denen gemachte Erfahrungen über deren Vorzüglichkeit wir schon öfters Gelegenheit hatten, mit diesen gütiger Erlaubniß in diesen Blättern am 6. April 1857, am 18. Oktober 1859, 21. November 1861, 6. November 1862 und 31. Oktober 1863 zu veröffentlichen,

beauftragt uns, ihm auf seiner Reise eine Quantität dieses vorzüglichsten

Gefäßes nach Berlin zu senden, und knüpfen wir hieran auf Grund der Erfahrung die Bemerkung, wie sehr dem geehrten reisenden Publum zu empfehlen ist, stets hieron einen kleinen Vorrath bei sich zu haben, um jede kleine Beschwerde sofort im Entstehen unterdrücken zu können; aber auch für jeden Haushalt konstatiren diese oben angeführten brieflichen Anerkennungen, welche zur gefälligen Durchsicht auf unserem Comptoir ausliegen, Vorrath selbst für die ganze Winter-Saison dieser längst als wohlthätig anerkannten

Herrn Kaufmann Eduard Groß Wohlgeboren in Breslau, am Neumarkt Nr. 42. Hierin 3 Thlr. in Kassen-Anweisungen, frei.

Er. W. Wohlgeboren erfuhr ich hiermit ergebenst, für beifolgende 3 Thlr. mir von Ihnen, mir seit mehreren Jahren wohlthuenden Brust-Caramellen, und zwar: 2 Cartons à 15 Sgr., und 8 Carton à 7½ Sgr. schleunigst zu überschicken.

Sur Zeit Berlin, 5. Jan. 1864, F. Weißpermel, königl. Amtsrat.

Marlgrafenstraße Nr. 35, 2 Treppen.

[569]

Gebr. Strauss, Hof-Optiker in Breslau, Ring Nr. 45, Naschmarktseite.
empfehlen ihr großes Lager von
Salon- und Fensterthermometern in den schönsten Formen, für nur 15 Sgr. das Stück. Barometer mit stärkster Quecksilberläufe und sicherem Verschluß beim Transport, welche die Witterung ganz genau anzeigen, à 2½ Thlr. Mikroskop in Messing-Einfassung von allerstärkster Verarbeitung, zur genauen Untersuchung der kleinsten Insekten u. s. w., à 1 Thlr. 15 Sgr. Goldene Brillen, mit den feinsten Conservationsgallen zur Erhaltung und Verbeesserung der Sehkraft zum ermäßigten Preise von 3 Thlr. 15 Sgr. Pineez, Nasenklammer in dauerhaften und feinen Fäden für turzähige und schwache Augen, nur 1 Thlr. Auswärtige Aufträge werden auf das Sorgfältigste ausgeführt.

Ring Nr. 45, Naschmarktseite.
Concentrierte Malz-Würze, das Glas 10 Sgr. und 7½ Sgr. Vulverisiertes Gesundheits-Malz, die Dose 7½ Sgr. u. 4 Sgr. Aromatisches Bäder-Malz, die Portion 9 Sgr. und 5 Sgr. Die Malz-Würze ist in Milch, Thee, Mojowein, Seltewasser und im Naturzustand theelöffelweise leicht zu nehmen, und für den entferntesten Transport dauerhaft. Gebrauchsanweisungen gratis. Breslau, im Januar 1864.

[384]

Wih. Doma,

August Weberbauer'sche Brauerei.

R. F. Daubitz'scher Kräuter-Liqueur,

[44]

erfundene und nur allein bereitet von dem Apotheker R. F. Daubitz in Berlin, Charlottenstraße 19, dessen Bewährtheit von medicinischen Autoritäten vielseitig anerkannt ist, und sich in kurzer Zeit durch seine Vorzüglichkeit einen europäischen Ruf erworben hat, ist echt à Flasche 10 Sgr. und 1 Thlr. zu beziehen

in der General-Niederlage für Schleifen bei Heinrich Lion, Breslau, Neustadtstr. 48. Niederlage bei Hermann Büttner, Döslauerstraße 70.

Inserate f. d. Landwirthsch. Anzeiger V. Jahrg. N. 3

Beiblatt zur Schles. Landwirtschaftlichen Zeitung werden bis Dienstag angenommen in der Expedition der Breslauer Zeitung (Herrenstr. 20).

Zanzunterricht.

Um bei der Überfüllung meiner Cirkel, der durch fortlaufend erneuten Zutritt unvermeidlichen Störung vorzuzeigen, sehe ich mich hiermit zu der Anzeige veranlaßt, daß ich den Schluf der Announcements, zumal für Damen, auf den 24. d. M. festgesetzt habe. Ansänger jedoch keine Aufnahme mehr finden können. [570]

Louis v. Kronhelm,

königl. Universitäts-Tanzlehrer.

In dieser Woche finden meine Unterrichts-

Cirkel in folgender Weise statt: [571]

Morgen, den 18. Januar, Abends

8 Uhr: Montags-Cirkel.

Dinsdag von 7 bis 9 Uhr: Einübung

der Francaise und Quadrille à la cour, für

sämtliche meinen Cirkeln neu zugetretenen

Damen und Herren.

Donnerstag 7 Uhr: Akademischer

Cirkel.

Freitag 8 Uhr: Herren-Unterricht.

Sonntag, den 21. Januar, Mittags

5 Uhr, in meinen Salons: Einübung der an

dem Festballe vortreffenden Quadrullen und

Louren.

Mittwoch, den 27. Januar: Fest-

Ball, zu meiner 25-jährigen Berufs- und

Lehrhälfte, im Café restaurant.

Louis v. Kronhelm.

Montag, 18. Jan., Abds. 7 Uhr,

im Musiksaale der königl. Universität

CONCERT

unter gef. Mitwirk. der Frau Wermicke-

Bridgeman, des Herrn Musikkdirektor

Schnabel u. des Tenoristen Herrn Seidel

aus Berlin, veranstaltet von dem Violinisten,

Concertmeister Jacques Rosenthal.

Programm:

1. Violin-Concert Nr. 1 (E-dur) Vieuxtemps,

2. Arie aus "Herculanum" (Sopron) v. Fe-

licien David.

3. a) Sarabande, b) Bourrée, für Violine

allein von Bach.

4. Adelaide (Tenor) von Beethoven.

5. Rêverie von Vieuxtemps.

Oberschlesische, Breslau-Posen-Glogauer und Stargard-Posen Eisenbahn.

Vom 1. Februar d. J. ab tritt an Stelle des § 16 sub l. des Tariffs vom 1. April 1862 resp. dessen zweiter Auflage vom 1. Juli 1863 nachstehende Bestimmung in Kraft:

Die Vergütung, welche bei Declaration eines den Betrag von 20 Thalern für den Centner übersteigenden gemeinen Handelswerth, beziehungsweise gemeinen Werths von Frachtgütern zu entrichten ist (§ 23 des Betriebs-Reglements), beträgt $\frac{1}{10}$ pro Mille der ganzen declarirten Summe für jede angefangene 20 Meilen, welche das Gut zu durchlaufen hat, mit einem Minimalbetrage von 1 Sgr. und unter Abrundung des zu erhebenden Betrages auf ganze Silbergroschen.

Breslau, den 15. Januar 1864.

[564]

Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Zum submissionsweisen Verkauf alter abgängiger Materialien, bestehend in circa 536 Ctr. div. Schmiedeisen, 425 Ctr. div. Gußeisen, 6 Ctr. div. Stahl, 15 Ctr. Eisen- und Zinkblech, $\frac{1}{2}$ Ctr. div. Messing, 12 Ctr. Rothguß, $9\frac{1}{2}$ Ctr. div. Kupfer, $9\frac{1}{2}$ Ctr. div. Drehsäyne, 75 Ctr. Gummi, 70 Pf. Bruchglas, haben wir

zum 27. Januar, Vormittags 11 Uhr,

Termin anberaumt. — Öfferten bitten wir bis zu obigem Termine versiegelt und mit der Aufschrift: „Submission auf alte Materialien“ frankirt einzuzenden.

Die Verkaufs-Bedingungen mit dem speciellen Verzeichnisse der Materialien sind in unserem Bureau und in der Materialien-Inspektion einzusehen, welche letztere auch die Materialien selbst vorzeigt. Abfertigt der Bedingungen wird gegen Erstattung der Copialien ertheilt.

Breslau, den 15. Januar 1864.

[563] Direktorium.

Warschau-Bromberger Eisenbahn-Gesellschaft.

Der Verwaltungs-Rath gibt hiermit den Inhabern der Gesellschafts-Aktien bekannt, daß die Einführung der 2½-Coupons für das zweite Halbjahr 1863 in Warschau bei der Hauptstelle der Gesellschaft, und vom 8/20. Januar bis zum 8/20. Februar d. J. in Breslau beim Schlesischen Bankverein, in Amsterdam bei den Herren Lippmann, Rosenthal u. Comp., in Petersburg bei den Herren Gustav Sterky und Sohn stattfindet.

Warschau, den 1. 13. Januar 1864.

Der Verwaltungs-Rath
der Warschau-Bromberger Eisenbahn-Gesellschaft.

Kunst-Anzeige.

In der elegant eingerichteten Bretterbude, an der Oderbrücke, vis-à-vis der Wache, präsentiert sich von heute ab und folgende Tage

die Künstlerin Louise Ebbighausen,

18 Jahre alt, ohne Arme geboren. Dieselbe hat es in ihrer Kunst soweit gebracht, daß sie mit den Füßen alle ordentlichen Handarbeiten verrichtet, z. B. das Häkeln, Sticken, Nähen, Spinnen, Schreiben und Zeichnen; auch verfertigt sie künstliche Blumen und Früchte von Perlen und Wachs. Die Künstlerin hatte im vergangenen Jahre die Ehre, sich vor der königl. Familie zu Hannover, sowie vor der großherzogl. Familie zu Oldenburg zu produzieren, wofür sie großen Beifall erntete, und wird gewiß auch hier, zumal da jeder Besucher ein wertvolles Geschenk zum Andenken von der Künstlerin erhält, Niemand den Schauspiel unbefriedigt verlassen. Entrée 1. Platz 5 Sgr., 11. Platz $2\frac{1}{2}$ Sgr., wofür ein jeder das auf der Entreekarte bezeichnete Präsent erhält. — Das Räthore die Anschlag-Zettel.

NB. Auch können Damen im Anfertigen künstlicher Blumen Unterricht bekommen.

[812]

Tygodnik Katolicki

wychodzi jak dotąd w Grodzisku (Graetz, Grand Duché de Posen) raz na tydzień po arkuszu, a wrazie potrzeby z dodatkami, ścisłym lecz wyraźnym drukiem. Zawiera rozprawy naukowe, korrespondencje oryginalne i przeglad wypadów cotygodniowych i po polu kościelném.

Wszystkie urzędy pocztowe przyjmują nań zapisy po Talarze ew. czerwonej. Z Austryj wydawnictwo przyjmuje bezpośrednie zapisy, po dwa Złote austriackie wagę dwie czerwone bez względu na zmianę kursu.

Wrazie możność wydawnictwo rozszerzy oznajmy swego pisma. Wszystkie przesyłki odbieramy tylko franko pod adresem

Do Wydawnictwa Tygodnika Katolickiego

w Grodzisku, w Wielkim Księstwie Poznańskim.

Wszelkie reklamacje o nieregularność przesyłki odbiera expedytor P. Schmaediecke

Für Schleswig-Holstein!

Die Einnahme für das am Sonntag, den 17. Januar d. J., in meinem Lokal ausgeschenkte Bier werde ich zur Unterstützung der schleswig-holsteinischen Sache dem betreffenden Comite übergeben. Ich bitte deshalb um zahlreichen Besuch.

Lampersdorfer Bier-Niederlage:

Julius Riegnar,

Schweidnitzer- und Junkernstrassen-Ecke (grüne Adler).

Heiraths-Gesuch.

Ein Kaufmann von 25 Jahren, in einer verlehrten Gebirgsstadt Schlesiens, Inhaber eines rentablen, ausgebreiteten Waarengefässes, sucht eine geistreiche junge Dame christliche Confession mit einem Vermögen (wenn auch nicht disponibel) von mindestens drei Tausend Thalern zur Lebensgefäßheit. — Reflektirende wollen ihre Adresse nebst beigefügter Photographie in der Expedition der Breslauer Zeitung unter Chiffre F. W. 600 zur Weiterbeförderung niederlegen. Strengste Discretion wird zugesichert.

[545]

Coiffuren und Netze

in den neuesten und geschmackvollsten Fagons empfiehlt
in reicher Auswahl billigst:

[553]

Heinrich Friedländer, Nikolaistrasse Nr. 75, im 2. Viertel vom Ringe.

Der leidenden Menschheit zur Nachricht.

Solchen Kranken, welche wegen zu weiter Entfernung oder durch sonstige Umstände verhindert werden, an meiner magnetisch-elektrischen Heilmethode Theil zu nehmen und dennoch gern Abhöfe ihrer Leiden von mir wünschen, empfehle ich Heil-Apparate, die ich selbst bei jedem Kranken mit sicherem Erfolg in Anwendung bringe, womit ihnen an Laien die schwierigsten Krankheiten geheilt sind, was in den verschiedenen Zeitungen durch vorzüglichste Atteste sehr oft bestätigt wird. Die selben sind bei allen nervösen, rheumatischen und gichtischen Krankheiten, als Kopf-, Gesichts- und Gelenkrheumen, Brauen in den Ohren, Harthrigkeit und Laubheit, Lähmungen jeder Art, Herzklappfehle, Schlaflosigkeit, allen Arten von Krämpfen, Gesichtsröte und chronischer Augen-Entzündung, angebendem schwarzen Staa und Augenschwäche, Podagra, spondyloides Drüsens-Anschwellungen, veralteten Geschwüren, Froststeußen, Affektionen des Halses, Rehköpfes u. s. w. Hypochondrie, Epilepsie und Bettantritt, Blutandrang, allgemeine Nervenschwäche, dem Uebel des Bettarnens, so wie überhaupt jeder Blasenschwäche, Stein- und Unterleibskrämpfen, Magenleiden, Verstopfung, Hämorrhoidal u. s. f. steis anzuhören und zu dem Preise von 2 Thlr. und 2 Dlr. 15 Sgr. a Stück vollständig armirt nebst instruktiver Anleitung, in meiner magnetisch-elektrischen Anstalt zu Breslau, Orlauerstrasse Nr. 51, zu haben. A. Michaelson, medizinischer Magnetiseur. [850]

Heiraths-Gesuch.

Ohne Einmischung dritter Personen, sucht der Besitzer eines größeren Gutes eine Dame in den 20 Jahren zur Frau, die wohl gebildet und ein disponibles Vermögen von mindestens 15,000 Thlr. hat. Damen, die hierauf reflectiren, wollen unter Versicherung strenger Discretion Briefe mit Photographien sub Clusse M. poste resta te Breslau senden. [500]

Bekanntmachung.

Die unbekannten Erben und Erbserben des vormaligen hiesigen Bürgers Kauf- und Handelsmannes Ernst Wilhelm Holz und der nachgelassenen Witwe desselben Maria Cliffrida (Loise) Holz, geb. Noldner, welche letztere laut Kontrats vom 18. Juni 1818, bestätigt unter 26. Juni 1818 ein Erbvertrag auf dem hiesigen neuen Begräbnis-Hofe zu St. Elisabeth vor dem Nikolaitore erworben hat, werden auf den Antrag des hiesigen Magistrats und des Kirchen-Collegiums zu St. Elisabeth, da die holz'sche Erbgruft dergestalt baufällig ist, daß die herabfallenden Ziegel- und Pultsteine die angrenzenden Erbegräbnisse beschädigen und die notwendigen Reparaturen auf 77 Thlr. 26 Sgr. 9 Pf. veranschlagt sind, hiermit auf den 16. Januar 1864, Bm. 11 U.

vor dem Stadtgerichts-Rath Fürst vorgeladen, beim Richtertheil der selben im gebildeten Termine wird das holz'sche Erbegräbnis der Kirche zu St. Elisabeth zugeschlagen und zur Verfügung gestellt werden und die nach geschehener Prüfung sich erst meldenden Erben für schuldig erachtet werden, alle Handlungen und Verstüppungen des Kirchen-Collegiums zu St. Elisabeth anzuverleinen und übernehmen von demselben weder Rechnungslegung noch Ertrag der gehobenen Nutzung zu fordern, sondern sich lediglich mit dem, was alsdann von dem Erbegräbnis noch vorhanden wäre, zu begnügen. Breslau, den 19. August 1863.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheil. I.
Bekanntmachung.
In unser Firmenregister sind heute I. bei Nr. 141 der Übergang der Firma: Carl Straka nach dem Tode des bisherigen Inhabers, des Kaufmanns Carl Joseph Alexander Straka, auf dessen Erben, ferner

II. Nr. 1441. Die Erben des am 10. April 1863 hier verstorbene Kaufmanns Carl Joseph Alexander Straka, nämlich 1) deren Witwe Emilie Agnes Marie, geb. Würdig,

2) dessen Kinder:
a) Carl Georg Herrmann,
b) Hugo Conrad,
c) Elisabeth Marie Emilie, Geschwister Straka

als Inhaber der Firma Carl Straka hier, sowie daß diese Firma durch Überlagerungs-Vertrag auf die ad 1 genannte Mutterin übergegangen,

III. Nr. 1442. Die vermähltete Kaufmann

Straka Emilie Agnes Marie, geb. Würdig, als Inhaberin der Firma:

Carl Straka hier, eingetragen worden.

Breslau, den 12. Januar 1864.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung 1.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschafts-Register ist bei Nr. 20 die am 1. Oktober 1863 erfolgte Auflösung der unter der Firma A. Nadicke & Co. hierorts bestandenen offenen Handelsgesellschaft, und in unser Firmen-Register unter Nr. 124 die hiesige Firma A. Nadicke und Co., und als deren Inhaber der Kaufmann Wolff Löffelholz hierelbst aufzolegen.

Würzburg, den 11. Januar 1864.

Königl. Kreis-Gericht. 1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die der hiesigen Stadt-Gemeinde gehörige, vor dem Nikolaitor zwischen der Viehwiese und dem Pöppelwies-Walde belegene, sogenannte Bankholzwiese, bestehend aus 31 Morgen 171 Q.-R. Ruthen Aderland, 17 Morgen 45,3 Q.-R. Wiesen und 106,2 Q.-R. Ruthen Damengräberei, im Gesamtfläche von 49 Morgen 142½ Q.-R., soll entweder im Ganzen oder auch in fünf einzelnen Parzellen auf drei Jahre und zwar vom 1. Januar 1864 bis uit. Dezember 1866 verpachtet werden. Wir haben hierzu einen Termin auf

Dinsdag den 26. Januar 1864,

Vormittags von 10 bis 12 Uhr,

im Bureau II/III im hiesigen Rathause anberaumt, zu welchem Parzellen mit dem Bemerkern eingeladen werden, daß die Verpachtungs-Bedingungen in unserer Rathaus-Versteigerung zur Einsicht ausliegen. Der Rathaus-Condukteur Hoffmann ist beauftragt, am

25. Januar 1864, Vormittags 10 Uhr,

an Ort und Stelle den Nachflügeln die einzelnen Parzellen nach ihren Grenzen vorzuzeigen.

Breslau, den 31. Dezember 1863.

Der Magistrat.

hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Offene Lehrerstelle.

Bei der hiesigen Friedrich-Wilhelms-Schule (Realschule 1. Ordnung) wird die 6. ordentliche Lehrerstelle vacant. Diefelde soll alsbald mit einem Lehrer besetzt werden, welcher die facultas docendi in der Chemie für Prima, in der Mathematik für mittlere Klassen besitzt und sprachlichen Unterricht in einer unteren Klasse ertheilen kann. Das Jahresgehalt beträgt vorläufig 400 Thlr. Geeignete Bewerber um die Stelle sollen uns ihre Meldungen alsbald zugeben lassen.

Grünnberg, den 12. Januar 1864.

Der Magistrat.

Offene Hilfslehrerstelle.

Eine mit 180 Thlr. dotirte evangelische Hilfslehrerstelle ist von uns baldmöglichst mit dem Bemerkern gesucht. Bewerber werden unter Beifügung der betreffenden Zeugnisse, bis 25. Jan. d. J. von uns entgegenommen.

Leben, den 6. Januar 1864.

Der Magistrat.

Pensions-Anzeige.

Von Ostern ab kann ein Knabe, der die hiesigen Schulen besuchen soll, bei mir in Pension eintreten. Derselbe erhält von mir väterliche Erziehung, scharfe Controle und wissenschaftliche Nachhilfe. Zur freien Erholung Laube und Turngeräth im Garten.

Dr. Scherner, Docent a. d. Universität,

Paradiesstraße Nr. 2. [827]

Blügel-Verkauf.

Neue Nussbaum-Blügel, 10ct., stehen zum Verkauf, auch werden alte angenommen in der Pianoforte-Fabrik Alberti, Matthiasstr. 7.

[62] Bekanntmachung.
Die Stelle des hiesigen Stadtforsters, welche mit Einschluß von ca. 168 Thlr. Gehalt ein Gesamt-Einkommen von ca. 220 Thalern jährlich gewährt, ist am 1. Januar d. J. vacat geworden.

Juristische Verwaltungsberechtigte Reflectanten haben ihre Zeugnisse ic. bis zum 15. Februar d. J. an uns einzureichen. Personliche Vorstellung, Feststellung der Qualifikation und Probbedienst, event. bis zu einem Jahre, werden verlangt.

Breslau, den 8. Januar 1861.

Der Magistrat.

Auktionen.

Dinsdag den 19. d. M., Brem. 9 Uhr, sollen im Appell.-Ger. Gebäude Wäsche, Bettten, Kleidungsstücke, Möbel, Hausrath, und eine Drehbank mit Oval-Werk,

Mittwoch den 20. d. M., Brem. 9 Uhr, im Stadt-Ger. Gebäude eine Partie Gold- und Silbersachen, worunter ein Besteck für 12 Personen, mehrere Ringe, Ohrringe und Nadeln mit Rauten und Brillanten, ferner 20 Stück Delgemälde, und

Donnerstag den 21. d. M., Brem. 9 Uhr, ebendaselbst Bettten, Kleidungsstücke, Möbel, Hausrath, eine Partie Galanterie-Waaren, Notizbücher und 50 Duz. div. woll. Shawls, versteigert werden.

Führmann, Auct.-Comm.

Pferde- u. Wagen-Auktion.

Für auswärtige Rechnung werde ich morgen Montag, den 18. Januar, Vormittags 11½ Uhr am Zwingerplatze, [471]

I. einen Deuttscheiner Wagen auf

Landwehr-Offizier-Ressource.

Gemeinschaftliches Abendbrodt Freitag, den 22. Januar d. J., Abends 8 Uhr,
im Hotel zu den drei Bergen (Wittnerstraße). [344]
Meldungen werden bis Mittwoch, 20. d. M., im Hotel zu den 3 Bergen entgegengenommen.

Zur Ball-Saison!

Träcks

in überaus gefälliger und eleganter Form.

Seltene Preiswürdigkeit

für gleich elegante Kleidungsstücke:

Träcks, für 5 bis 9 Thaler.

Beinkleider, für 2½ bis 5 Thaler.

Westen, für 1¼ bis 2½ Thaler.

Schlippe und Cravatten, für 7½ bis 15 Sgr.

Havelocks, Paletots, Ueberzieher,
Röcke, Jaquets &c.

werden, um damit vor Beendigung der Saison zu räumen, bedeutend unter
dem Selbstkosten-Preise verkauft. [549]

L. Prager,

Nr. 51. Albrechtsstraße Nr. 51.

Ballfränze,

von den billigsten bis zu den feinsten, empfiehlt:

Ring 51, R. Meidner, Ring 51,
Naschmarktseite, erste Etage. [580]

Preis-Verzeichniß der Möbel-, Spiegel- und Polster-

Fabrik von J. Holler, Neue-Taschenstraße Nr. 9.

Mahagoni-Sophia, Rosshaar-Polster, ohne Motten 15 Thlr.

dito geflechtes Baden-Sophia dito 20 "

dito zwei Fauteuils dito 22 "

dito Wäschatisch mit Marmor-Aufzäck 13 "

dito Sophatisch, oval, einer Säule 10 "

dito dito vierseitig, mit Schub 9 "

dito Stühle mit 5jähriger Garantie à Duzend 30 "

[361]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[580]

[58

